

GEMEINSCHAFT. MACHT. ZUKUNFT.

TAGESPROTOKOLL

Donnerstag, 12. Oktober 2017

Donnerstag, den 12. Oktober 2017

Beginn 9:02 Uhr

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihr hattet gestern einen spannenden politischen Abend und seid heute Morgen fit. Es ging ja nicht allzu lange – zumindest das Rahmenprogramm; ich weiß nicht, was danach noch passiert ist.

Heute haben wir auch ein Geburtstagskind unter uns. Es ist eigentlich unglaublich, dass er hier ist; denn es ist ein runder Geburtstag. Der Kollege Dieter Kurre aus dem Bezirk Wolfenbüttel wird heute 70. (Lebhafter Beifall) Ich hoffe, Du hast heute einen interessanten Tag und genießt Deinen Geburtstag. Natürlich haben wir auch ein kleines Geschenk für Dich. (Beifall)

Gestern hat die IG-BCE-Bonusagentur viele Preise verlost. Beim heutigen Gewinnspiel kann man eine Reise nach Sardinien gewinnen. Die Flyer liegen aus. Viel Erfolg und viel Glück!

Außerdem seht Ihr heute im Laufe des Vormittags Menschen, die auf großen Stelzen stolzieren. Das sind Kollegen vom sogenannten Walk Act. Sie verteilen Flyer für die Ruhrfestspiele. Seid also ein bisschen vorsichtig und kommt ihnen nicht zwischen die Beine! (Heiterkeit)

Bevor wir gleich mit der Tagesordnung fortfahren, habe ich noch einige organisatorische Hinweise. Es ist schon Tradition, dass der amtierende Bundeskanzler, in diesem Fall die Bundeskanzlerin, den IG-BCE-Kongress besucht. Deswegen werden wir heute mit einer erhöhten Medienpräsenz rechnen müssen. Das bedeutet zudem, dass wir Sicherheitsvorkehrungen konsequent beachten und vielleicht unseren Tagesablauf etwas flexibler gestalten müssen. Da bitten wir um Euer Verständnis. So dürfen zum Beispiel der Kongresssaal wie auch die Kleine Eilenriedehalle nebenan in der Mittagspause nicht betreten werden, da hier ein Sicherheitscheck stattfindet. Dann kommen die Beamten und überprüfen alles nach diversen gefährlichen Dingen. Nähere Informationen bekommt Ihr aber, wenn es so weit ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen nun die Antragsberatung fort. Wir haben gestern das Sachgebiet A abgeschlossen, sind nun also beim

Sachgebiet B – Wirtschafts-, Energie- und Industriepolitik

Hier nimmt ein für einen Gewerkschaftskongress ziemlich neues Thema einen Schwerpunkt ein, das in den Betrieben vielfach schon Alltag ist, nämlich die fortschreitende Digitalisierung von Arbeit und Gesellschaft. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch eine Reihe von Anträgen. Zudem beschäftigen wir uns in diesem Antragsblock konkret mit der Situation in unseren Branchen. Weitere Schwerpunkte bilden Themen aus der Steuer- und Energiepolitik.

Sieglinde Hinzer und Mirko Skela teilen sich die Aufgabe, die Empfehlungen vorzustellen. Es liegen nämlich eine Reihe von Anträgen vor. Mirko Skela vertritt die Anträge B 001 bis B 030. Mirko, bitte rufe den ersten Antrag auf.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Das mache ich gerne. – Besten Dank und auch ein herzliches Glückauf an diesem anspruchsvollen, arbeitsreichen Tag mit zahlreichen Anträgen und dem politischen Programm! Deswegen werden wir uns seitens der Antragskommission bemühen, zum einen zügig und zum anderen, wie gestern angekündigt, auch ordentlich und vernünftig jeden einzelnen Antrag zu bearbeiten. Wenn wir nicht ganz durchkommen, sollten wir vielleicht kongressintern den Antrag von gestern schon einmal vorziehen und vor 18 Uhr auf Winterzeit umstellen; dann haben wir heute Abend eine Stunde mehr zur

Verfügung. (Heiterkeit und Beifall) Wir hoffen aber – vor dem Hintergrund der Diskussionen glaube ich das auch –, dass dies nicht notwendig sein wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie schon angedroht, rufe ich aus dem Sachgebiet B die Anträge B 001, B 002 und B 003 auf:

Antrag B 001

Globalisierung sozial gestalten

Dieser Leitantrag enthält schon in der Überschrift eine klare Botschaft, nämlich die Aussage: Globalisierung sozial gestalten. Das Ziel ist eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung. Sie braucht politische Gestaltung und Solidarität. Dazu gehören faire Regeln im Welthandel und für den Wettbewerb zwischen Staaten und Unternehmen. Die IG BCE fordert daher, Kernrechte der Internationalen Arbeitsorganisation in Handelsverträge aufzunehmen und Sanktionen bei Verstößen vorzusehen.

Antrag B 002

JA zu einem fairen und nachhaltigen Handel – Stoppt TTIP, TISA sowie vergleichbare Handelsabkommen

Dieser Antrag fordert detailliert einen fairen und nachhaltigen Handel, geht aber nicht auf die mittlerweile von NGOs und Gewerkschaften erreichten Fortschritte ein. Zum Beispiel wurden in CETA zentrale Kernforderungen der Gewerkschaften entsprechend aufgenommen.

Antrag B 003

Die Rolle der Gewerkschaften in den Verhandlungen zu bilateralen Freihandelsabkommen stärken

Dieser Antrag fordert Transparenz sowie die Berücksichtigung von Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Wir empfehlen die Annahme von B 001 sowie die Anträge B 002 und B 003 als Material zu diesem Antrag B 001 anzunehmen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Mirko. – Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar von Sinischa Horvat aus dem Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland mit der Delegiertennummer 114 als Antragsteller von B 001.

SINISCHA HORVAT (Ludwigshafen)

Einen schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir bei der BASF wissen, dass die Globalisierung durchaus Vorteile bringt. Aber wir spüren genauso den starken Wettbewerbsdruck. Und natürlich sind die Vorteile und die Gewinne der Globalisierung bislang zu einseitig verteilt. Insgesamt profitieren die großen multinationalen Konzerne, auch die BASF. Volkswirtschaftlich betrachtet, gehören auch einige hoch entwickelte Länder zu den Gewinnern, zum Beispiel Deutschland. Aber solche pauschalen Festlegungen helfen all denen nichts, die zu Recht erklären: Uns hat die ganze Globalisierung nichts gebracht – außer neuen Nachteilen.

Wir haben einerseits einen wachsenden Welthandel und grenzüberschreitende Direktinvestitionen, die auch zur wirtschaftlichen Entwicklung und zu mehr Wohlstand in vielen Teilen der Welt führen. Andererseits ist die Ungleichheit zwischen Ländern und Regionen sowie den Einkommen gestiegen. Dem zunehmenden internationalen Wettbewerb versuchen Staaten und Unternehmen bis heute mit einer Verschlechterung

sozialer und ökologischer Standards zu begegnen. Das haben wir in den letzten Tagen auf diesem Kongress mehr als oft genug zu hören bekommen.

Wir sind für offenen Handel. Aber es muss ein fairer und geregelter Wettbewerb sein, der nicht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Deshalb spricht sich unser Antrag nicht gegen Globalisierung, gegen internationalen Handel und wirtschaftlichen Austausch aus, sondern wir verlangen, diese Prozesse endlich besser zu gestalten.

Das ist der Unterschied zu einer egoistischen, unfairen Machtpolitik, für die vor allem Donald Trump steht. Protektionismus und Mauern zu Nachbarstaaten haben nichts mit fairem Wettbewerb zu tun, sondern ersetzen lediglich Markt durch Macht. Trump geht es nur um einige Vorteile, aber nicht um eine Entwicklung, die allen Menschen und Ländern eine faire Chance auf wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand ermöglicht.

Ein Rückzug aus dem Welthandel würde keine Probleme lösen, aber sofort erhebliche Wohlfahrtsverluste und hohe soziale Kosten mit sich bringen. Dazu nur zwei Zahlen: Beim Chemieumsatz haben wir aktuell eine Exportquote von 75 Prozent und eine Importquote von 66 Prozent. Das heißt, weniger Export bedeutet auch weniger Zulieferungen aus dem Ausland. Am Ende verlieren alle.

Millionen, zum großen Teil hochqualifizierte Beschäftigte in Deutschland haben einen guten Arbeitsplatz in exportorientierten Unternehmen. Das vergessen diejenigen gerne, die auch hierzulande den deutschen Exportüberschuss populistisch anprangern. Aber die deutsche Industrie exportiert eben nicht nur, sondern sie importiert auch in hohem Maße. Ein Rückzug aus dem Welthandel würde schon deshalb kein Problem lösen, sondern nur neue Probleme in der gesamten Welt schaffen.

Deshalb brauchen wir moderne und faire Handelsabkommen, in denen der Schutz und die Förderung von Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherrechten umfassend und durchsetzbar geregelt werden. Der vorliegende Antrag B 001 setzt mit der Forderung nach wirksamen und einklagbaren Sozialstandards die richtigen Leitplanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kern des Antrags B 001 ist die Forderung an Politik und Unternehmen, die Globalisierung aktiv zu gestalten. Aber natürlich sind wir als Gewerkschafter und Betriebsräte gefordert. Auch wir müssen Aufklärung betreiben und uns den Populisten mit ihren einfachen Lösungen entgegenstellen. Wir müssen klarmachen, die großen Herausforderungen nicht mehr alleine durch Nationalstaaten oder regionale Staatenverbünde wie die EU bewältigen zu können.

Es muss mehr und bessere globale Politik von den Nationalstaaten geleistet werden, zum Beispiel beim Klimawandel. Das Klimaabkommen von Paris kann durchaus ein Beispiel für wirksame globale Politik sein. Aber erstens muss es jetzt auch umgesetzt werden, und zwar so, dass die Industrie in Deutschland und Europa nicht plattgemacht wird. Zweitens müssen alle großen CO₂-Emittenten, also auch die USA, ihren Beitrag zu mehr Klimaschutz leisten.

Ich denke, jeder hat sich den Antrag durchgelesen, aber ich möchte dennoch drei Hinweise dazu geben: Es geht zum Ersten um Good Governance, demokratische leistungsstarke Regierungen und zum Zweiten um Unternehmen, die Verantwortung übernehmen. Das ist, glaube ich, auch für die Zukunft der Kern, wenn es um die Globalisierung geht. Zum Dritten – das ist an uns als Betriebsräte gerichtet –: Wir müssen uns auch in der Betriebsratsarbeit viel mehr mit der Globalisierung beschäftigen und uns ihr in unserer Arbeit mehr widmen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Euch, dem Antrag B 001 zuzustimmen. – Vielen herzlichen Dank. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Sinischa. – Es gibt keine weiteren Wortmeldezettel zu diesem Antrag. Daher würde ich gern zur Abstimmung kommen. Wer dafür ist, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Dagegen? – Enthaltungen? – **Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.** (Beifall)

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag B 004

Befreiung EEG-Umlage stromintensiver Betriebe/ Photovoltaik-Handelsbarrieren

Der Antrag behandelt zwei unterschiedliche Themenbereiche, zum einen die Befreiung von bzw. die Beschränkung bei der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen. Dies ist Position unserer IG BCE.

Der zweite Bereich ist etwas komplizierter und orientiert sich an den Belangen eines einzelnen Unternehmens. Die im Antrag genannten Handelsbarrieren sind Schutzmaßnahmen der EU gegen nachgewiesenes Preisdumping Chinas im Bereich der Photovoltaik. Insoweit handelt es sich nicht um Handelsbarrieren, sondern um begründete Instrumente zum Erhalt fairer Handelsbeziehungen. Natürlich hat die Bundesrepublik als exportstarke Nation ein erhebliches Interesse an möglichst barrierefreiem Handel. Grundlagen müssen dabei aber faire Handelsbeziehungen auf Gegenseitigkeit sein.

Wir empfehlen die Annahme des Antrages B 004 mit den ausgedruckten Änderungen, und zwar in Zeile 7 nach „Handelsbarrieren“ den Text „im Bereich der Photovoltaik“ einzufügen und den Absatz in den Zeilen 23 bis 25 zu streichen.

Darüber hinaus empfehlen wir noch eine Änderung, die in Euren Unterlagen nicht ausgedruckt ist, und zwar die Zeilen 27 und 28 durch folgenden Text zu ersetzen:

„Einfuhrbarrieren gegen Photovoltaik Elemente aus China verteuern die Produkte unnötig und führen zur Zurückhaltung betroffener Unternehmen in der vorgelagerten Wertschöpfungskette auch in Deutschland.“

Danke.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Kommen wir nun zur Abstimmung: Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – **Somit ist der Antrag mit drei Enthaltungen und keiner Gegenstimme angenommen.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann kommen wir zu:

Antrag B 005

Digitalisierungsstrategien für den sozialen Fortschritt

Antrag B 006

Perspektive 4.0 – alles eine Frage der Integration!

Antrag B 007

Digitalisierung und Industrie 4.0 als Herausforderung gewerkschaftlichen Engagements

Antrag B 008

Für Chancengerechtigkeit in der digitalen Welt

Antrag B 009

Digitalen Wandel für die junge Generation gestalten

Hier geht es um *das* zentrale Thema, das uns in den Unternehmen und in der Gesellschaft beschäftigt, lange beschäftigt wird und das wir auch gestalten müssen, nämlich den digitalen Wandel. Daher haben wir diese fünf Anträge zusammengefasst.

Im Leitantrag, B 005 – Digitalisierungsstrategien für den sozialen Fortschritt –, heißt es:

„Mit der Digitalisierung erreicht die Vernetzung und die Verzahnung mit modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien eine neue Qualität, die nicht nur das bisherige Verständnis von Produktion und Arbeit, sondern auch die Lebensverhältnisse und den Alltag der Menschen tiefgreifend verändert.“

Ziel der Gewerkschaft sei es, „durch eigenes Handeln auf Betriebs- und Branchenebene und mit den Möglichkeiten von Mitbestimmung und Tarifvertrag die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder weiter zu verbessern.“

Der Antrag zählt in diesem Zusammenhang die wesentlichen Kernpunkte auf, mit denen sich gewerkschaftliches Handeln in den nächsten Jahren beschäftigen muss und wird. Er verweist zudem auf Anträge, die im weiteren Verlauf des Kongresses noch beraten werden.

Der Antrag B 006 – Perspektive 4.0 – alles eine Frage der Integration! – befasst sich mit der betrieblichen Situation möglicher Langzeitauswirkungen und ganz speziell mit der Perspektive von Flüchtlingen.

Antrag B 007 – Digitalisierung und Industrie 4.0 als Herausforderung gewerkschaftlichen Engagements – fordert die Schaffung eines Arbeitskreises, der sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung beschäftigt, was ja auch schon vorgesehen ist.

B 008 – Für Chancengleichheit in der digitalen Welt – erwartet, dass die IG BCE sich dafür starkmacht, dass die Digitalisierung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen in der Arbeitswelt verbessert.

B 009 – Digitalen Wandel für die junge Generation gestalten – bekräftigt den Anspruch der Jugend, den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.

Wir empfehlen die Annahme des Antrages B 009, weiterhin Annahme des Antrages B 006 als Material zu diesem, aber mit folgenden Änderungen: Streichung des Textes in den Zeilen 61 bis 70. Denn die Forderungen hinsichtlich Ausbildung und Integration sind durch die bereits erfolgte Annahme des Antrages A 008 – Flucht und Integration – erledigt. B 007, B 008 und B 009 werden zur Annahme als Material zu Antrag B 005 empfohlen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Mirko. – Zu diesem Antragspaket liegen uns zwei Wortmeldungen vor. Zu B 055 spricht Francesco Grioli aus dem Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland mit der Delegiertennummer TN 012.

FRANCESCO GRIOLI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte ein paar Punkte des Antrags B 005 aufgreifen und mit dem ersten Satz des Antrags beginnen, der wie folgt lautet: Zu den zentralen Aufgaben gewerkschaftlicher Gestaltung gehört die Digitalisierung. – Das ist sehr selbstverständlich aufgeschrieben worden, und trotzdem, finde ich, sollte man ganz kurz stehen bleiben bei dem Satz und sich noch einmal überlegen, mit welcher Dynamik dieses Thema die letzten Jahre aufgeschlagen ist.

Als wir vor vier Jahren an gleicher Stelle hier zusammengekommen sind, hatten wir noch keinen Antrag zum Thema „Industrie 4.0“, keine große Debatte über das, was technologischen Fortschritt und die Herausforderungen, die damit zusammenhängen, betrifft; denn das Thema war noch gar nicht in aller Munde. Das zeigt, mit wie viel Power das Thema Digitalisierung eigentlich unterwegs ist. Big Data, Smart Factory, Crowdfunding-Plattformen – alles Begriffe, mit denen wir in den Betrieben heute tagtäglich arbeiten und uns beschäftigen, die aber damals noch keine Rolle spielten.

Ich glaube, es ist uns in den vergangenen Jahren gelungen, dieser eher ingenieurwissenschaftlichen Debatte die Dimension Arbeit hinzuzufügen; das hat meiner Meinung nach gut funktioniert. Trotzdem wird immer noch darüber gestritten, ob es eine Revolution ist, die wir gerade erleben, oder eine Evolution. Aber ganz ehrlich: Wenn man durch die Betriebe geht und guckt, erlebt man beides. Es ist kein Entweder-oder, sondern wir erleben beides.

Was aber unbestritten ist, ist, dass das Thema – und das gibt dieser Antrag, finde ich, sehr, sehr gut her – unsere volle Aufmerksamkeit erfordert, dass wir uns in unterschiedlichen Themenbereichen positionieren müssen und dass wir dort in die Umsetzung gehen müssen, wo wir es selbst können, also mit Tarifpolitik, Betriebsvereinbarungen und Mitbestimmung. Wir müssen in den Dialog mit der Politik eintreten und verdeutlichen, dass wir diese Arbeitswelt, Arbeit 4.0, mit den Instrumenten, die wir heute haben, nicht meistern können. Wir werden die Digitalisierung, wir werden Industrie 4.0 nicht mit Mitbestimmung 2.0 bewältigen können, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Neben den Chancen, die es natürlich gibt und die wir herausarbeiten müssen, wird es insbesondere darum gehen müssen, den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben die Sorge zu nehmen, dass sie möglicherweise nicht Schritt halten, dass sie möglicherweise Angst haben müssen um ihren Arbeitsplatz. Ihr wisst das: Verängstigung ist kein gutes Fundament für Innovationen und die Suche nach den besten Lösungen, nach den besten Produkten. Das geht nur mit Mitarbeitern, die sich sicher fühlen. Das geht nur mit Mitarbeitern, die eine Organisation im Rücken haben, die sich kümmert. Und das ist genau der Auftrag, den wir in den kommenden Jahren erledigen müssen. (Vereinzelt Beifall)

Aus technologischem Fortschritt wird in der Regel ganz von selbst wirtschaftlicher Fortschritt für die Unternehmen, und wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen sicherstellen, dass daraus auch sozialer Fortschritt wird, der bei den Leuten ankommt. Die Felder, um die es dabei geht, sind in dem Antrag umfassend beschrieben. Es wird darum gehen, die digitale Agenda auf der Betriebs- und Branchenebene mit unseren Möglichkeiten, mit unseren Positionen, mit Tarifverträgen auszugestalten, und wir müssen dafür sorgen, dass die ökonomischen Risiken für die Beschäftigten in den Betrieben möglichst klein bleiben.

Wir werden hart daran arbeiten, dass man in unserem Organisationsbereich über folgende Punkte spricht, wenn es um Digitalisierung und die richtigen Strategien geht: ökonomischer Erfolg und Teilhabe an dem Wachstum, der entstehen wird, Bildung, Beschäftigungschancen, Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, Mitsprache am Arbeitsplatz und Mitbestimmung, soziale Stabilität und Schutz vor neuen Unsicherheiten. Wir werden versuchen, in jedem dieser einzelnen Felder aufeinander abgestimmte Lösungen für die neuen Herausforderungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Digitalisierung ist dabei eine Querschnittsaufgabe; das wisst Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sehen das an ganz, ganz vielen Stellen. Deswegen verweist der Antrag A 005 auch auf andere Anträge, die wir noch diskutieren werden. Wir müssen die Dinge in der Tat vernetzt miteinander sehen.

Ein letzter Punkt, der mir noch wichtig ist und der in diesem Antrag auch sehr klar und gut beschrieben ist: Es sind natürlich auch Marktradikale unterwegs, die jetzt wieder das hohe Lied der Deregulierung anstimmen. Wir werden es, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Zeiten von starken Umbrüchen, von Veränderungen nicht zulassen, dass Schutz und Mitbestimmung unter die Räder kommen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass jetzt eine Abwärtsspirale aus prekärer Beschäftigung, höherem Leistungsdruck und schnellem Qualifikationsverlust entsteht. Wir wissen, dass langfristige Wettbewerbsvorteile vor allem dadurch stehen, dass nicht nur in Technik, sondern in die Menschen investiert wird, in Qualifizierung. Ein Großteil unserer Innovationskraft unserer Unternehmen steckt in den Menschen und nicht nur in den technischen Herstellungsverfahren. Das werden wir klar und deutlich machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Basis dafür, dass wir die notwendigen Prozesse und Innovationen auch hinbekommen, sind eine breite Facharbeiterebene, die Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, das Anwendungswissen. Wir müssen gucken, wie wir die spezifischen Kompetenzen, wie wir die Erfahrungen im Rahmen von Industrie 4.0 in den Produktionssystemen künftig noch stärker nutzen können und wie wir sie strategisch weiterentwickeln können.

Die Digitalisierung eröffnet viele neue Geschäftsfelder und umfasst mehr als nur die Effizienzsteigerungen. Hier stecken echte Chancen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wir wahrscheinlich besser heben können als andere, wenn die Strategien in unseren Unternehmen klug sind.

Wer die Digitalisierung – damit will ich enden – zu einem ausschließlichen Projekt der maximalen Renditeorientierung macht, der muss mit unserer Gegnerschaft rechnen. Das ist nicht virtuell, das ist nicht digital, sondern das machen wir seit 127 Jahren analog.

Unterstützt den Antrag! – Ein herzliches Glückauf!

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Francesco. – Als Nächstes möchte ich Maximilian Höß, Landesbezirk Bayern, Delegiertennummer 092, nach vorne bitten. Er spricht zu dem Antrag B 009, der als Material dem B 005 angehängt ist.

MAXIMILIAN HÖß (München)

Jetzt muss ich hier nach einem Hauptvorstandsmitglied sprechen, und noch dazu zum gleichen Thema. Das macht es mir nicht unbedingt leichter. (Heiterkeit)

Ich spreche für die Jugend, und zwar für den Bundesjugendausschuss. Auch wir haben uns Gedanken zu diesem Thema gemacht. Hier sitzen sehr viele Umsetzer, die das Thema in der Firma begleiten. Wir möchten euch gerne zwei Themen mitgeben, die uns besonders wichtig sind.

Vergesst bei aller Diskussion über mobiles Arbeiten und Homeoffice die duale Ausbildung nicht! Auch dort vollzieht sich der digitale Wandel, der dann „personalisierte Ausbildung“ oder „Prozubi“ oder so heißt. Das bedeutet, die Ausbildung wird teilweise gebloggt, oder jeder Azubi erhält ein Laptop und kann online mit Lernprogrammen arbeiten. Das ist als Ergänzung eigentlich nicht verkehrt. Wenn das aber dazu führt, dass die Firma Ausbilder einspart bzw. die Ausbildungszeiten verkürzt, dann ist das nicht der Weg, den wir anstreben. Denn wir finden, dass ein Tablet keinen Ausbilder aus Fleisch und Blut ersetzt. (Beifall)

Und jetzt erzähle ich Euch vielleicht eine kleine Überraschung: Nicht jeder, der jugendlich ist, ist gleich digitalisierungsfreundlich.

Nehmen wir mal das Beispiel Facebook. In meinem Alter – 22 bis 24 Jahre – haben die meisten Facebook und nutzen das. Das ist okay. Es gibt aber auch sehr viele, die das nicht mehr verwenden bzw. nie verwendet haben, weil sie datenschutzrechtliche Probleme haben, weil sie finden, sie brauchten das nicht. Zu denen kommt jetzt irgendjemand und sagt: Mach uns mal eine Facebook-Seite. Die kennen sich auch nicht aus; die brauchen auch erst Schulungen. Wenn man jetzt die Generation nimmt, die nun in Ausbildung geht, also die 17- bis 18- und 19-Jährigen, dann verwenden die Facebook zum Teil gar nicht mehr; denn das machen ihre Eltern.

Liebe Eltern, ich erzähle Euch jetzt ein kleines Geheimnis. Es gehört nicht zu den großen Höhepunkten des Lebens eines Jugendlichen, dem einer die Mama auf Facebook die Freundschaft anbietet. (Große Heiterkeit und Beifall)

Also verwenden die dann gerne andere Programme, wie Snapchat oder Instagram, die auch ich zum Teil gar nicht mehr kenne. Die würden dann wahrscheinlich auch zu mir sagen, was ich für ein Digitalisierungsdinosaurier bin, wenn ich jetzt mit meiner Facebook-Seite komme. Das ist also nicht immer gleich.

Von daher mein Tipp: Bitte nehmt die Jugendlichen mit in den Firmen. Die meisten sind engagiert bei dem Thema und wollen mitgestalten. Nutzt dieses Knowhow, das vorhanden ist, und vergesst die anderen, die sich vielleicht nicht so gut auskennen wollen, nicht; denn die brauchen auch Schulungen und möchten darauf hingewiesen werden.

Abschließend möchte ich an das erinnern, was Ihr gestern alle auf Euren Plätzen liegen hattet, nämlich „Digitalisierung und Industrie 4.0“, das Buch. Ihr merkt es vielleicht selber. Lieber Herausgeber Michael: Gibt es das auch als E-Book? (Heiterkeit) Das würde mir sehr helfen. – Danke schön. (Lebhafter Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke für Deinen Wortbeitrag. – Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb möchte ich gerne zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – **Somit wird der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.** (Beifall)

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Damit kommen wir zum

Antrag B 010

Für eine bessere Wirtschafts-, Industrie- und Finanzpolitik – Deutschland nachhaltiger und gerechter gestalten

Dieser Antrag des Hauptvorstandes beschreibt ein sehr umfangreiches Paket vielfältiger Maßnahmen und Initiativen, um Deutschland gerechter zu gestalten. Der deutschen Volkswirtschaft und den Unternehmen geht es gut, aber längst – ich glaube, das

wissen wir alle – nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren.

Von daher unsere Empfehlung: Annahme des Antrages B 010.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Mirko. – Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich möchte somit direkt zur Abstimmung kommen. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer kann ihr nicht folgen und stimmt dagegen? – Enthaltungen? – **Damit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** (Beifall)

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 011

Festigung des Chemiestandortes Deutschland

Dieser Antrag erwartet, auf die politischen Entscheidungsträger, egal ob in der Europäischen Union oder die Bundesregierung, und Unternehmen Einfluss zu nehmen, damit dieser Chemiestandort Deutschland und die Beschäftigten in Zukunft gesichert sind.

Hier schlagen wir eine Änderung entgegen der ausgedruckten Empfehlung vor. Natürlich empfehlen wir weiterhin Annahme dieses Antrages. Allerdings muss in der Zeile 76 die angegebene Prozentzahl selbstverständlich von 3,5 auf 4 geändert werden. Die entsprechende Empfehlung lautet somit: Annahme des Antrags B 011 mit der gerade vorgestellten Änderung.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Auch hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich komme somit gleich zur Abstimmung. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.** (Beifall)

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Nun zum

Antrag B 012

Sicherung der IG-BCE-Branche Pflanzenschutz

Dieser Antrag will, dass Deutschland die Europäische Verordnung bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln konsequent umsetzt, zugleich aber von eigenen Sonderwegen absieht.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 012.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Auch zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? **Mit drei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann kommen wir zum

Antrag B 013

CRISPR/Cas-Methode (keine Gentechnikeinstufung, da der grundlegende Mechanismus derselbe ist wie bei jeder zufälligen natürlichen Mutation)

Die Abkürzung kann ich nicht aussprechen. Aber sie bedeutet wohl das, was danach in der Klammer des Titels steht.

Der Antrag sorgt sich, dass die Debatte um gentechnisch veränderte Pflanzen auch auf die sogenannte eben ausgeführte Methode übergreift. Worum es bei dieser weltweit eingesetzten Methode geht, wird in der Antragsbegründung erläutert, die ich auch gelesen habe, die aber trotzdem ein schwieriges Thema für mich ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Empfehlung der Antragskommission lautet: Weiterleitung des Antrages an den Hauptvorstand, aber mit folgenden Änderungen:

Im Titel wird der Text in der Klammer gestrichen.

In Zeile 16 wird der Text „fordern die Vertrauensleute der BAYER AG am Standort Rhein-Main“ ersetzt durch „fordert unser Kongress, der 6. Ordentliche Gewerkschaftskongress“.

Die Zeilen 20 bis 22 sollen ersetzt werden durch folgenden Text:

„Die Gremien und Organe der IG BCE werden sich dafür einsetzen, dass die Chancen und Potenziale dieser Technologie in Deutschland genutzt werden. Sie darf nicht durch eine auf unwissenschaftlichen Ängsten aufbauende gesetzliche Regulierung verhindert werden.“

Soweit die Empfehlung.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor von Marianne Maehl aus dem Landesbezirk Hessen-Thüringen mit der Teilnehmernummer 214. Sie spricht als Antragstellerin. Marianne, Du hast das Wort.

MARIANNE MAEHL (Rhein-Main)

Ich komme von der Firma BAYER am Standort in Frankfurt. Dort bin ich die Vertrauensleutenvorsitzende.

Man hat ja gesehen: Als Mirko den Antrag vorstellen wollte, konnte er die in dem Titel genannte Methode nicht aussprechen. Ich denke, das geht vielen Leuten so. Ich weiß, dass der Antragstitel sicherlich viele von Euch wahrscheinlich auch erschreckt hat. Aber ich hoffe, Ihr habt den Antrag trotzdem gelesen.

Das Thema Gentechnik ist sehr umstritten. Deswegen möchte ich versuchen, Euch das Ganze mit einigen einfachen Worten zu erläutern.

Schon Ende der 80-er Jahre war Gentechnik in aller Munde. Damals ging es um die gentechnische Herstellung von Insulin, auch bei uns in Frankfurt-Hoechst. Hubertus Schmoltd und die IG CPK haben uns damals unterstützt.

Vielleicht erinnern sich einige von Euch noch an eine Wanderausstellung zum Thema weiße, grüne und graue Gentechnik. Was ist denn so etwas?

Bei der weißen Gentechnik geht es zum Beispiel um die gentechnische Herstellung von Insulin. Bei der grauen Gentechnik geht es um die Herstellung von Enzymen, die Ihr

mittlerweile alle in den Waschmitteln habt, damit die Temperatur abgesenkt werden kann. Das ist bei allen Menschen inzwischen breit akzeptiert. Aber die grüne Gentechnik ist für alle Leute noch ziemlich erschreckend.

Doch nun zu unserem Antrag. Diese CRISPR/Cas-Methode – komplizierter Begriff – ist eine biochemische Methode, um Erbsubstanz gezielt zu schneiden und Stücke von Erbsubstanz einzufügen. Das ist so ähnlich, als wenn man mit einer Zackschere etwas aus einem Strang herausschneidet und dann etwas Neues einsetzt.

Vorbild dafür ist das Immunsystem von Bakterien, also eine ganz natürliche Geschichte, und wurde von einem Team europäischer Forscher entdeckt und auch entwickelt. Damit können Nutzpflanzen auf eine leichte und effiziente Art verbessert werden.

Mit dieser Methode wurden in den USA bereits ein sich nicht verfärbender Champignon – der wird also nicht mehr braun, wenn man ihn aufschneidet – und ein Mais mit verändertem Stärkegehalt hergestellt. Die dürfen auch genutzt werden, das heißt verkauft und verzehrt.

In Europa, besonders in Deutschland, werden alle gezielten Veränderungen an Pflanzen und damit potenziellen Nahrungsmitteln besonders kritisch betrachtet. Gentechnisch veränderte Pflanzen lösen Ängste aus, wie das Monster unter dem Bett, das Till Reiners uns am Sonntag vorgestellt hatte. Daher können Discounter wie beispielsweise Aldi mittlerweile große Erfolge mit der Vermarktung von genfreiem Käse erzielen. Aber nur wenn wir genauer hinschauen, können wir die Risiken, aber auch die Chancen, solcher Methoden beurteilen.

Gene und auch unsere Erbsubstanz bestehen eigentlich nur aus vier Bausteinen. Der Unterschied, ob man ein Bakterium, ein Elefant, eine Grünalge, ein Mammutbaum oder auch ob man blaue oder braune Augen hat, macht einfach nur die Reihenfolge und möglicherweise auch die Anzahl dieser vier Bausteine aus.

Wir Menschen verändern schon seit Jahrtausenden die Erbsubstanz von Pflanzen und Tieren. Keine der heute bekannten und genutzten Pflanzen würde ohne den Eingriff des Menschen in die Natur existieren. So entstand zum Beispiel auch die Nektarine. Wisst ihr, woraus? – Das ist eine Kreuzung aus einem Pfirsich und einer Pflaume.

Ich kann nachvollziehen, dass diese Technik, die wir da vorstellen, von Euch als Monster betrachtet wird. Aber uns allen sollte eine Methode in Europa, so ein Monster, das nach unseren Regeln tanzt, lieber sein als ein importiertes Monster, das zusätzlich Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland einschränkt. Wir dürfen diese in Europa gefundene Methode nicht durch hohe Regulierungshürden im Keim ersticken.

Daher fordere ich Euch auf, der Stellungnahme der Antragskommission zu folgen. Damit setzt ihr Euch dafür ein, die Chancen und Potenziale dieser Technologie auch in Deutschland nutzbar zu machen und Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland zu fördern. – Vielen Dank. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Marianne. – Uns liegt noch eine zweite Wortmeldung vor, und zwar von Mario Ilse aus dem Landesbezirk Alfeld, Delegiertenummer 349. Auch er spricht zu diesem Antrag.

MARIO ILSE (Alfeld)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Hauptvorstand! Ich möchte kurz etwas zu dieser Thematik sagen. Danke für das prägende Beispiel gerade. Das bewegt mich sehr, gerade wer in Zeiten von Donald Trump über gentechnisch veränderte Lebensmittel in Deutschland redet.

Ich komme aus kleinem Zweig, der sogenannten Biokosmetik. Ich bitte den Hauptvorstand, sich nicht nur den großen Bereichen in unserer IG BCE zuzuwenden. Ich komme aus einem wachsenden Segment, bin ein ganz einfacher Junge vom Dorf und verstehe das nicht ganz. Das, was man da vorhat, führt in meiner Branche dazu, dass es immer schwieriger wird, Rohstoffe zu beschaffen, um es einmal platt zu sagen. Es wird ja nicht nur bei irgendwelchen Nahrungspflanzen bleiben. Ich habe Biobauern, die uns beliefern, bei denen ich den Honig nicht mehr einsetzen darf, weil irgendwelche Pollen drin sind. Das sind aktuelle Themen bei uns. Sich nur den Großen zuzuwenden, ist brandgefährlich. Ich finde es gut, dass wir darüber diskutieren. Aber ich sage: Die IG BCE, die ich kenne, nimmt auch die kleinen Dinge wahr. Darum bitte ich einfach nur. – Danke und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mario. – Zu diesem Thema liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit komme ich zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, der hebt bitte seine Karte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission mit 38 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen gefolgt worden.** – Danke schön. (Beifall)

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Damit kommen wir zum

Antrag B 014

Information unserer Mitglieder und Versachlichung der öffentlichen Diskussion zu Zukunftsthemen der Agrar- und Pflanzenschutzindustrie

Der Inhalt geht aus der Überschrift hervor.

Wir empfehlen die Annahme dieses Antrags.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Auch dazu liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar von André von Broich aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer 200. Er spricht als Antragsteller.

ANDRÉ VON BROICH (Köln-Bonn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schönen guten Morgen! Die Weltbevölkerung steht vor großen Herausforderungen. Derzeit sind 7,5 Milliarden Menschen auf unserem Globus. Bis zum Jahr 2050 werden es 10 Milliarden Menschen sein. Um die alle ernähren zu können, werden wir die Lebensmittelproduktion um mehr als 60 Prozent steigern müssen, und das bei klimatischen Herausforderungen, klimatischen Veränderungen und auch weniger Anbaufläche durch die zunehmende Verstädterung in der Welt. Aber ohne ertragreiche und stressunabhängige Nutzpflanzen und den gezielten Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln wird dies nicht gelingen.

Allein auf biologische Lebensmittelerzeugung und biologische Pflanzenschutzmittel zu setzen, wird nicht reichen und ist im Übrigen auch ein Problem von reicheren Nationen, die sich diese Lebensmittel leisten können. Pflanzenschutzmittelunternehmen, Saatgutunternehmen und Düngemittelunternehmen, aber auch Unternehmen in unserer Branche, die Zusatz- und Hilfsstoffe für die Lebensmittelindustrie herstellen, wollen helfen, diese Herausforderungen anzunehmen.

Die öffentliche Diskussion und die Berichterstattung in den Medien macht allerdings deutlich, dass einige Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace oder der BUND

und allen voran die Partei der Grünen die Themen Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit zu ihren neuen Kernthemen und auch zu neuen Geschäftsfeldern ernannt haben. Dabei werden teilweise fernab von wissenschaftlichen Erkenntnissen chemische Pflanzenschutzmittel und moderne Züchtungsmethoden verteufelt und Ängste in der Bevölkerung geschürt.

Hierbei wird gezielt mit drastischen Bildern gearbeitet und Protest auf Aktionärsversammlungen organisiert, aber auch vor den Werkstoren werden Aktionen gemacht, die unsere Kolleginnen und Kollegen verunsichern. Dabei werden Firmenlogos mit Totenköpfen verbunden sowie Symbole wie Säрге, Kreuze und Gasmasken genutzt. Ein besonders drastisches Beispiel aus meiner Sicht ist die Anti-Pestizid-Kampagne des BUND unter dem Motto: „Pestizide. Hergestellt, um zu töten“. Da sieht man Babys, die auf einem Acker sitzen, und ein Flugzeug, das darüberfliegt und die Babys mit Pflanzenschutzmitteln besprüht. Dann taucht das Motto auf: „Pestizide. Hergestellt, um zu töten“.

Unsere Industrien werden so dargestellt, als würden sie die Gesundheit der Menschen mutwillig schädigen wollen und die Profitgier über den Gewinn stellen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sehen sich dabei starker Kritik ausgesetzt, die bis in die Familie, in den Bekanntenkreis und in die Vereine hineingeht. Sie werden angesprochen, bei welchen Firmen sie denn eigentlich arbeiten. Ich finde, dass das den Kolleginnen und Kollegen in unseren Betrieben gegenüber zutiefst unfair ist, die mit einer hohen Verantwortung, großem Engagement und Sicherheitsbewusstsein in ihren Jobs arbeiten, forschen und produzieren.

Die teils einseitige Berichterstattung in den Medien, die Kampagnen und die Lobbyarbeit der Nichtregierungsorganisationen führen zu Vorbehalten und grundkritischen Haltungen bei politischen Entscheidungsträgern in Deutschland und in Europa. Dies kann sehr schnell dazu führen, dass dies einschneidende Konsequenzen für Investitionsvorhaben, für Zulassungsverfahren für schonendere Wirkstoffe sowie für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Deutschland und Europa nach sich zieht.

Die IG BCE soll sich mit diesem Antrag gezielt damit auseinandersetzen, unsere Mitglieder zu informieren, weil sie auch Multiplikatoren für diese Themen sind, zum Beispiel in unserer Mitgliederzeitung „Kompakt“. Aber vor allem soll sie in der Diskussion mit öffentlichen und politischen Entscheidungsträgern zu einer Versachlichung der Diskussion zu den Themen Sicherheit von chemischen Pflanzenschutzmitteln, Züchtungsmethoden und innovative Züchtungstechnologien, industrielle Landwirtschaft und digitale Anwendung im Agrarbereich beitragen.

Ich bitte den Kongress um seine breite Unterstützung für den Antrag B 014. – Vielen Dank und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, André.

Zu diesem Antrag liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – 17 Gegenstimmen. Wer enthält sich? – **Somit wurde der Empfehlung der Antragskommission mit 17 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Bei diesen Themen wird es immer etwas ruhiger. Das ist klar.

Wir kommen zu:

Antrag B 015

Neue Antriebssysteme fördern und Beschäftigung der Automobilzulieferer sichern

Auch dieser Antragstext spricht für sich. Wir empfehlen die Annahme des Antrages B 015.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko.

Auch zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar die von Michael Deister aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer DE 048. Michael, Du hast das Wort.

MICHAEL DEISTER (HANNOVER)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz vorweg: Ich fand es sehr spannend, dass das Wort „Versachlichung“ öfter gefallen ist. Ich glaube, sie ist auch bei dem Thema, das ich hier ansprechen möchte, sehr wichtig.

Ich möchte nicht so verstanden werden, dass das eine Gegenrede zu dem Antrag ist. Das ist sie ganz sicherlich nicht. Ich unterstütze ihn natürlich. Aber es lohnt sich, sich einmal einen differenzierten Blick zu gönnen.

Welches Umfeld haben wir? Rohstoffverteuerung, Preis- und Wettbewerbsdruck, Knebelverträge der OEMs, Dieselskandal, Elektromobilität, autonomes Fahren, insgesamt sehr hohe Innovationsanforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind nur einige Schlagworte, die derzeit die gesamte Zulieferindustrie bewegen. Dahinter stehen allerdings auch große gesellschaftliche Herausforderungen: saubere Luft, weniger Emissionen, mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

Kaum eine Branche ist mit der chemischen Industrie so eng verflochten wie die Automobilzulieferindustrie. Wir stellen sehr viele Arbeitsplätze in dieser Branche. Wir sind im Grunde der wesentliche Innovationstreiber für die gesamte Automobilindustrie. An der Entwicklung neuer Materialien zum Beispiel zur Gewichtsreduzierung von Fahrzeugen ist Chemie maßgeblich beteiligt. Die Vermeidung von Kohlendioxid steht dabei natürlich besonders im Fokus.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Verbrennungsmotor wird auch noch über das Jahr 2020 hinaus die wichtigste Antriebsart im Fahrzeug sein. Nach allen Erkenntnissen wird die emissionsfreie Elektromobilität nicht vor 2025 für den Marktdurchbruch reif sein. Den Durchbruch erwarten die Experten, wenn die sogenannten Traummaße 100-100-150 erreicht sind. Das bedeutet: 100 kw/h, 100 l Batterievolumen und 150 kg Gewicht. Im Vergleich zur heutigen Situation heißt das: halbes Gewicht, halbe Größe und weniger als die halben Kosten.

Schlimm ist, dass wir wahrscheinlich in Deutschland keine Batterieherstellung wirtschaftlich abbilden können, weil die Energiekosten dafür einfach viel zu hoch sind. Das ist ein Riesendilemma. Das heißt, hier vergeben wir auch eine Chance, weil die energiepolitischen Rahmenbedingungen eigentlich gar nicht passen. Auch das ist ein Problem, dem wir uns unbedingt stellen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Dieselskandal ist in aller Munde. Er hat natürlich nicht nur die Autokäufer verunsichert, sondern ist auch in der aktuellen zuge-

spitzten Debatte ein Auslöser dafür, dass zahlreiche Zulieferer und dass vor allem kleine und mittlere Betriebe in Liquiditätsprobleme kommen. Denn von hier kommen die Kernprodukte. Die Einspritzanlagen, Filtersysteme und Abgasanlagen werden dort hergestellt.

Natürlich gibt es gute Gründe, alte Dieselaautos von der Straße zu holen, aber es gibt noch lange keinen Grund, modernste Dieseltechnik zu verteufeln. (Beifall)

Die Innovationen, die aktuell zu leisten sind – das hatte ich schon erwähnt –, kommen im Wesentlichen von den Zulieferern. Diese können das aber nur leisten, wenn sie auch die Finanzkraft erhalten können, um den ständig wachsenden Anforderungen standzuhalten. Dabei muss immer bedacht werden, dass sich die sogenannten kleinen und mittleren Betriebe nicht wie zum Beispiel eine Conti oder Bosch internationalisieren konnten. Das heißt übersetzt, dass in Deutschland Arbeitsplätze in große Gefahr geraten, wenn es uns nicht gelingt, die Debatte um Diesel- bzw. Verbrennungsmotoren insgesamt zu versachlichen.

Es wäre meiner Ansicht nach auch für die gesamte Branche gefährlich, wenn sich die negative Diskussion um den Verbrennungsmotor weiter verfestigte; denn dann blockierten wir auch die Entwicklung und Erforschung von alternativen Kraftstoffen. Wir reden heute von synthetischen Kraftstoffen oder von Gas aus erneuerbarer Energie als Antrieb für Verbrennungsmotoren. Diese sind dann auch emissionsfrei.

Ein weiteres Risiko wäre es, würden die Automobilhersteller ihre Fertigungstiefe zulasten der Zulieferindustrie erhöhen; denn schließlich – das muss man wissen – hat ein Elektromotor gut zwei Drittel weniger Bauteile als ein Verbrennungsmotor. Die Betriebsräte der Automobilhersteller werden verstärkt darauf setzen, dass für ihre Betriebe trotz Elektrifizierung eine hohe Beschäftigungsquote erhalten bleibt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Megatrends wie die Elektrifizierung und das autonome Fahren werden die größten Herausforderungen in der Geschichte der Zulieferindustrie darstellen. Gleichzeitig sind der Wettbewerbs- und der Preisdruck so hoch wie noch nie. Das heißt, dass viele Betriebe unter diesen Rahmenbedingungen aufgefordert sind, einen radikalen Strategiewechsel zu vollziehen. Chancen und Risiken liegen dabei naturgemäß dicht beieinander. Bei diesen Herausforderungen sind Betriebsräte, Belegschaften und Arbeitgeber zu höchster Aufmerksamkeit verpflichtet, den für ihren Betrieb richtigen Weg zu finden.

Die Großkonzerne der Zulieferindustrie werden sicherlich die wenigsten Probleme bei der Bewältigung dieser Herausforderungen haben, aber für die kleinen und mittleren Betriebe sieht das mit Sicherheit ganz anders aus. Bei solch schwierigen Rahmenbedingungen ist es unerlässlich, dass sich auch der Staat an Forschungs- und Entwicklungskosten beteiligt, damit diese Unternehmen, die bekanntlich einen sehr großen Anteil der Arbeitsplätze in Deutschland stellen, nicht die Verlierer des technologischen Wandels werden. Ich denke, das ist sehr wichtig.

Michael hat in der letzten „Kompakt“ einen Zukunftspakt für die Mobilitätswirtschaft in Deutschland gefordert. Das ist völlig richtig. Allerdings wünschte ich mir, dass wir noch einen Schritt darüber hinausgingen, indem wir als Organisation ein eigenes Positionspapier dazu entwickeln. Ich würde mich hierbei gemeinsam mit den Kollegen aus der Zulieferindustrie gern einbringen. Wir haben dazu einen Arbeitskreis im Landesbezirk Nord. Das wäre vielleicht ein guter Ansatz, dies noch einmal aufzunehmen. Es wäre schön, wenn das klappte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, danke für die Aufmerksamkeit und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Michael.

Zu diesem Antrag liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – **Bei einer Enthaltung wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zu:

Antrag B 016

Die feinkeramische Industrie für die Zukunft stärken

Die IG BCE, wir werden darin aufgefordert, uns für Rahmenbedingungen einzusetzen, die den arbeits- und industriepolitischen Bedürfnissen insbesondere der Beschäftigten in der feinkeramischen Industrie Rechnung tragen. Von daher ist es selbstverständlich, dass wir die Annahme empfehlen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko.

Auch zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar die von Klaus Krämer aus dem Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland mit der Delegiertennummer 258.

KLAUS KRÄMER (Saarbrücken)

Schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mich kurz vorstellen: Mein Name ist Klaus Krämer. Ich komme von der Corning GmbH, einem amerikanischen Unternehmen. Wir produzieren am Standort Kaiserslautern technische Keramik für die Automobilindustrie.

Ich bin seit 2001 Mitglied im Industriegruppenausschuss Keramik und möchte noch Folgendes hinzufügen: In der feinkeramischen Industrie haben wir seit Jahren mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die harten Bedingungen und der Strukturwandel in der Porzellanindustrie müssten vielen von Euch bekannt sein. Aber auch in anderen Segmenten, ob Fliese oder technische Keramik, haben wir unsere Probleme.

Mit unserer IG BCE haben wir in den letzten Jahren immer wieder erreicht, Bedrohungen abzuwenden und Bedingungen zu schaffen, die unser Überleben gesichert haben. Dafür möchte ich mich bedanken. Aber das müssen wir auch fortsetzen, ob im Kampf gegen Dumpingpreise aus China oder für Energiepreise, die die Produktion in Deutschland weiterhin ermöglichen. Wir brauchen für unsere Branche Rahmenbedingungen, die unseren Fortbestand sichern. Das gilt im Hinblick auf industriepolitische, aber auch in Bezug auf arbeitspolitische Themen.

Viele Betriebe haben erhebliche Probleme, Nachwuchs zu finden. Das gilt in der Ausbildung genauso wie im akademischen Bereich. Über die Facharbeiter möchte ich an der Stelle überhaupt nicht sprechen. Die wandern ab, gehen in andere Branchen, in denen sie mehr Geld verdienen. Hier müssen wir Lösungen und Antworten finden, um den demografischen Wandel erfolgreich zu meistern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher bitte ich Euch: Unterstützt den Antrag B 016 für die Zukunft der feinkeramischen Industrie. – Vielen Dank und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Klaus. – Uns liegen keine weiteren Wortmeldezettel vor. Ich würde gern zur Abstimmung kommen. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen. –

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.**

Ich will noch eine Richtigstellung zu B 015 vornehmen. Wir hatten gerade nur eine Enthaltung festgehalten, aber es gab auch eine Gegenstimme. Ich würde bitten, wenn wir eine Stimme übersehen, dann springt auf und schreit. Manchmal ist das ein bisschen schwierig zu erkennen, gerade wenn es ganz hinten rechts oder links ist. Wenn wir Euch übersehen, dann springt auf. – Danke.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Oder wir lassen die Gegenstimmen einfach weg. Nein, ernsthaft: Wir machen es so, wie wir es auch am Anfang klar zugesichert haben.

Dann kommen wir zu:

Antrag B 017

Die kunststoffverarbeitende Industrie – eine Innovations- und Wachstumsbranche

Dieser Antrag analysiert die Lage der Branche und fordert unter anderem, dass sich Unternehmen aktiv mit ihrer Personalentwicklung auseinandersetzen und in systematische und planvolle Entwicklungsmaßnahmen im Bereich des Personals investieren. Zudem soll sich die IG BCE verstärkt mit dem Einsatz von Robotern auseinandersetzen, Stichwort: deutscher, vernünftiger 3-D-Druck.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 017.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Damit würde ich direkt zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Damit rufe ich auf:

Antrag B 018

Zukunft der kunststoffverarbeitenden Industrie sichern

Der Antrag erwartet, dass sich Kunststoffverarbeiter frühzeitig mit dem Nutzen, aber auch mit den Grenzen und Risiken digitaler Entwicklungen, den notwendigen organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen sowie möglichen Lösungsansätzen auseinandersetzen.

Unsere Empfehlung ist etwas umfangreicher. Ihr wisst, dass sich – es ist schon erläutert worden – der Gewerkschaftskongress nicht so mit den regionalen Themen – hier am Beispiel Baden-Württemberg erläutert – beschäftigt. Doch die im Antrag beschriebenen Herausforderungen gelten für die gesamte Branche und bundesweit. Deshalb lautet unsere Empfehlung Annahme des Antrags mit folgenden Änderungen:

Zeilen 1 bis 5 zu streichen, in der Zeile 13 „In Baden-Württemberg ist“ zu streichen und in Zeile 13 hinter dem Wort „Branche“ das Wort „ist“ einzufügen, ebenfalls in Zeile 30 „baden-württembergische“ zu streichen sowie in Zeile 34 das Wort „auch“ zu streichen und hinter „Kunststoffverarbeiter“ „die Industrie“ einzufügen, ab Zeile 6 bis Zeile 33 den

Text mit den vorgeschlagenen Änderungen dem Anfang der Begründung hinzuzufügen sowie den Text ab Zeile 34 bis Zeile 45 zum Antragstext zu machen.

Wir wissen, dass dies etwas kompliziert ist. Aber mit den entsprechenden Änderungen wird dem inhaltlichen Ziel des Antrags Rechnung getragen, nicht nur auf Baden-Württemberg bezogen, sondern auf die gesamte Branche und das gesamte Bundesgebiet.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar von dem Antragsteller, Klaus Kreidler, Delegiertennummer 369. Du hast das Wort.

KLAUS KREIDLER (Karlsruhe)

Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Klaus Kreidler vom Landesbezirk Baden-Württemberg. Unser Antrag B 018 – Zukunft der kunststoffverarbeitenden Industrie sichern – passt hervorragend zum vorangegangenen Antrag.

Ich möchte noch ergänzend hinzufügen: Die kunststoffverarbeitende Industrie ist ein wachsender Industrie- und Wirtschaftszweig. Die Umsätze und die Einstellung von Beschäftigten steigen. Die Branche ist überwiegend klein- und mittelständisch geprägt, also viele KMU, kleine und mittlere Unternehmen, die durch ihre gewachsene Struktur in ländlichen Regionen angesiedelt sind. Der Antrag kommt aus Baden-Württemberg, aber ich denke, die Situation ist bundesweit gegeben.

Um den Fortbestand an Fachkräften zu sichern, muss weiterhin gut ausgebildet werden. Die Berufe und die Berufsbilder für den Nachwuchs attraktiv zu machen, ist das eine, die Verkehrsinfrastruktur auf dem Land das andere. Dies wird immer schwieriger, da sich der demografische Wandel bei den Azubis bemerkbar macht. Schon heute bekommen wir mangels Bewerbern nicht alle Ausbildungsplätze belegt. Haben wir geeignete Auszubildende, ist es spannend, wie diese jungen Menschen von ihrem Wohnort in den Betrieb oder in die Berufsschule kommen. Eine Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ist oft nicht möglich. Hier muss mehr in Verkehr und Takt investiert werden. Hier haben die KMU und die großen Betriebe in den ländlichen Regionen ganz klar das Nachsehen gegenüber den städtischen Ballungsgebieten.

Ein anderes Problem ist, dass sich die jungen Menschen eher an bekannteren, großen Namen der kunststoffverarbeitenden Industrie orientieren, die dann oft, wie vorher genannt, in den Ballungsgebieten angesiedelt sind. Man kann auch sagen: Wir Kleinen sind oftmals die Ausbildungsbetriebe für die Großen. Wir bilden teuer und gut aus, und danach ist die Abwanderung gegeben.

Hier sollte man sich – nein, hier muss man sich – auch um das Thema Fachkräftesicherung Gedanken machen. Zusammengefasst: Die IG BCE muss sich gegenüber der Politik dafür einsetzen, die Verkehrs- und Wohnungsinfrastruktur in den ländlichen Regionen zu verbessern. Um die Ausbildungsberufe bekannter zu machen und die Attraktivität der Branche zu erhöhen, zu verbessern, muss die IG BCE mit den zuständigen Verbänden und der Politik entsprechende Konzepte und Kampagnen entwickeln. Ich bitte Euch um die Unterstützung dieses Antrags. – Vielen Dank. Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Vielen Dank, Klaus. – Zu diesem Antrag liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** – Danke.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann rufe ich auf:

Antrag B 019

Kunststoffindustrie im Wandel

Dieser Antrag unterstreicht die Bedeutung der Branche, aber auch die vielfältigen Herausforderungen.

Da der Antrag, ähnlich wie die vorhergehenden Anträge, einen regionalen Zuschnitt hat, empfiehlt die Antragskommission Annahme mit folgenden Änderungen: in der Zeile 92 das Wort Bayern zu streichen, in der Zeile 100 den Text zu ersetzen durch „Die Delegierten des 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses der IG BCE fordern daher:“ sowie in der Zeile 126 den Text zu ersetzen durch: „... einen Dialog mit der Bundesregierung aufzunehmen, um den Kunststoffverarbeitungsstandort Deutschland zu stärken“. Wir empfehlen also Annahme des Antrages mit den gerade vorgetragenen und auch ausgedruckten Änderungsvorschlägen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Hierzu liegt uns keine Wortmeldung vor. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Auch keine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** – Danke schön.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann rufe ich auf:

Antrag B 020

Die Zukunft der deutschen Mineralölindustrie sichern – Anforderungen an Politik und Unternehmen

Der Antrag fordert dazu auf, stärker auf die Politik und die Unternehmen einzuwirken, um die deutsche Mineralölindustrie zukunftsfest zu machen und auch hier die Beschäftigung langfristig zu sichern.

Wir empfehlen Annahme des Antrages B 020.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Auch zu diesem Antrag liegt uns keine Wortmeldung vor. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung mit einer Gegenstimme gefolgt.** – Danke schön.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann kommen wir zu:

Antrag B 021

Für die Modernisierung der Papier erzeugenden Industrie und die Sicherung der Arbeitsplätze

Auch hier lautet die Aufforderung, die IG BCE möge sich auf allen politischen Ebenen in den Betrieben für Rahmenbedingungen einsetzen, die den arbeits- und industriepolitischen Bedürfnissen der Beschäftigten in der Papierindustrie Rechnung tragen.

Logischerweise empfehlen wir auch den Antrag B 021 zur Annahme.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar vom Antragsteller Horst Gönzheimer aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer 056. Du hast das Wort.

HORST GÖNNHEIMER (Mannheim)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Horst Gönzheimer. Ich komme vom Landesbezirk Baden-Württemberg und spreche hier für die Industriegruppe Papier. – Wir befinden uns in der Papierindustrie schon längere Zeit in einem Strukturwandel. Gerade die Kolleginnen und Kollegen von den Herstellern der grafischen Papiere haben darunter zu leiden. Das ist nicht neu. Aber sie sind dankbar dafür, dass Unterlagen nicht nur mittels E-Books oder als PDF-Files auf USB-Sticks verteilt werden.

Es gibt auch Themen, die für alle Betriebe in der Papierindustrie von zentraler Bedeutung sind. Über die Energiepolitik und die Energiepreise wurde ja schon einiges gesagt. Das betrifft auch uns in der Papierindustrie sehr stark.

Ein weiteres Thema ist die Frage der Arbeitsbedingungen. Wenn man schaut, wie sich Krankenstände in den Betrieben entwickelt haben, kann man Angst bekommen. Wir haben analysiert und diskutiert. Eine der häufigsten Antworten ist klar: Schichtarbeit belastet sehr stark. Wir wissen: Ohne Schichtarbeit geht es nicht. Aber wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die uns nicht krank machen. Ausgleichszeiten sollten regelmäßig und anteilig verteilt sein. Wichtig für uns sind auch die Qualifizierungen, die in diese Arbeitszeitmodelle eingearbeitet werden müssen. Wir müssen allgemein die Arbeitsbedingungen in unserer Branche so gestalten, dass sich die Attraktivität erhöht. Nur so kommen wir an qualifizierte Fachkräfte, die wir für eine erfolgreiche Zukunft brauchen.

Wir wissen aber auch: Unsere Branche wird sich weiter wandeln. Das betrifft die Technologie sowie die Märkte und Produkte. Diesen Wandel wollen und müssen wir aktiv mitgestalten. Wir stellen uns der Herausforderung einer ressourcenschonenden und nachhaltigen Produktion.

Dazu gehören aber auch industriepolitische Rahmenbedingungen, die Investitionen und Produktion in Deutschland ermöglichen. Hierzu ist eine verlässliche Politik notwendig, die akzeptiert, dass wir ein Industriestandort sind, und keinen falschen Idealen nachjagt.

Wir wissen: Der Weg wird nicht einfach sein. Wir werden ihn aber gehen müssen. Dafür brauchen wir die Unterstützung unserer Gewerkschaft. Deshalb bitte ich Euch: Stimmt für diesen Antrag. – Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Horst. – Es liegt uns keine weitere Wortmeldung vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe eine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung mit einer Enthaltung und keiner Gegenstimme gefolgt.** – Danke schön.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zu:

Antrag B 022

Die Papierindustrie braucht eine innovative Zukunft!

Dieser Antrag geht in eine vergleichbare Stoßrichtung wie der vorhergehende, verweist aber zudem auf die Herausforderungen durch die zunehmende Digitalisierung – sprich: Industrie 4.0 – und die Notwendigkeit von Qualifikationsmaßnahmen.

Die Antragskommission empfiehlt entsprechend Annahme des Antrages B 022.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor, und zwar vom Antragsteller Frank Gottselig aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer 102. Frank, Du hast das Wort.

FRANK GOTTSSELIG (Mannheim)

Einen wunderschönen guten Morgen! Mein Kollege Horst Gönzheimer hat die Papierindustrie – ich habe viele Blätter dazu vorbereitet – ja schon angesprochen. Deswegen spare ich mir das und sage nur so viel: Wir haben in Baden-Württemberg viele Jahre dafür gekämpft, dass wir das Bildungszeitgesetz erhalten. Insbesondere auch die Landesregierung in Baden-Württemberg überprüft derzeit, wie sie mit dem Gesetz umgehen will. Sie prüft Verschlechterungen – und das bei den Herausforderungen, die in unserer Branche durch Industrie 4.0 und die weiter fortschreitende Digitalisierung bestehen. Das ist aus meiner Sicht ein Unding. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Antrag. – Danke schön. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Frank. – Uns liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** – Danke schön.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Es kehrt langsam Müdigkeit ein. Sonst ist schon mal geklatscht worden. Ich warte noch ein bisschen ab. – Aber dann rufe ich auf:

Antrag B 023

Pharma-Standort Deutschland: Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte zukunftsfest gestalten

Antrag B 024

Pharma – Industriepolitik

Der Antrag B 023 fordert den Erhalt der kompletten Wertschöpfungskette in Deutschland. Einer von vielen angesprochenen Aspekten sind die Folgen des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes. Ziel des Antrages ist der Erhalt von Produktion und Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik.

Der Antrag B 024 geht ebenfalls auf das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes ein und will stabile Rahmenbedingungen für die Pharmabranche.

Wir empfehlen die Annahme des umfassenden Antrages B 023 und den Antrag B 024 als Material dazu.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Eine Enthaltung sehe ich. **Somit ist der Empfehlung mit einer Enthaltung und keiner Gegenstimme gefolgt.** (Beifall)

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann kommen wir zu:

Antrag B 025

Pharmazeutische Industrie – Eine Branche, große Herausforderungen

Dieser Antrag beschreibt die breite Palette innerhalb der pharmazeutischen Industrie sowie die Herausforderungen, die sich daraus für die IG BCE, für uns, ergeben.

Da sich auch dieser Antrag auf einen Landesbezirk bezieht, empfiehlt die Antragskommission die Annahme des Antrages mit folgenden redaktionellen Änderungen: den Text in den Zeilen 1 bis 7 zu streichen und in der Zeile 166 die Wörter „Bayern und“ ebenfalls zu streichen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Hierzu liegt uns keine Wortmeldung vor. Dementsprechend kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich darf aufrufen:

Antrag B 026

Fachkräftebedarf in der Pharmaindustrie positiv entwickeln

Der Antrag möchte, dass unsere Gewerkschaft die demografische und Fachkräfteentwicklung in der pharmazeutischen Industrie aktiv mitgestaltet und zu einem strategischen Arbeitsschwerpunkt macht.

Unsere Empfehlung ist die Annahme mit der ausgedruckten Änderung, nämlich in der Zeile 8 den Regionalbezug und somit „in Baden-Württemberg und“ zu streichen. – Bitte, Sebastian.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Hierzu haben wir eine Wortmeldung des Antragstellers vorliegen: Oliver Banze aus Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer DE057.

OLIVER BANZE (Mannheim)

Hallo zusammen! Die Pharmaindustrie ist nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in der kompletten BRD eine Wachstumsbranche. Durch ihre hohen Umsätze ist sie ein wichtiges Standbein in Deutschland. Die deutsche Pharmaindustrie lebt von vielen Innovationen, welche die gut ausgebildeten Fachkräfte im Endeffekt für die vielen Patienten erforschen – irgendwie auch für die Aktionäre, aber das ist ein anderes Thema.

Damit ein neues Medikament oder ein Diagnosegerät auf den Markt kommen darf, müssen nach der Forschung mehrere Studien durchgeführt werden, damit dieses zum Schluss bei den verschiedenen Behörden weltweit erfolgreich eingereicht werden kann. Erhält das Medikament die Zulassung, muss die Produktion unter hohen Auflagen und sauber erfolgen. Daher braucht auch die Pharmaindustrie sehr viele gut ausgebildete Fachkräfte.

Wie bei den meisten anderen Branchen ist auch hier leider der Fachkräftemangel absehbar. Die Bundesanstalt für Arbeit hat errechnet, dass in zwölf Jahren das Durchschnittsalter um weitere 4,1 Jahre steigen wird. Das klingt erst mal wenig, ist aber für die Altersstruktur in vielen einzelnen Betrieben sehr viel. Die bestehende Lücke zwischen Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot wird weiter wachsen. Demzufolge werden in der Berufsgruppe Chemie im Jahr 2030 knapp 6.000 Arbeitskräfte fehlen.

Vor diesem Hintergrund gehört die demografische Entwicklung auch für die IG BCE, ihre Mitglieder und die Beschäftigten der pharmazeutischen Industrie zu einem zentralen strategischen Thema. Die Zukunft dieser bisher sehr stabilen und erfolgreichen Industriebranche braucht die gewerkschaftliche Gestaltungskraft der IG BCE.

Ich bitte Euch daher, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen und für den Antrag B 026 Eure Karte zu heben. – Vielen Dank. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Oli. – Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit will ich zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zu:

Antrag B 027

Für den Erhalt einer wettbewerbsfähigen Zementindustrie in Deutschland

Klare Botschaft, klare Empfehlung: Annahme.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Uns liegt zu diesem Antrag auch eine Wortmeldung vor, und zwar von Norbert Wagner aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer DE282.

NORBERT WAGNER (Schleswig-Holstein)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin vermutlich einer der wenigen Zementer, die hier auf dem Kongress sind, und ich möchte einmal die aktuelle Situation in der Zementindustrie darstellen. Wir sind eine sehr energieintensive Branche; wir haben das vorhin von anderen Branchen auch gehört. Wir haben einen sehr hohen Bedarf an elektrischer Energie, aber auch einen sehr, sehr hohen Bedarf an thermischer Energie. Das bringt natürlich CO₂-Probleme mit sich. Da stehen wir erheblich unter Druck.

Der Emissionshandel wird immer wieder ins Gerede gebracht, was uns ganz große Bauchschmerzen bereitet. Wir haben versucht, den CO₂-Ausstoß zu minimieren. Das ist uns zum Teil gelungen, aber nicht durchschlagend. Die Ressourceneffizienz ist gesteigert worden, aber auch das bringt uns nicht in die Situation, dass wir beim Verlust der CO₂-Zertifikate in Deutschland noch wettbewerbsfähig sind.

Die Zementbranche ist leider immer wieder ein Versuchskaninchen: Man versucht, uns mit irgendwelchen Rechtsmitteln zu sanktionieren, was absolut nicht funktionieren wird. Wenn wir die CO₂-Zertifikate verlieren, wird es keine deutsche Zementindustrie mehr geben. Das steht außer Frage, und da gibt es kein Wenn und Aber.

Der Markt ist konsolidiert. Die großen Unternehmen sind in der Lage, Schiffe zu requirieren, um sofort das Material aus Tunesien, anderen afrikanischen Ländern bzw. aus dem europäischen Umland hierherzubringen. Damit verlieren viele Zehntausend Kollegen ihre Arbeitsplätze. Das muss man ganz klar sagen.

Zur Veränderung der Unternehmensstrukturen und Fusionen, der Zusammenschlüsse: Wie gerade erwähnt, es gibt nur noch die Großen. Ich komme aus dem Konzern LafargeHolcim, in dem wir mit diesen Fusionen bittere Erfahrungen gemacht haben. Jedem ist es wahrscheinlich bekannt: Lafarge hat mit dem IS Geschäfte gemacht. Nur um Gewinne zu maximieren, werden auch diese Wege gegangen.

Es ist deswegen unabdingbar, auf gewerkschaftlicher Seite die Vernetzung auf globaler Ebene auszubauen. Erste Schritte sind getan. Ich möchte der IG BCE und IndustriALL ganz herzlich danken, die uns bis jetzt schon unterstützt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind nur einige Beispiele, was uns in der Zementindustrie umtreibt. Ich bitte Euch, den Antrag B 027 zu unterstützen. – Danke schön und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Norbert. – Es liegt uns keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer Enthält sich? – Eine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung mit einer Enthaltung und keiner Gegenstimme gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann kommen wir zu:

Antrag B 028

Änderung der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) im Jahresabschluss

Der Antrag fordert, dass Arbeitnehmer, die nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in Unternehmen eingesetzt werden, in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses nicht mehr in den Materialkosten, sondern in den Personalkosten, geführt werden. (Beifall)

Das könnten wir eigentlich direkt abstimmen. Dennoch muss ich Euch eine entsprechende Änderung vortragen.

Natürlich empfehlen wir Annahme des Antrages, aber in der Zeile 4 soll der Text hinter „Jahresabschlusses“ ersetzt und durch folgende Aufnahme präzisiert werden:

... sind die Personalaufwendungen für Arbeitnehmer nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz generell und ausnahmslos in den Personalaufwendungen zu führen und nicht mehr im Materialaufwand bzw. den bezogenen Leistungen oder den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Mit dieser Präzisierung empfehlen wir Annahme des Antrages B 028.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Damit kommen wir sofort zur Abstimmung; denn hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Auch keine Enthaltung. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** (Beifall)

MIKRO SKELA (Antragskommission)

Der Applaus ist nicht für die Antragskommission, sondern für den Antragsteller. Das ist klar, oder? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgerufen wird der

Antrag B 029

Investitionen in Infrastruktur

Der Antrag fordert eine entscheidende Verbesserung sowohl der Verkehrs- als auch der digitalen Infrastruktur in Deutschland. So gehört die Chemische Industrie zu den besonders transportintensiven Branchen. Damit ist der Bedarf an funktionsfähigen und sicheren Transportwegen natürlich von herausragender Bedeutung. Gleichzeitig muss die digitale Infrastruktur schnellstens auch in der Fläche ausgebaut werden.

Wir empfehlen Annahme des Antrages B 029.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko. – Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** (Beifall)

MIKRO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag B 030

Umsetzung eines bundeseinheitlichen Krebsregisters darf kein Hindernis für Standortfragen sein

Die Forderung ist klar. Der Hintergrund: Der fehlende Nachweis, dass die Ursache von Krebserkrankungen nicht durch eine benachbarte Industrieanlage herrührt, kann dazu führen, dass Standortentscheidungen oder anstehende Investitionen verzögert oder verhindert werden.

Unsere Empfehlung lautet Annahme mit folgenden Änderungen: In der Zeile 1 soll vor dem Wort „Nachweis“ das Wort „fehlende“ eingesetzt werden. In der Zeile 10 soll der Text durch folgende Formulierung ersetzt werden:

Das Genehmigungsverfahren darf nicht dadurch in die Länge gezogen werden, weil die benötigten Datengrundlagen den Entscheidungsbehörden nicht zur Verfügung gestellt werden können.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegt eine Wortmeldung vor, und zwar vom Beiratsmitglied Gerd Beich aus dem Landesbezirk Nord, TN 131.

GERHARD BEICH (Hannover)

Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin im Auftrag unterwegs – zwar nicht des Herrn, aber meiner Kolleginnen und Kollegen aus der Erdöl- und Erdgasindustrie, wo der Ursprungsantrag eingereicht worden ist. Es geht allerdings nicht nur um die Industrie, sondern um alle Industriezweige.

Wir stellen immer wieder fest – das sehen wir auch heute; deswegen passt der Antrag in den B-Block; wir hatten heute auch schon mit Gentechnik zu tun –, dass manche Entscheidungsbehörden und Entscheider durchaus auch schon Gene von Salatschnecken in sich vereinigt haben. Dafür möchte ich mich bei den Salatschnecken entschuldigen. (Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist tatsächlich so, dass wir immer wieder feststellen, dass trotz Industrie 4.0 die Genehmigungsdauern sehr lang sind, sodass Investitionsentscheidungen teilweise rückgängig oder gar nicht mehr getroffen werden. Das ist nicht nur in der Erdöl- und Erdgasindustrie so, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Deswegen ist es wichtig, dass wir nicht noch andere Rückzugsgebiete offen stehen lassen, indem sozusagen unter Generalverdacht gesagt wird: Hier gibt es erhöhte Krebsraten, und deswegen wird die Anlage nicht genehmigt bzw. das Genehmigungsverfahren ausgesetzt.

Ich bitte Euch, diesen Antrag zu unterstützen. – Danke schön und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Gerd. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir direkt zur Abstimmung kommen. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Zehn Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung mit einer Gegenstimmen und zehn Enthaltungen gefolgt.**

MIKRO SKELA (Antragskommission)

Ich darf mich jetzt bei Euch bedanken. Wir wechseln den Sprecher der Antragskommission aus. – Herzlichen Dank für Eure faire, offene und ehrliche Diskussion und Abstimmung. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Mirko, für Deinen Beitrag. Du hast uns jetzt durch die Hälfte des Antragsblockes B geführt. Ab sofort übernimmt Sieglinde Hinzer und ruft die Anträge B 031 bis B 061 auf. – Sieglinde, Du hast das Wort.

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von mir ein herzliches Glückauf! Wie bereits gesagt, führe ich euch durch die nächsten 30 Anträge.

Wir beraten jetzt Anträge, die sich mit einer arbeitnehmerfreundlichen und gerechteren Steuerpolitik befassen; das sind in der Summe elf Stück. Im Einzelnen rufe ich folgende Anträge auf:

Antrag B 031

Steuerpolitik für Arbeitnehmer/-innen

Antrag B 032

**Vermeidung der kalten Progression
für Geringverdiener und den Mittelstand**

Antrag B 033

**Abschaffung der Kapitalertragsteuer
und Gleichsetzung mit der Einkommensteuer**

Antrag B 034

**Abschaffung der Kapitalertragsteuer
und Gleichsetzung mit der Einkommensteuer**

Antrag B 035

Wiedereinführung der Vermögensteuer

Antrag B 036

**Höhere Berücksichtigung von Kindern, Erziehungs- und
Pflegezeiten im Steuerrecht beim Wegfall des Ehegattensplittings**

Antrag B 037

Veränderung des Ehegattensplittings im Steuerrecht

Antrag B 038

Anpassung der Pendlerpauschale für Arbeitnehmer

Antrag B 039

Pendlerpauschale zum Mobilitätsgeld weiterentwickeln

Antrag B 040

Mehr Steuergerechtigkeit für Arbeitnehmer

Antrag B 041

Erhöhung der pauschalen Steuerfreibeträge bei Behinderung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Leitantrag des Hauptvorstandes, B 031 – Steuerpolitik für Arbeitnehmer/-innen –, kritisiert die ungerechte Finanzierung unseres Gemeinwesens, bei dem wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit Jahren immer stärker belastet werden.

Konkret wird eine Reihe von Themen benannt, die es anzupacken gilt. Einige Beispiele dazu: die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen durch Anhebung des Grundfreibetrages und die Abschaffung der kalten Progression, die Besteuerung der Kapitalerträge nach dem individuellen Steuertarif, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine zielgerichtete Entlastung von Familien, die Umgestaltung und Erhöhung der Pendlerpauschale und viele wichtige Ansatzpunkte mehr bis hin zur Durchsetzung einer europaweiten Transaktionssteuer.

Ihr könnt die einzelnen Punkte im Antrag nachlesen.

Der Antrag B 032 fordert, wie im Titel schon gesagt, die Vermeidung der kalten Progression für Geringverdiener und den Mittelstand.

Die Anträge B 033 und B 034 wollen die Abschaffung der Kapitalertragsteuer und Gleichsetzung mit der Einkommensteuer.

Der Antrag B 035 tritt für die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein.

Der Antrag B 036 erwartet eine höhere Berücksichtigung von Kindern, Erziehungs- und Pflegezeiten im Steuerrecht beim Wegfall des Ehegattensplittings.

Der Antrag B 037 will eine Veränderung des Ehegattensplittings im Steuerrecht.

Der Antrag B 038 fordert die Anpassung der Pendlerpauschale für Arbeitnehmer.

Der Antrag B 039 – Pendlerpauschale zum Mobilitätsgeld weiterentwickeln – schließlich fordert im Kern eine Erhöhung der Entfernungspauschale, besser als Pendlerpauschale bekannt.

Der Antrag B 040 erwartet unter der Überschrift „Mehr Steuergerechtigkeit für Arbeitnehmer/-innen“ eine Erhöhung der Steuerfreibeträge für ehrenamtliche Arbeit.

Und der Antrag B 041 will die Erhöhung der pauschalen Steuerfreibeträge bei Behinderung.

Das waren jetzt, kurz zusammengefasst, die Inhalte der vielen Anträge.

Wir als Antragskommission empfehlen die Annahme des umfassenden Leitantrages B 031, weiterhin die Annahme von B 032 und B 033 als Material zum Antrag B 031, da das Thema im Leitantrag aufgegriffen wird. In diesem Zusammenhang gilt der Antrag B 034 als erledigt, da er wortgleich mit dem vorangegangenen Antrag B 033 ist. Wir empfehlen außerdem die Annahme der Anträge B 035, B 036, B 037, B 038, B 039, B 040 sowie B 041 als Material zum Antrag B 031.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde. Das war bestimmt nicht einfach mit den elf Anträgen. Super. (Beifall)

Uns liegt eine Wortmeldung vor zum Antrag B 031– das ist der Leitantrag – von Dirk Mey aus dem Landesbezirk Nord-Ost, Delegiertenummer 263. Dirk, Du hast das Wort.

DIRK MEY (Berlin)

Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Antrag „Steuerpolitik für Arbeitnehmer/-innen“, hier zur Abschaffung des Ehegattensplittings eine Anmerkung machen.

Ehe- oder Lebenspartnerschaften sind Solidargemeinschaften und stehen unter einem besonderen Schutz. Das Ehegattensplitting wird immer als Teufelszeug gehandelt, weil es die Partner, in der Regel die Partnerin, vom Arbeiten abhalten soll oder abhält.

Es gibt aber auch den einen oder anderen, der in seinem Leben von einer schweren Krankheit heimgesucht wird, die ihn daran hindert, weiter voll oder überhaupt zu arbeiten. Eine EU-Rente fängt diese Themen nicht immer komplett auf. Auch für diese Fälle wurde das Ehegattensplitting geschaffen. Es stellt sicher, dass die betroffenen Familien am Ende nicht durch die Roste fallen und ihren finanziellen Verpflichtungen noch nachkommen können.

Grundsätzlich halte ich die hier gestellten Anträge für richtig, und ich werde ihnen auch zustimmen. Ich bitte nur, bei der Abarbeitung dieser Themen das zuvor Gesagte zu berücksichtigen. Ansatzweise ist dies ja in Zeile 55 beschrieben. Aber ich wollte Euch auch meine andere Sichtweise hierzu darlegen. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Dirk Mey. – Uns liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich möchte deshalb direkt zur Abstimmung kommen. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen können, möchte ich bitten, die Karten zu heben. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Zwei Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen gefolgt.** (Beifall)

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Aufgerufen wird jetzt der

Antrag B 042

Überprüfung der Rundfunkbeitragspflicht

Gefordert wird hier eine Vereinfachung der Gebührenbefreiung. Unsere Empfehlung lautet: Annahme.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde. – Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb möchte ich direkt zur Abstimmung kommen. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Gegenstimmen? – Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission mit drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen gefolgt.** (Beifall)

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Wir kommen zu einem Antragsblock, der sich schwerpunktmäßig mit energie- und klimapolitischen Fragen auseinandersetzt. Das sind zehn Anträge, die ich hier vortragen werde. Ich rufe somit folgende Anträge auf:

Antrag B 043

Energiepolitik, Energiewende, Umweltpolitik – sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig, ökologisch verantwortungsvoll

Antrag B 044

Ausgewogene Energie- und Industriepolitik und Technologieoffenheit

Antrag B 045

Die Energiewende weiterentwickeln!

Antrag B 046

Bezahlbare Energie in Deutschland

Antrag B 047

Klimaschutz sozialverträglich gestalten

Antrag B 048

Klimaschutz nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen

Antrag B 049

Energiepolitik

Antrag B 050

Langfristige und sichere Stromversorgung

Antrag B 051

Energiewende

Antrag B 052

Versorgung mit elektrischer Energie durch Kohleverstromung

Im umfangreichen Leitantrag B 043 steht die Kernaussage gleich am Anfang. Die IG BCE fordert und unterstützt eine sozial gerechte, wirtschaftlich vernünftige und ökologisch verantwortungsvolle Energiewende. In den einzelnen Abschnitten steht dann Punkt für Punkt, wie diese Ziele erreicht werden sollen.

Der Titel des Antrages B 044 „Ausgewogene Energie- und Industriepolitik und Technologieoffenheit“ ist identisch mit seiner aus einem Satz bestehenden Forderung.

Der Antrag B 045 – Die Energiewende weiterentwickeln! – erwartet, dass die IG BCE ihren politischen Einfluss wahrnimmt und die Energiewende aktiv mitgestaltet.

Der Antrag B 046 – Bezahlbare Energie in Deutschland – setzt sich für einen vernünftigen, bezahlbaren und sicheren Energiemix in Deutschland ein.

Der Antrag B 047 – Klimaschutz sozialverträglich gestalten – und der Antrag B 048 – Klimaschutz nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen – verfolgen das gemeinsame Ziel, durch neue Regelungen im Klimaschutz die Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit nicht weiter zu gefährden.

Der Antrag B 049 – Energiepolitik – fordert zur Durchsetzung der bereits erwähnten energiepolitischen Ziele der IG BCE Dialoge und Allianzen für Versorgungssicherheit und Preisvernunft speziell in Bayern aufzubauen.

Der Antrag B 050 – Langfristige und sichere Stromversorgung – erwartet unter anderem, dass bis zum Vorliegen echter Alternativen eine sichere Stromversorgung auf der Grundlage von Braun- und Steinkohle, Erdgas sowie Pumpspeicher- und Laufwasserkraftwerken gewährleistet wird.

Der Antrag B 051 geht auf einzelne Aspekte der Energiewende ein. Er wendet sich gegen einen schnellen Ausstieg aus der Kohlenutzung und lehnt Kohleausstiegskommissionen ab. Stattdessen wird ein politischer Diskurs gefordert. Der Antrag listet zudem eine Reihe konkreter Forderungen zur Ausgestaltung der Energiewende auf.

Der Antrag B 052 – Versorgung mit elektrischer Energie durch Kohleverstromung – setzt auf die Weiterführung der Kohleverstromung zur Sicherung der Energieversorgung sowie der Arbeitsplätze auch in der dazugehörigen Verbundindustrie, im konkreten Fall hier der Gipsindustrie.

Jetzt unsere Empfehlungen:

Wir empfehlen die Annahme des umfassenden Leitantrags B 043.

Die Anträge B 044, B 045, B 046, B 047, B 048, B 050, B 051 sowie B 052 werden als Material zum Antrag B 043 angenommen.

Antrag B 049: ebenfalls Annahme als Material, allerdings mit einer Änderung: In Zeile 16 wird das Jahr „2016“ durch das aktuelle Jahr „2017“ ersetzt.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke schön, Sieglinde. – Uns liegt zu diesem kompletten Antragsblock eine Wortmeldung vor, und zwar von Uwe Teubner aus dem Landesbezirk Nordost mit der Delegiertennummer 110. Er ist der Antragsteller des Antrags B 043.

UWE TEUBNER (Cottbus)

Glückauf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Uwe Teubner. Ich arbeite in der Lausitz Energie Bergbau AG. Meine Heimat ist die Lausitz.

Durch die Entscheidung der Großen Koalition zur Sicherheitsbereitschaft werden wir in der nächsten Zeit ca. 600 junge Facharbeiter nach der Ausbildung nicht übernehmen können. Eine Kompensation der Arbeitsplätze mit Guter Arbeit ist nicht in Sicht. Das sind 600 junge Menschen, für die es keine Zukunft in der Lausitz gibt und die ihre Familien nicht in der Lausitz gründen werden. Deshalb ist es mir ganz besonders wichtig, zu diesem Antrag zu sprechen.

Wenn wir auf die Energie- und Umweltpolitik schauen, schütteln wir den Kopf über viele Ungereimtheiten, nicht nur in der Braunkohle, dort sowieso. Nein, alle unsere Industrien sind auf eine bezahlbare Energiewende angewiesen. Alle unsere Mitglieder verlangen eine sozial gerechte Energiewende. Ich freue mich, dass diese Betroffenheit in dem Antrag B 043 deutlich wird.

Wir müssen zu einem neuen Verständnis einer nachhaltigen Politik kommen. Wir haben dafür in den vorliegenden Anträgen ab B 043 einige gut formulierte Beiträge. Es beginnt schon mit der Überschrift: sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig, ökologisch verantwortungsvoll. – Dieser Dreiklang ist eine gute Basis für Gespräche mit der neuen Bundesregierung. Es muss deutlich werden: Das, was sich Deutschland mit der Energie- und Verkehrswende vornimmt, ist keine Kleinigkeit.

Auf der Pariser Klimakonferenz haben wir uns zu der Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 verpflichtet, und zu diesem Ziel stehen wir. Aber wie können wir dies erreichen? Mit Planungsbürokraten, die für jede Branche und jedes Bundesland Fünfjahrespläne und Zehnjahrespläne mit CO₂-Budgets aufstellen, die dann das Maß aller Dinge sind? – Mit dieser Art von Politik haben wir in meiner Heimat vor 1989 schlechte Erfahrungen gemacht.

Man kann in einem demokratischen Land Ziele für 30 Jahre in der Zukunft setzen, und alle danach gewählten Parlamentarier dürfen nur noch Politik auf diese Ziele bezogen machen. Oder begreifen wir die Energiewende als das, was sie ist, nämlich ein großes gesellschaftliches Experiment, in dem wir alle Kraft einsetzen, um zu zeigen, was noch nicht bewiesen ist, dass man Klimaschutz, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit verbinden kann?

Energie, Verkehr, Wohnungsbau, Landwirtschaft und Industriearbeit der Zukunft. Es muss endlich aufhören, dass alle diese Themen nur aus dem ökologischen Blickwinkel betrachtet werden. Wir müssen darüber reden, wie es mit der Energiewende, der Energiepolitik und der Umweltpolitik weitergeht. Wir sind wie immer bereit zu sachlichen Aussagen, auch in Zukunft. Das erwarten wir auch von der Politik.

Man spricht jetzt überall vom Klimaschutzplan 2050 und der sogenannten Braunkohlekommission der neuen Bundesregierung. Im Text des Klimaschutzplans ist davon aber nicht die Rede. Darin steht: Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung. – Darin steht auch, was diese Kommission tun soll. Ich zitiere:

Für den zu bewältigenden Transformationsprozess müssen realistische Perspektiven für die betroffenen Branchen und Regionen entwickelt ... werden. ... Dazu gehören notwendige Investitionen in die vom Strukturwandel betroffenen Branchen und Regionen und deren Finanzierung.

Wir gehen davon aus, dass sich diese Kommission wirklich um Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung kümmert, nicht nur um den Braunkohleausstieg, wie das die Grünen wollen. Die Braunkohleindustrie ist nur eine betroffene Branche. Der Strukturwandel, um den es hier geht, betrifft aber auch die Verbrennung von Steinkohle und Gas und damit die gesamte Energiewirtschaft. Er betrifft auch die Verbrennung von Mineralöl und seinen Folgeprodukten wie Benzin und Diesel und damit die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Er betrifft die chemische Industrie und alle anderen energieintensiven Industrien, die auf Energie und Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen sind.

Mit dem Antrag B 043 hat die IG BCE eine gute Grundlage, auf der sie die neue Kommission begleiten kann, wenn die neue Bundesregierung sie, wie vorgesehen, einsetzt.

Ich bitte Euch, diesen Antrag zu unterstützen. Vielen Dank und Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Uwe. – Uns liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich komme somit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission mit keiner Gegenstimme und drei Enthaltungen gefolgt.** (Beifall)

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Ich rufe nun auf:

Antrag B 053

Anerkennung der Kosten, die durch bürokratische Aufwendungen innerhalb der neuen gesetzlichen Regelungen und Verordnungen für die Liberalisierung und ökologische Umgestaltung des Strommarktes wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die Konzessionsabgabenverordnung, die Stromnetzentgeltverordnung in der Energiewirtschaft entstehen

Die Überschrift klingt etwas kompliziert. Gemeint ist aber etwas ganz Einfaches, nämlich dass durch die gesetzlichen Grundlagen der Energiewende verursachte zusätzliche Personalaufwendungen bei Entstehung der Preisgestaltung durch die Bundesnetzagentur Berücksichtigung finden.

Unsere Empfehlung als Antragskommission ist: Annahme.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde.

Uns liegt zu diesem Antrag keine Wortmeldung vor. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Ich sehe eine Enthaltung. **Somit wurde der Empfehlung der Antragskommission mit keiner Gegenstimme und einer Enthaltung gefolgt.** (Beifall)

Sieglinde, einen Moment, bitte. Wir liegen gut in der Zeit, sind aber gerade auch mitten im Energiethema. Ich würde mich freuen, wenn wir vor der Kaffeepause noch bis zum

Antrag B 61 durchziehen könnten. Dann hätten wir Block B abgearbeitet. (Beifall) Danke schön.

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Ich komme jetzt zu

Antrag B 054

Ein ausgewogener Energiemix für eine erfolgreiche Energiewende

Der Antrag unterstreicht die Rolle der Braunkohleverstromung als notwendige Brückentechnologie in der Energiewende. Hier lautet unsere Empfehlung: Annahme, allerdings mit der Änderung, dass ab Zeile 6 der Text zur Begründung wird.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde.

Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer kann der Empfehlung folgen? – Wer ist dagegen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Vier Enthaltungen. Somit wurde der Empfehlung der Antragskommission mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen gefolgt. (Beifall)

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Ich komme jetzt zu

Antrag B 055

Überprüfung der Abgaben für Pumpspeicher, wie Netzentgelte, Offshore-Haftungsumlage, Umlage für abschaltbare Lasten und Konzessionsabgabe; fairer Wettbewerb beim Thema Energiespeicherung und Dienstleistungen zur Netzregulierung/Netzsicherung

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde. – Zu diesem Antrag liegt mir die Wortmeldung von Marko Fischer aus dem Bezirk Hessen/Thüringen mit der Delegiertenummer DE095 vor.

MARKO FISCHER (THÜRINGEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein wenig improvisieren. Worum es uns geht, steht in der Überschrift. Mehr muss ich eigentlich gar nicht sagen. In dem Antrag ist auch alles beschrieben. Trotzdem möchte ich ein kurzes Update geben, da der Antrag ja bereits am 3. März angenommen wurde und die Zeit, gerade was die Energiepolitik bei uns in Deutschland betrifft, sehr schnelllebig ist. Ich will nicht sagen, sie ist volatil. Das ist ein Wort, unter dem wir auch leiden.

Ich habe zwei Nachrichten, eine gute und eine schlechte.

Ich fange mit der guten Nachricht an. Durch ständige Penetranz, Vehemenz, wie auch immer man es nennen möchte, haben wir erreicht, dass die deutsche Politik zumindest versucht, Schadensbegrenzung zu betreiben. Seit Juli dieses Jahres gibt es das Netzentgeltmodernisierungsgesetz, kurz NEMoG genannt, das dazu führt, dass unter anderem auch bei uns die Netznutzungsentgelte – zumindest von Altanlagen, die noch keine Effizienzsteigerung, keine Investition vorgenommen haben, um sich für zehn Jahre komplett von den Netznutzungsentgelten befreien zu lassen – reduziert werden können.

Ein Beispiel: Eines unserer größten Kraftwerke, das Pumpspeicherkraftwerk Markersbach mit über 1.000 MW, kann ab dem nächsten Jahr ca. 50 Prozent der Netznutzungsentgelte einsparen. Das ist schon einmal nicht schlecht.

Trotzdem bleiben die in dem Antrag genannten Abgaben, die Konzessionsabgabe, die Umlage für abschaltbare Lasten, und die Offshore-Haftungsumlage. Damit werden wir als Letztverbraucher eingestuft. Diese Abgaben müssen unserer Ansicht nach auch noch wegfallen. Wir sind keine Letztverbraucher. Wir gehören zu einem System, das dafür sorgt, dass die Energieversorgung sicher ist. Wir gehören eigentlich zur Netzregulierung, was die Politik aber anscheinend anders sieht. Vielleicht hat sie auch nicht den Mut, das zuzugeben.

Zur guten Nachricht kommt nun die schlechte. Ich deutete gerade an, dass die Teilbefreiung noch nicht ausreicht. In den Pumpspeicherkraftwerken wird Personal abgebaut. Dies betrifft übrigens nicht nur die Pumpspeicherkraftwerke von Vattenfall, also nicht nur die Vattenfall Wasserkraft GmbH, von der ich komme, sondern alle deutschen Pumpspeicherkraftwerke; sie haben alle diese Probleme. Ich weiß es zum Beispiel auch von den Schluchseewerken, die zu einer anderen Gewerkschaft gehören, wobei wir aber auch einen Schulterchluss der Gewerkschaften erwarten, was die Problematik betrifft.

Wir haben momentan einen Personalabbau von 50 Prozent vor der Brust. Wir investieren kaum noch, wir fahren auf Verschleiß und im Interesse der gesamten Energiewende – man kann es einmal so ausdrücken – hoffentlich nicht an die Wand. Unsere Ausbildung wird demnächst eingestellt. Wir übernehmen keine jungen Leute mehr. Selbst die Jugend- und Auszubildendenvertretung soll nicht übernommen werden, die ihren Anspruch entsprechend formuliert hat.

Das ist eine dramatische Situation, die symptomatisch für die gesamte Energiewende ist. Wir haben ja schon ein paar andere Themen, zum Beispiel die Braunkohle, angesprochen. Hier muss auf alle Fälle ein Umdenken erfolgen. Ich bitte Euch, dass Ihr diesem Antrag Eure Unterstützung gebt. Danke schön. (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Marko, für Deinen Beitrag.

Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Somit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltung. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.** (Beifall)

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Aufgerufen wird jetzt:

Antrag B 056

Nachhaltige Rohstoffpolitik für den Industriestandort Deutschland

Der Antrag enthält drei Kernforderungen. Diese lauten, kurz zusammengefasst:

Erstens. Die IG BCE soll sich weiter dafür einsetzen, dass die sogenannte Weiße Landkarte, also die Option auf jeden Standort zur Errichtung eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle, erhalten bleibt.

Zweitens. Unsere Gewerkschaft soll sich für die Sicherung von Flächen zur primären Rohstoffgewinnung stark machen, um so die langfristige Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit eigenen Rohstoffen darstellen zu können.

Drittens. Die IG BCE soll sich in den Prozess, die Potenziale des sogenannten unkonventionellen Erdgases – gemeint sind hier Schiefer- und Kohleflözgas – mithilfe von Probebohrungen wissenschaftlich zu untersuchen, weiterhin aktiv einbringen.

Hierzu lautet unsere Empfehlung: Annahme.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde.

Mir liegt hierzu keine Wortmeldung vor. Wir können direkt zur Abstimmung kommen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe acht Enthaltungen. **Somit wurde der Empfehlung der Antragskommission mit einer Gegenstimme und acht Enthaltungen gefolgt.**

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Wir kommen jetzt zu:

Antrag 057

Energetische Gebäudesanierung schont das Klima und schafft Arbeitsplätze

Die IG BCE soll politisch darauf hinwirken, dass durch kompetente Angebote und gezielte Fördermaßnahmen die angestrebte Gebäudesanierungsrate erreicht wird, um so das Klima zu schonen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch hier lautet unsere Empfehlung, den Antrag anzunehmen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde.

Auch hierzu liegt mir keine Wortmeldung vor. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer kann der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich sehe drei Enthaltungen. **Somit wurde der Empfehlung der Antragskommission mit keiner Gegenstimme und drei Enthaltungen gefolgt.**

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag B 058

Perspektiven der deutschen Braunkohle

Hier wird beschrieben, dass die IG BCE weiter ihre Einflussmöglichkeiten nutzen soll, um die große Bedeutung der Braunkohle für den Industriestandort Deutschland und als Partnerin der Energiewende herauszustellen.

Unsere Empfehlung ist die Annahme mit Änderungen, und zwar in den Zeilen 1 bis 3 den Text von „nicht“ bis „2017“ mit dem Bezug zu Wahlen zu streichen.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde. – Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor, und zwar von Hans-Josef Greven aus dem Landesbezirk Nordrhein, Delegiertennummer 198. Er spricht als Antragsteller.

HANS-JOSEF GREVEN (Alsdorf)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben schon viel über die Braunkohle gehört. Wir haben auch viel über Energiepolitik gehört, über die bestehenden Notwendigkeiten. Unser Antrag will noch einmal deutlich machen, was überhaupt wichtig ist, nämlich die Perspektive für die Braunkohle über das Jahr 2035 hinaus.

Wir liefern ca. 25 Prozent des deutschen Grundlaststroms, und das zu jeder Zeit, ob der Wind weht oder nicht, ob die Sonne scheint oder nicht, ob es morgens, mittags, abends oder nachts ist, immer. Das brauchen wir auch in diesem Raum für unsere Industrie; denn unsere energieintensive Chemie- und Metallindustrie – die Zementwerke ebenso, wie ich eben gehört habe – brauchen eine Menge Energie, und das dauerhaft. Sie sind nicht wirtschaftlich weiterzuführen, wenn wir nur regenerative Energien einsetzen.

Es wird noch lange dauern, bevor regenerative Energien überhaupt in der Lage sein werden, die Erwartungen zu erfüllen, die letztendlich an sie gestellt werden. Wenn man heute sagt, dass man in den nächsten Jahren eine Million Autos elektrifizieren will, dann muss man sich auch bewusst machen: Die werden nicht mit regenerativen Energien elektrifiziert. Auch da wird die Braunkohle ihren Beitrag leisten müssen, weil man die zusätzlichen 36 MW gar nicht so schnell auf die Reihe bekommen wird.

Es ist zurzeit in Deutschland keine Alternative zur Braunkohle vorhanden, es sei denn, wir würden uns wieder dazu entschließen, Kernenergie zu nutzen. – Danke. Glück auf! (Beifall)

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Hans-Josef. – Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich würde direkt zur Abstimmung kommen. Wer kann der Antragsempfehlung folgen? – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe 13 Enthaltungen. **Der Empfehlung ist mit keiner Gegenstimme und 13 Enthaltungen gefolgt.** (Beifall)

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Ich komme nun zum

Antrag B 059

Vergesellschaftung der Netzentgelte

Da die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, fordert dieser Antrag, die Kosten für den durch die Energiewende erforderlichen Netzausbau gleichmäßig auf alle Verbraucher in allen Bundesländern zu verteilen.

Hier ist unsere Empfehlung Weiterleitung an den Hauptvorstand.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde. – Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wir können direkt zur Abstimmung kommen. Wer folgt der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe eine Enthaltung. **Somit ist der Antragskommission mit keiner Gegenstimme und einer Enthaltung gefolgt.**

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Dann komme ich zum

Antrag B 060

Chancengleichheit beim Konzessionswettbewerb in Deutschland

Hier wird die IG BCE aufgefordert, die Chancengleichheit beim Konzessionswettbewerb in Deutschland deutlich zu verbessern, indem das Solidaritätsprinzip bei der Umsetzung der Energiewende auch für die Energienetze durchgesetzt wird.

Hier lautet unsere Empfehlung Weiterleitung an den Hauptvorstand.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Danke, Sieglinde. – Hier liegt mir auch keine Wortmeldung vor. Ich würde direkt zur Abstimmung kommen. Wer der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe zwei Enthaltungen. **Der Empfehlung ist mit keiner Gegenstimme und zwei Enthaltungen gefolgt.**

SIEGLINDE HINZER (Antragskommission)

Dann komme ich jetzt zum letzten Antrag im Antragsblock B, und zwar zum

Antrag B 061

Schließung von Atomkraftwerken

Dieser Antrag plädiert für die Schließung der Atomkraftwerke Tihange und Doel in Belgien, wenn die Reaktorsicherheitskommission zu der Bewertung kommt, dass die Reaktoren nicht jeder denkbaren Belastung im Störfall standhalten.

Hier lautet unsere Empfehlung Annahme.

SEBASTIAN BURDACK (Präsidium)

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe sechs Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Ich sehe sechs Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung mit sechs Gegenstimmen und sechs Enthaltungen gefolgt.** (Beifall)

Danke an die Antragskommission für die gute Vorarbeit im Sachgebiet B. Danke, Sieglinde, und danke, Mirko, dass Ihr uns so routiniert durch diesen Antragsblock geführt habt. (Beifall)

Damit unterbreche ich die Antragsberatung bis 11:40 Uhr. Danach übernimmt Renate Hold-Yilmaz. Ich bedanke mich. Ihr wart ein sehr gutes Publikum und habt sehr gut mitgearbeitet.

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 11:18 bis 11:44 Uhr)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Wir fahren jetzt mit der Antragsberatung fort und kommen zum

Sachgebiet C – Europa und Internationale Gewerkschaftspolitik

Hier geht es um die Schaffung eines sozialen Europas, aber auch um die Rückbesinnung auf eine engagierte Friedenspolitik.

Für die Antragskommission trägt uns Kollegin Birgit Helten-Kindlein die Empfehlungen vor. Birgit, Du hast das Wort.

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, Euch nun durch den Antragsblock C und danach auch durch den Antragsblock D führen zu dürfen.

Ich beginne mit dem Sachgebiet C „Europa und Internationale Gewerkschaftspolitik“ und rufe zunächst auf:

Antrag C 001

EUROPA: Mit sozialem Fortschritt aus der Krise

Antrag C 002

Für ein soziales Europa

Antrag C 003

Europäische Tarifverträge – „Arbeitnehmerrechte stärken!“

Antrag C 004

**Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –
Europäische Mitbestimmung stärken und ausbauen**

Im Leitantrag C 001 „EUROPA: Mit sozialem Fortschritt aus der Krise“ bekennt sich die IG BCE ausdrücklich zu einem vereinten Europa. Ich zitiere:

Eine geeinte und handlungsfähige Europäische Union hat das Potenzial, den Frieden zu sichern, den Wettbewerb zwischen den Staaten zu zivilisieren, Lohnkonkurrenz zurückzudrängen, sozialen Fortschritt für alle Beschäftigten zu erreichen und als attraktives Beispiel für eine soziale, nachhaltige und erfolgreiche Wirtschaftsordnung zu stehen.

Der Antrag beschreibt nachfolgend konkrete Handlungsoptionen, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können.

Im Antrag C 002 „Für ein soziales Europa“ wird unsere Gewerkschaft aufgefordert, sich noch stärker als in der Vergangenheit für ein starkes Europa einzusetzen.

Der Antrag C 003 „Europäische Tarifverträge – „Arbeitnehmerrechte stärken!““ setzt sich dafür ein, innerhalb der EU ein europäisches Tarifvertragssystem zu schaffen.

Der Antrag C 004 „Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Europäische Mitbestimmung stärken und ausbauen“ fordert unter anderem, dass auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene darauf hingewirkt wird, die europäische Mitbestimmung zu stärken.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme von C 001 sowie Annahme von C 002, C 003 sowie C 004 als Material zu C 001.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antragsblock liegen keine Wortmeldungen vor, sodass ich zur Abstimmung komme. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Damit sind die Anträge entsprechend der Empfehlung angenommen.**

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun auf:

Antrag C 005

Europa – ein Garant für Frieden und Wohlstand

Dieser Antrag mahnt: „Die Einheit Europas darf nicht durch nationalstaatliche Tendenzen und Protektionismus auseinanderbrechen.“ Die Europäische Union müsse zudem eine Gemeinschaft für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Auch zu diesem Antrag liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die der Antragskommission zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen? – **Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.** (Beifall)

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Aufgerufen wird nun:

Antrag C 006

Schaffung von Sicherheit und beruflichen Perspektiven für die Beschäftigten in der Europäischen Union

Der Antrag fordert eine Überarbeitung der europäischen Mindestanforderungen im Arbeitsrecht, mehr Geld für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem in Ländern mit einer hohen Arbeitslosenquote sowie eine Ausweitung und Harmonisierung der Mitbestimmung in den Staaten der EU.

Hier lautet die Empfehlung der Antragskommission: Annahme.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegt uns eine Wortmeldung vor: René Davidsson aus dem Landesbezirk Nord, Delegiertenummer 293.

RENÉ DAVIDSSON (Hamburg)

Moin, moin zusammen! Ich stehe hier als Antragssprecher für die Bundesjugendkonferenz und komme aus dem Landesbezirk Nord. – GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT.: Unter diesem Motto findet gerade unser wunderschöner Kongress statt. Mit diesem Motto müssen wir aber auch unsere Arbeit für ein vereintes Europa begründen – ein vereintes Europa des Friedens und des Wohlstandes.

Ein Europa des Friedens haben wir. Das hält bis dato an. Das ist auch gut so. So soll es auch bleiben.

Aber ein vereintes Europa des Wohlstandes suchen wir in verschiedenen Mitgliedstaaten vergeblich. Die prekäre Beschäftigung, die Jugendarbeitslosigkeit, das, was der Kollege aus Spanien angesprochen hat, sind keine Aushängeschilder für ein Europa, in dem wir gern leben wollen.

Aber wie schaffen wir es, dass wir genau diese Version umsetzen können? Da oben steht es: GEMEINSCHAFT. Genau diese müssen wir erzeugen, durch dezentrale einheitliche Regelungen im Arbeitsrecht, in den Arbeitsgesetzen. Dazu gehört natürlich auch die Mitbestimmung, und zwar die richtige Mitbestimmung. Nur dadurch können wir es schaffen, dass wir in Europa eine Gesellschaft erzeugen, die auch eine Gemeinschaft ist, eine europäische Gemeinschaft ist.

Wir dürfen uns aber auch nicht hinstellen und versuchen, unser Arbeitsrecht hier in Deutschland Europa überzustülpen. Das geht nicht, denn es gibt auch in anderen europäischen Ländern gute Regelungen. Ein Beispiel: In Österreich muss jedem Auszubildenden eine gewisse Zeit vor Ende der Ausbildung klargemacht werden, ob er übernommen wird oder nicht. Wenn er diese Information nicht bekommt, hat er einen Rechtsanspruch auf die Übernahme. In Deutschland ist das lediglich bei den JAVis geregelt. Es gibt noch ein paar andere Beispiele aus Europa, die ich jetzt nicht anführen möchte.

Um auf ein anderes Thema zu kommen: Der Rechtsruck in Europa wird immer größer; das haben wir in Deutschland beispielsweise mit der AfD erlebt. Deswegen ist es jetzt an der Zeit, dass wir uns diesem Rechtsruck entgegenstellen, und zwar mit den richtigen Themen, den Themen, die für uns als Arbeitnehmer wichtig sind, denn nur dadurch können wir es schaffen, dass wir Europa wieder nach vorne bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gemeinsam für ein Europa kämpfen, in dem wir gut und gerne leben! Glück auf! (Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. So möchte ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe keine. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.** (Beifall)

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt auf:

Antrag C 007

Für Frieden und Fortschritt

Der Tenor dieses ausführlichen Antrages geht schon aus seiner Überschrift hervor. Nur eine seiner wesentlichen Botschaften sei gesagt: Abrüstungs- und Rüstungskontrolle wieder zum Thema machen.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.**

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Wir kommen jetzt zum letzten Antrag im Antragsblock C:

Antrag C 008

Internationale Gewerkschaftsarbeit weiter intensivieren

Auch in diesem Antrag ist das Ziel klar. Dazu gehören auch die Stärkung und Etablierung neuer transnationaler Gewerkschaftsnetzwerke sowie der Ausbau globaler Rahmenvereinbarungen mit multinationalen Konzernen.

Wir empfehlen die Annahme dieses Antrages.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegt eine Wortmeldung vor: Jörg Schönfelder, Landesbezirk Hessen-Thüringen, Teilnehmernummer 097.

JÖRG SCHÖNFELDER (Kassel)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich nehme Stellung zu dem Antrag C 008. Nachdem wir heute Morgen schon sehr viele Probleme und die Dinge, die uns umtreiben, angesprochen haben, könnte man die Überschrift wählen: Jetzt müssen wir auch noch die Welt retten. Die ganzen Anträge zu Europa und der Welt, denen Ihr schon zugestimmt habt, gehen ja in diese Richtung.

Mein Job als Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats von Continental war in den letzten Jahren nicht unbedingt vergnügungssteuerpflichtig, da wir einige Auseinandersetzungen und Konflikte hatten, die sehr weit gingen, die die globale Welt betrafen. Wir hatten Konflikte und Auseinandersetzungen in den USA, in Mexiko, nicht enden wollende Streiks, gerichtliche Auseinandersetzungen über Werksschließungen, im Besonderen in Frankreich, wo Kollegen ihre Arbeit verloren haben. Wir hatten regelmäßig Auftritte von Arbeitnehmervertretungen aus Südamerika, aber auch unserer französischen Kollegen bei den Hauptversammlungen der Continental, wo unsere Kapitalvertreter wirklich sichtlich erschrocken waren, welche wilden Kerle da auftreten. Das war schon spannend.

Wir haben als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, aber auch als Europäische Betriebsräte, immer versucht, den Kollegen eine Plattform zu geben, damit sie ihre Sorgen und Nöte loswerden konnten, um überhaupt einen Adressaten zu haben. Das ist in vielen Ländern weiß Gott nicht selbstverständlich. Ich denke, wir haben durch viele Diskussionen erreicht, auch von Continental klare Bekenntnisse zu ILO-Kernarbeitsnormen oder der OECD-Richtlinie zu bekommen.

So tauchen diese Themen immer wieder auf, und wir müssen auch im Aufsichtsrat darüber diskutieren. Häufig reden wir da auch über Probleme und Auseinandersetzungen, die einen sehr lokalen Bezug haben und von dem örtlichen Management gelöst werden. Selbst bei den Unternehmen mit sehr hohen Ansprüchen an das Mitarbeiterverhältnis – unser Mitarbeiter steht im Mittelpunkt – und einen fairen Umgang mit den Mitarbeitern kommen immer diese Konflikte nach oben. Häufig sind es Auslegungsfragen rechtlicher Grundlagen.

Als Beispiel möchte ich die Arbeitsbedingungen unserer ungarischen Kollegen nennen: Sie müssen bei hohen Temperaturen an der Krümmerheizung arbeiten; das sind dann kritische Bedingungen, zu denen wir uns einschalten müssen.

Es gibt Tarifauseinandersetzungen in der Türkei, bei denen man nicht zueinanderfindet. Oder es geht um den Mutterschutz in Tschechien, wo es in einer Fabrik einen sehr hohen Frauenanteil unter den Beschäftigten gibt. Manchmal geht es auch schlicht und ergreifend um die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmervertreter in den einzelnen Ländern. Trotz aller Bekenntnisse zum fairen Umgang nehmen die Interventionen in unserem Bereich eher noch zu.

Vergleichen wir bei Conti nur einmal die Beschäftigtenzahlen: Es sind 220.000 Beschäftigte weltweit, davon ca. 100.000 in Europa und davon wiederum in Rumänien mittlerweile über 20.000 Beschäftigte.

Jetzt könnt Ihr mal nachlesen und nachschauen, wo wir die schwierigsten Bedingungen vorfinden, was Mitbestimmung und Arbeitnehmervertretung betrifft. Da kann man schnell eins und eins zusammenzählen, und dann kommt man auch schnell darauf, warum wir gerade in Rumänien einen so starken Beschäftigtenzuwachs verzeichnen. Das liegt natürlich daran, dass dort die Arbeits- und Tarifbedingungen aus unserer Sicht mehr als kritisch einzuschätzen sind.

Was brauchen wir für all die Dinge, die auch die anderen Anträge formuliert haben? Wir brauchen auf unserer Seite natürlich einen starken europäischen, aber auch weltweiten Hebel. Aus diesem Grund haben wir vor fünf Jahren die Internationale Föderation mit der industriAll European Trade Union neu aufgestellt; Michael ist Präsident der europäischen Föderation und befindet sich gerade in der zweiten Amtszeit. Kernpunkt ist, dass wir für eine Industriepolitik kämpfen, die Investitionen und den Erhalt unserer industriellen Arbeitsplätze fördert. Das heißt, wir fordern gerechte und faire Arbeitsbedingungen in allen europäischen Ländern.

Im gleichen Zeitraum haben wir in Genf die IndustriALL Global Union gegründet, um unseren Wünschen und Ansprüchen auch weltweit eine Stimme geben zu können; wie wir gehört haben, gehören schon 50 Millionen Mitglieder weltweit zu dieser Föderation. Ihre Aufgabe besteht darin, Gewerkschaften zu unterstützen bzw. diese – siehe Beispiel Rumänien – zu gründen, größeren Einfluss auf internationale Institutionen zu haben, aber auch gemeinsame Kampagnen zu organisieren und Unternehmen zu klaren Bekenntnissen zu Gewerkschaftsgrundrechten und Arbeitnehmerrechten zu bewegen, sodass diese nicht mit Füßen getreten werden.

Ja, aber was müssen wir darüber hinaus noch leisten? Ich meine, wir müssen unseren Einsatz im Bereich der internationalen Aktivitäten noch deutlich verstärken. Wir müssen noch mehr Erfahrungsaustausche organisieren, um die Probleme der anderen besser zu verstehen, und dabei dürfen wir vor allen Dingen nicht als der gute oder besser wissende Onkel aus Deutschland auftreten, sondern müssen auch unseren Kollegen genau zuhören. Wir müssen bereit sein, voneinander zu lernen, und wir müssen unsere Föderation noch stärker fördern, Ideen und Erfahrungen austauschen und gute Beispiele für Problemlösungen finden.

Wir müssen uns europäisch und international mit Megathemen auseinandersetzen. Auch da brauchen wir Antworten auf europäischer Ebene, auf weltweiter Ebene zu den Themen Digitalisierung und Globalisierung. Viele Probleme können wir alleine nicht mehr lösen.

Wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass der soziale Dialog, der nicht selbstverständlich ist, mit unseren Kolleginnen und Kollegen, mit Arbeitnehmervertretern in allen Ländern auf Augenhöhe stattfindet und dass diese Grundlage auch Einzug in die Praxis hält.

Fazit: Wir können viel voneinander lernen, und als große, stabile IG BCE, als große, stabile Gewerkschaft, müssen wir unser Engagement noch weiter verstärken. Denn bei allem Handeln auf nationaler Ebene sollten wir nie auf dem europäischen oder weltweiten Auge blind sein. GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT. gilt nicht nur europaweit, sondern auch weltweit.

Ich bitte euch, den Antrag zu unterstützen. – Danke schön. (Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission kommen. Wer dieser zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.** (Beifall)

Wir verlassen nun das Sachgebiet C und kommen zum

**Sachgebiet D – Bildungspolitik
(allgemeine Bildung, berufliche Bildung)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn sich mancher oder manche nur mit gemischten Gefühlen an die eigene Schulzeit erinnert: Lebensbegleitendes Lernen, Bildung – das ist das Kapital für unsere Zukunft. Das zeigen auch Anzahl und Inhalt der dazu vorliegenden Anträge auf diesem Kongress.

Themenschwerpunkte sind die Stärkung der Bildungsanstrengungen in unserer Gesellschaft, aber auch konkrete Einzelthemen wie Bildungsurlaub, Ausbilder und Ausbildung sowie Studium. – Bitte, Birgit.

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Vielen Dank, Renate, auch für die Einführung in das Sachgebiet „Bildungspolitik“.

Ich rufe nun folgende Anträge auf:

Antrag D 001

Beste Bildung ein Leben lang

Antrag D 002

**Chancengerechte Bildung
und Abbau von Bildungsbarrieren**

Antrag D 003

Bildungsoffensive – jetzt

Der ausführliche Leitantrag D 001 – Beste Bildung ein Leben lang – analysiert die Bildungslandschaft in der Bundesrepublik und bringt dabei die Position unserer Gewerkschaft auf den Punkt. Zitat:

Für die IG BCE ist die stetige Verbesserung des Bildungssystems von höchster Priorität.

Der Antrag D 002 – Chancengerechte Bildung und Abbau von Bildungsbarrieren – behandelt den gesamten Zeitraum von frühkindlicher Erziehung über Schule und Studium und spricht auch die Themen Integration und Inklusion an.

Der Antrag D 003 – Bildungsoffensive – jetzt – fordert unter anderem eine bessere Ausstattung von Kitas und Schulen, mehr Personal sowie eine bessere finanzielle Förderung durch Bund und Länder.

Unsere Empfehlung dazu lautet: Annahme des Antrages D 001 sowie Annahme von D 002 und D 003 als Material zu D 001, da der Leitantrag die hier angesprochenen Themen bereits aufgenommen hat.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antragsblock liegen keine Wortmeldungen vor, sodass ich zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission komme. Wer dieser folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.** (Beifall)

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun auf den

Antrag D 004

Kostenlose Kinderbetreuung zum Zwecke der früh-kindlichen Bildung und zur Förderung von Chancengleichheit

Die Übersicht fasst den kurz gehaltenen Antrag sehr gut zusammen, sodass ich mir weitere Ausführungen dazu erspare.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegen mir keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission kommen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen? **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.** (Beifall)

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Aufgerufen wird nun der

Antrag D 005

Bedeutung des berufsbegleitenden Studiums für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in den IG-BCE-Betrieben

Hier wird der Hauptvorstand aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das berufsbegleitende Studium unterstützt wird.

Auch wir tun das als Antragskommission und empfehlen Annahme.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antrag gibt es eine Wortmeldung von Christiane Scholz aus dem Landesbezirk Westfalen, Delegiertennummer 222.

CHRISTIANE SCHOLZ (Dortmund)

Guten Tag, liebe Kollegen und Kolleginnen! Unsere Ortsgruppe hat diesen Antrag gestellt vor dem Hintergrund, dass es sehr viele Hochschulen, zum Teil auch zweifelhafte Hochschulen, gibt, die ein berufsbegleitendes Studium nur gegen hohe Kosten anbieten. Wir wollen uns mit diesem Antrag dafür einsetzen, dass das berufsbegleitende Studium eben auch als kostenloses Regelangebot an möglichst vielen Hochschulen angeboten wird.

Ich freue mich, wenn Ihr diesen Antrag unterstützt. (Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Ich sehe eine Enthaltung. **Bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung wird der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.**

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Ich rufe nun auf den

Antrag B 006

Einführung von bezahltem Bildungsurlaub im Freistaat Sachsen sowie im Freistaat Bayern

Ich denke, die Forderung ist klar. Die Antragskommission empfiehlt die Weiterleitung an den Hauptvorstand; denn nur dieser kann die notwendigen politischen Gespräche führen.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen, um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Ich sehe drei Enthaltungen. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.** (Beifall)

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich rufe nun die folgenden Anträge auf:

Antrag D 007

Aktualisierung Positionspapier Bildung

Antrag D 008

Bundeseinheitliches Bildungssystem

Antrag D 009

Finanzierung Erststudium

Der Antrag D 007 – Aktualisierung Positionspapier Bildung – ist wohl einer der weit umfangreichsten auf diesem Kongress. Ich denke, es wäre unpassend, diesen Antrag lediglich in nur zwei oder drei Sätzen zusammenzufassen. Ich gehe aber davon aus, dass Ihr, liebe Delegierte, diesen aufmerksam gelesen habt. (Heiterkeit)

Der Antrag D 008 – Bundeseinheitliches Bildungssystem – fordert einheitliche Standards und Regeln bei Abschlüssen, Schulformen und Lehrplänen.

Der Antrag D 009 – Finanzierung Erststudium – fordert, dass allen Studierenden ein kostenloses Erststudium gewährt wird.

Der Antrag D 007 ist sehr umfassend und deckt nahezu alle Aspekte der Bildungspolitik ab. Deshalb empfehlen wir Annahme von Antrag D 007. Da die Anträge D 008 und D 009 auf einzelne Aspekte eingehen, empfehlen wir ihre Annahme als Material zum Antrag D 007.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antragsblock liegt eine Wortmeldung vor von Dennis Stratmann, Landesbezirk Nord, Delegiertenummer 182. Er spricht zum Antrag D 007 als Antragsteller. Bitte, Dennis.

DENNIS STRATMANN (Oldenburg)

Moin zusammen! Renate hat zu Beginn des Antragsblocks D schon gesagt, Bildung sei ein extrem wichtiger Punkt. Von daher ist der Antrag nicht ohne Grund sehr lang. Ich weiß, 18 Seiten sind viel zu lesen. Aber das hat eine gute Begründung. Alles, was Inhalt dieses Antrags ist – das wurde gerade auch schon von der Antragskommission gesagt – hat irgendwo seinen Hintergrund, und der ist allumfassend.

Ich möchte gar nicht im Einzelnen auf den Inhalt des Antrags eingehen, weil das bei zehn Minuten Redezeit zu knapp ausfallen würde.

Zum Prozess: Warum ist hier von Aktualisierung die Rede? Aktualisierung heißt es deshalb, weil wir als Jugend – und ich komme aus der Jugend – im Jahr 2006 auf der Bundesjugendkonferenz Bildungspapiere beschlossen haben, die danach nicht mehr aktualisiert worden sind. In den letzten vier Jahren haben sich die Jugendlichen im gesamten Bundesgebiet damit auseinandergesetzt und haben geguckt, inwieweit dieses Positionspapier noch Aktualität hat. Dabei haben wir festgestellt: Da gibt es noch eine Menge zu bearbeiten. Genau das ist mit diesem Positionspapier geschehen, welches wir dann gemeinsam auf der Bundesjugendkonferenz diskutiert und beschlossen haben.

Bildung ist im 21. Jahrhundert eine soziale Frage in der Gesellschaft. Das hat Petra in ihrem Geschäftsbericht am Montag klar dargestellt.

Von daher noch einmal die Bitte: Stimmt gleich für die Empfehlung der Antragskommission und gebt dem Papier auf diesem Kongress eine breite Mehrheit. Denn ohne Bildung werden auch die Digitalisierung und die Integration noch schwieriger als bisher. – Danke und Glück auf! (Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe eine Enthaltung. **Damit Annahme der Empfehlung der Antragskommission bei einer Enthaltung.** (Beifall)

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe jetzt eine ganze Reihe von Anträgen nacheinander auf. Es handelt sich dabei um die folgenden Anträge:

Antrag D 010

Duale Ausbildung stärken

Antrag D 011

Neue Standards und Herangehensweisen bei den Auswahlrichtlinien für Ausbildungsplätze

Antrag D 012

Stärkung der dualen Ausbildungsberufe sowie stärkere Berücksichtigung der IHK-Berufe in der betrieblichen Einstellungs- und Entwicklungspolitik der Unternehmen

Antrag D 013

Qualifizierung der Ausbilder zur Verbesserung der Ausbildungsqualität

Antrag D 014

Aus- und Weiterbildung fit für Industrie 4.0

Antrag D 015

Förderung internationaler Ausbildungserfahrung

Antrag D 016

Gerechte Gewichtung der Teilabschlussprüfungen aller Ausbildungsberufe

Der Antrag D 010 – Duale Ausbildung stärken – unterstreicht den hohen Stellenwert der dualen Ausbildung in Deutschland. Detailliert werden hier die wichtigsten Anforderungen an eine zukunftsorientierte gute Ausbildung beschrieben.

Der Antrag D 011 – Neue Standards und Herangehensweisen bei den Auswahlrichtlinien für Ausbildungsplätze – will die Unternehmen zu einer neuen Einstellungspolitik bewegen.

Der Antrag D 012 – Stärkung der dualen Ausbildungsberufe sowie stärkere Berücksichtigung der IHK-Berufe in der betrieblichen Einstellungs- und Entwicklungspolitik der Unternehmen – beschreibt seine Kernforderung schon im Titel dieses Antrages.

Der Antrag D 013 – Qualifizierung der Ausbilder zur Verbesserung der Ausbildungsqualität – will, dass der angesprochene Personenkreis alle zwei Jahre verpflichtend weiterqualifiziert werden muss.

Der Antrag D 014 – Aus- und Weiterbildung fit für Industrie 4.0 – fordert die Anpassung der Aus- und Weiterbildungsberufe an die kommenden Herausforderungen.

Der Antrag D 015 – Förderung internationaler Ausbildungserfahrung – will internationale berufsbezogene Erfahrungen schaffen.

Der Antrag D 016 schließlich fordert eine gerechte Gewichtung der Teilabschlussprüfungen aller Ausbildungsberufe.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet:

Annahme des Antrags D 010, der, wie geschildert, viele Einzelforderungen enthält. Bei Annahme von D 010 sind dadurch die Anträge D 011, D 012 sowie D 013 erledigt.

Der Antrag D 014 gilt als erledigt durch den Antrag D 010 sowie Umsetzung in der Praxis. In dieser Frage ist die IG BCE ja bereits unterwegs.

Ich weise auf eine Änderung hin: In Euren Teilnehmerunterlagen ist bei den Anträgen D 015 und D 016 ein Erledigt-Vermerk gemacht worden. Dies ist ein Übertragungsfehler. Dafür bitten wir um Entschuldigung. Es wird empfohlen, die Anträge D 015 und D 016 zur Annahme als Material zu D 010 anzunehmen.

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antragsblock liegt eine Wortmeldung vor. Tamara Hill, Landesbezirk Nordrhein, Delegiertennummer 356, spricht zu dem Antrag D 010 als Antragstellerin. Bitte, Tamara!

TAMARA HILL (Leverkusen)

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich mich im Namen der Jugend bei der Antragskommission bedanken, dass Ihr dieses Paket so geschnürt

habt. Auch wir sind der Meinung, dass dadurch alle wichtigen Themen der dualen Ausbildung abgedeckt sind.

Der Antrag D 010 befasst sich mit den wesentlichen Punkten zur Stärkung der dualen Ausbildung als Berufsvorbereitung. Hierbei wird auch, wie in D 013, die Qualifizierung der Ausbilderinnen und Ausbilder berücksichtigt.

In der Aussprache zu dem Geschäftsbericht ist das Thema der dualen Ausbildung bereits erwähnt worden. Hierbei wurde angesprochen, dass das Image der dualen Ausbildung gestärkt werden muss, um in Zukunft durch eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Fachkräfte von morgen den Industriestandort Deutschland zu sichern. International gilt unser duales Ausbildungssystem als Vorbild. Dass das so bleibt, liegt auch an uns.

Wir als Jugend- und Auszubildendenvertreter sowie Betriebsräte haben einen Einfluss darauf, wie zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unsere Arbeitswelt integriert werden. Genauso sind aber auch die Arbeitgeber in der Verantwortung, fachlich gutes Personal auszubilden. In Zukunft wird es, wenn die bestehenden Ausbildungssysteme nicht angepasst werden, noch schwieriger, den Fachkräftebedarf zu decken.

Drei wichtige betriebswirtschaftliche Faktoren sind in Zukunft die Spezialisierung, die Zeit und die Kosten.

Wir als Jugend lehnen jegliche Formen der Teilqualifizierung ab. Wir brauchen die drei- und dreieinhalbjährigen Ausbildungsgänge. (Beifall)

Bei dem Punkt der Spezialisierung haben wir die grundlegende Qualifikation mit Wahlqualifikationen; wir halten diese für nötig. Die Ausbildung darf dann aber nicht zu Ende sein. Nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens müssen danach Weiterbildungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten einfacher zugänglich gemacht werden.

Gute Ausbildung ist kein Kostenfaktor, sondern ein Investitionsfaktor. Eine gute Ausbildung kann es nur geben, wenn auch genug ausbildendes Personal vorhanden ist. Wir fordern daher einen Betreuungsschlüssel, bei dem auf einen Ausbilder oder eine Ausbilderin maximal acht Azubis kommen.

Die Ausbilder müssen aber nicht nur fachlich, sondern auch pädagogisch gut geschult sein. Dies schaffen wir durch eine Anhebung der Wertschätzung auf den gleichen Stellenwert, den zum Beispiel Umwelt- und Sicherheitsbeauftragte bereits haben. (Beifall)

Dazu fordern wir eine Stärkung der Lernortkooperation. Das bedeutet, Lerninhalte sollen besser zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb abgestimmt werden. Lehrkräfte können dann durch Praktika in den Betrieben einen besseren Einblick erlangen, wie und was eigentlich für diesen Beruf relevant ist.

Eine gute Ausbildung muss mit einer guten Übernahme, einer unbefristeten Übernahme abgeschlossen werden. (Lebhafter Beifall)

Ausbildendes Personal kann durch einen stärkeren Fokus durch die IG BCE zu einem guten Partner werden, der in uns als IG BCE einen kompetenten Partner sieht. Somit haben auch die Azubis einen früheren Zugang zur IG BCE, da die Ausbilder und Ausbilderinnen meist die ersten Kontakte im Betrieb sind.

Ausbildung ist der Schlüssel zur Bewältigung der meisten anstehenden Herausforderungen. Das steht auch so in unserem Antrag. Daher sind Ausbildung und berufliche Bildung insgesamt Themen, bei denen alle – egal, ob Gewerkschaft, Politik oder Arbeitgeber – ein gemeinsames Interesse haben und auch haben sollten, dies zukünftig zu gestalten.

Ich bitte Euch, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen. Danke schön und Glück auf! (Lebhafter Beifall)

RENATE HOLD-YILMAZ (Präsidium)

Zu diesem Antragsblock liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Auch keine. **Somit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.** (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr wisst, dass wir nachher hier einen Sicherheitscheck haben werden, sodass wir jetzt den Kongress, die Beratungen von 12:30 Uhr bis 14:30 Uhr unterbrechen.

Bevor ihr aber jetzt in die Pause startet, noch einige wichtige Hinweise: Bitte denkt an die angekündigten Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen des Besuchs der Bundeskanzlerin. Vergesst bitte nicht, Euren Kongressausweis zu tragen und einen Lichtbildausweis dabeizuhaben! Größere Taschen und vor allem auch Handtaschen müssen im Saal bleiben. Ab 12:45 Uhr wird hier im Saal der Sicherheitscheck durchgeführt, und niemand kommt mehr herein. Dasselbe gilt für die kleine Eilenriedehalle. Davon ist dann auch der BWS-Stand betroffen.

Nach der Pause wird Edi Euch weiter durch den Kongress führen. Das Mittagessen findet für Delegierte, Gäste und Teilnehmer laut Satzung wie üblich in der Niedersachsenhalle statt. Ich wünsche Euch einen guten Appetit! (Beifall)

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 12:30 Uhr bis 14:36 Uhr)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bitte nehmt wieder die Plätze ein. Wir setzen unseren Kongress fort.

Für heute Nachmittag haben wir noch ein enges Arbeitsprogramm. Ich will für heute Abend ankündigen, dass wir aufgrund des Beratungsstandes bei den Anträgen bis 19:30 Uhr tagen werden. (Beifall) Je nach Sachstand entscheiden wir dann heute Abend über den Beginn am Freitagmorgen. Vielleicht fangen wir ein bisschen früher an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Ihr habt Euch in der Mittagspause gestärkt. Ich bitte nun um Eure Aufmerksamkeit für die weitere Antragsberatung. Wir sind bei Block D. – Liebe Birgit, Du hast das Wort.

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (ANTRAGSKOMMISSION)

Wir machen weiter mit:

Antrag D 017

Arbeitsverpflichtung an Berufsschultagen

Die Antragsteller wollen, dass junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Berufsschultagen nicht auch noch betrieblichen Arbeiten nachgehen müssen.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Birgit.

Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. Somit können wir gleich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Fünf Nein-Stimmen. Gibt es Enthaltungen? – Drei. **Bei fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Birgit, Du hast das Wort.

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (ANTRAGSKOMMISSION)

Ich rufe auf:

Antrag D 018

Digitalisierung in Berufsschulen thematisieren und integrieren

Die Überschrift ist gleichbedeutend mit dem kurzen Antrag. Daher die Empfehlung der Antragskommission: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir flott in die Abstimmung. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? – Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Zwei Enthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission bei zwei Enthaltungen gefolgt.**

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (ANTRAGSKOMMISSION)

Ich rufe nun auf:

Antrag D 019

Bessere Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse

Hierbei geht es, auch vor dem Hintergrund einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt, um vereinfachte und beschleunigte Anerkennungsverfahren.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme des Antrages.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Daher treten wir gleich in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Zwei Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Zwei. **Bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Ich komme nun zu den letzten drei Anträgen dieses Antragsblocks und rufe auf:

Antrag D 020

Altersunabhängige Freistellung der Auszubildenden am Tag vor den jeweiligen Abschlussprüfungen

Antrag D 021

Gleichstellung aller Auszubildenden im Hinblick auf die Prüfungsvorbereitungen

Antrag D 022

Vorbereitung für die Abschlussprüfung

Der Antrag D 020 fordert, dass alle Auszubildenden altersunabhängig am Arbeitstag vor ihren Zwischen- bzw. Abschlussprüfungen freizustellen sind. Im Prinzip dasselbe fordern auch die Anträge D 021 und D 022.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Der Antrag D 020 – Altersunabhängige Freistellung der Auszubildenden am Tag vor den jeweiligen Abschlussprüfungen – ist am genauesten formuliert. Daher empfehlen wir Annahme von D 020 und Annahme von D 021 und D 022 als Material zu D 020.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Birgit. – Auch hier können wir gleich wieder in die Abstimmung einsteigen. Die Bitte an Euch: Wer der Empfehlung folgen möchte, jetzt das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen habe ich gesehen. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Damit ist der Empfehlung bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung gefolgt.**

Vielen Dank an Euch für die zügige Abstimmung. – Ganz herzlichen Dank, liebe Birgit, auch Dir.

BIRGIT HELTEN-KINDLEIN (Antragskommission)

Vielen Dank auch an Euch. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir kommen jetzt zu dem nächsten Block. Das ist der Block E – Arbeit und Betrieb. Zu diesem Sachgebiet gehört eine umfangreiche Themenpalette. Da geht es um die Arbeit der Zukunft, um Teilzeit, Vollzeit, aber vor allem auch um die Stärkung der Mitbestimmung; das war schon mehrmals Thema im Verlauf des Kongresses. Die Anträge spiegeln die gegenwärtigen Herausforderungen gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb wider.

Auch dieses Sachgebiet wird durch eine Sprecherin und durch einen Sprecher vertreten. Die Sprecherin ist unsere Kollegin Anna-Ariana Stipic. Der Sprecher ist Peter Aldo. Beginnen wird Ariana mit dem Antrag E 001.

Ich begrüße schon einmal ganz herzlich, bevor Du anfängst, Jürgen Trittin. Herzlich willkommen! (Beifall)

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe jetzt insgesamt elf Anträge auf, und zwar:

Antrag E 001

Arbeit der Zukunft

Antrag E 002

**Sozialpartnerschaftsinitiative für „Gute Arbeit in der Industrie“.
Der Mensch steht im Mittelpunkt – nicht: Der Mensch ist Mittel!**

Antrag E 003

Moderne Arbeitszeit in modernen Zeiten?!

Antrag E 004

**Einrichtung einer Arbeitsgruppe, um die negativen Folgen
der indirekten Steuerung zu bekämpfen**

Antrag E 005

Arbeitszeitgesetz für Arbeitnehmende verbessern

Antrag E 006

Flexibilisierung der Arbeitszeit Industrie 4.0

Antrag E 007

Fort- und Weiterbildung in Teilzeit

Antrag E 008

Arbeitsschutz bei mobiler Arbeit und Homeoffice

Antrag E 009

Rechtsanspruch auf Nichterreichbarkeit

Antrag E 010

Mobiles Arbeiten

Antrag E 011

Gute Arbeit braucht gute Arbeitszeiten

Der Leitantrag E 001 – Arbeit der Zukunft – beschreibt die gewerkschaftlichen Herausforderungen und Ziele im Zeitalter der digitalen Arbeiten, unter anderem den Umgang mit Themen wie Arbeitszeit, mobile Arbeit, Gesundheit, Weiterbildung und Datenschutz.

Die Empfehlung: Annahme des Antrags E 001. Die folgenden Anträge E 002 bis E 011 enthalten zum Teil wesentliche Einzelaspekte, die sich inhaltlich schon im Leitantrag wiederfinden. Deshalb unsere Empfehlung: Annahme der Anträge E 002 bis E 011 als Material zu E 001. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ariana. – Ich habe zu diesen Anträgen zwei Wortmeldungen. Ich würde diese Wortmeldungen gerne noch aufrufen. Dann müssen wir gucken, ob wir die Ab-

stimmung noch machen, weil wir den Kongress so rechtzeitig unterbrechen müssen, dass die Bühne noch einmal umgebaut werden kann, bevor die Kanzlerin kommt. Es tut mir leid, aber wir wollen natürlich zügig in der Antragsberatung fortfahren. Daher nehme ich jetzt auf jeden Fall noch die beiden Wortmeldungen dran, und danach stimmen wir in aller Ruhe ab. – Christian Bahn aus dem Landesbezirk Westfalen mit der Delegiertennummer 155.

CHRISTIAN BAHN (Recklinghausen)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Arbeit der Zukunft braucht vor allen Dingen eines, nämlich Menschen, die diese Arbeit auch erledigen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Digitalisierung mit fairen Spielregeln versehen wird. In vielen Betrieben wird aber schon jetzt ein Unterschied gemacht. Viele Arbeitnehmer erhalten noch nicht einmal die Statussymbole oder die Spielzeuge der Manager. In einem digitalisierten Unternehmen muss sichergestellt sein, dass jeder auch mitmachen kann. Warum sollen zum Beispiel nicht alle Arbeitnehmer eines Betriebes eine E-Mail-Adresse erhalten?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir müssen sicherstellen, dass nicht ganze Arbeitnehmergruppen von einer digitalen Kommunikation ausgeschlossen sind. Die Antwort der Arbeitgeber ist aber oft so etwas wie: Bring your own Device! – Wofür steht das? Das bedeutet, wir sollen unsere eigenen Smartphones quasi gratis ins Unternehmen mitbringen und dürften dann mitmachen. Von einem Schlosser würde auch niemand erwarten, dass er seine Bohrmaschine selber mit in den Betrieb bringt.

Wird neue Software oder neue Technik in Unternehmen eingeführt, dann erhalten die Arbeitnehmer gerade einmal ein Handbuch statt einer qualifizierten Fortbildung.

Wenn es nach den Arbeitgebern ginge, würden wir alle getrackt, also meteregenau geortet und verfolgt – natürlich alles wegen der Sicherheit, damit man uns auch findet, wenn uns eventuell mal etwas passieren sollte.

Mails, Telefon, Skype, Facebook, WhatsApp: Alles das sollen wir zur Kommunikation nutzen. Auf der anderen Seite wundern sich die Arbeitgeber dann, warum immer mehr Menschen in ihren Betrieben erkranken. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viele Kommunikationskanäle können oder dürfen wir eigentlich gleichzeitig bedienen?

Wir brauchen praktische Antworten und Handlungshilfen für viele dieser neuen Themen. Wenn wir die Gestaltung der Arbeit der Zukunft alleine den Arbeitgebern überlassen, wird aus der Industrie 4.0 ein Wilder Westen 2.0.

Aus diesem Grunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht die Digitalisierung uns. Die Digitalisierung braucht die IG BCE. Deshalb bitte ich Euch gleich um die Annahme des Antrages E 001. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. – Jetzt hat Hasan Allak aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer 054 das Wort.

HASAN ALLAK (Hannover)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich zuletzt hier stand, ging es um die Vernichtung von 2.500 Arbeitsplätzen in Hannover. Damals mussten wir den Arbeitgeber in dieser Halle quasi verkloppen. Insofern ist der heutige Anlass für mich doch sehr viel besser.

Ich habe in den letzten Tagen all den Berichten und Beiträgen im Zusammenhang mit der digitalen Transformation gut zugehört. Wir haben dabei wieder sehr oft den Fokus auf das Thema „Bildung und Qualifizierung“ gelegt. Das will ich auch nicht abwerten; denn das ist natürlich ganz wichtig. Auch gestern beim Abend der Parteien stand das stark im Vordergrund. Ein Stück weit wurden auch die technischen Voraussetzungen

thematisiert. Wir haben über die Möglichkeiten von Tools gesprochen. Zum Teil wurde auch die Netzabdeckung zum Thema gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich aber bitte noch einmal den Blick für etwas schärfen, was aus meiner Sicht maßgeblich für die digitale Veränderung ist. Es geht um Führung und Kultur in Unternehmen. Da liegt mein ganz besonderes Augenmerk auf klassischen Unternehmen, die quasi keine digitale DNA haben. Diese stehen vor einer besonderen Herausforderung. Der digitale Wandel zwingt Unternehmen, althergebrachte Strukturen und Prozesse zu überdenken, anzupassen und gegebenenfalls aufzugeben. Die Arbeits- und Unternehmenskultur spielt in der Transformation die größte Rolle. Sie gilt es zwingend zu berücksichtigen. Das heißt: Wie wird mit Innovation umgegangen, welche Ansätze und Wege gibt es, und wo werden Widerstände aufgebaut?

Es bedarf einer Fehlerkultur, die Mitarbeiter beteiligt und bereits den Willen zu Veränderung belohnt. Um bei diesem Wandel die Mitarbeiter nicht zu demotivieren, benötigen Führungskräfte eine klare Zukunftsvision, welche die Richtung dann aber auch vorgibt. Statt Effizienz sollte Innovation im Vordergrund stehen. Diese verlangt eine Kultur, in der Fehler erlaubt und auch gewünscht sind und in der der Versuch und das Scheitern quasi schon gelebte Prinzipien sind. Wir brauchen aus meiner Sicht regelrecht einen Experimentierraum, um genau dieses zuzulassen. In der Technik praktizieren wir das schon; aber auch bei der Arbeit 4.0 brauchen wir diese sogenannten Experimentierräume.

Dass alle Kolleginnen und Kollegen den mitunter schmerzhaften Kurs mittragen, ist für den gesamten Transformationsprozess essenziell. Ohne Teilhabe lässt sich kein Unternehmen verändern. Den Führungskräften muss es gelingen, ihre Mitarbeiter mitzunehmen und sie für den Wandel zu begeistern. Unabdingbar ist dabei die Wertschätzung ihrer Arbeit und ein echtes Verständnis ihrer Arbeitsweise, um aufzeigen zu können, wie Technologie neue Wege zum Ziel liefern kann. Dabei ist es zentral, Empathie zu zeigen und offen und transparent zu agieren. So kann es gelingen, gemeinsam Schritt für Schritt das gesamte Unternehmen sowohl ökonomisch als auch innovativ nachhaltig zu verändern, damit es auch morgen noch zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade an dieser Stelle haben wir Betriebsräte und Gewerkschaften meines Erachtens eine ganz entscheidende Rolle. Wir sind ganz dicht an den Mitarbeitern und den Menschen dran und kennen ihre Sorgen und ihre Nöte nur zu gut. Wir genießen hohes Vertrauen. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 werden viele von Euch das wieder attestiert bekommen; da bin ich mir sicher.

Wenn Manager in den Unternehmen dieses Asset in der Zusammenarbeit mit uns bei der digitalen Transformation nicht nutzen, sind sie fehl am Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Insofern lautet mein abschließendes Plädoyer an Euch: Geht bei diesem Prozess in die Offensive. Dazu gibt es sicherlich großen Anlass. Denn ohne die Beteiligung von Mitarbeitern und Betriebsrat werden selten der Mensch bzw. die Auswirkungen auf den Menschen in den Mittelpunkt gerückt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Euch auch, diesen Antrag mit einer breiten Zustimmung zu unterstützen. – Herzlichen Dank. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Dir auch ganz herzlichen Dank. – Ich habe noch eine Wortmeldung zu dem Antrag E 011 vorliegen, der ja mit aufgerufen ist, und zwar von Roswitha Süßelbeck aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer 355.

ROSWITHA SÜßELBECK (Leverkusen)

Danke schön, Edi. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil es eben hieß, dass zwei Wortmeldungen vorliegen, hätte ich mich jetzt nicht noch einmal gemeldet. Aber ganz schnell: Roswitha Süßelbeck, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Bayer, Standort Leverkusen, Bezirk Leverkusen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie gesagt, spreche ich zu dem Antrag E 011 „Gute Arbeit braucht gute Arbeitszeiten“. In diesem Antrag geht es – zusammengefasst – darum, dass wir im Rahmen des jetzt aktuellen Arbeitszeitgesetzes sehr mobil und sehr flexibel arbeiten können. Ganz praktisch arbeiten wir heute in den Betrieben in vielen verschiedenen Arbeitszeitmodellen bezogen auf die Arbeitszeit und auch den Arbeitsort so flexibel und so mobil wie niemals zuvor. Das ist mit dem jetzigen Gesetz alles möglich.

Das Arbeitszeitgesetz beinhaltet unter anderem zwei wichtige Schutzrechte, nämlich den Achtstundentag und die elfstündige Ruhezeit. Genau zu diesen beiden Schutzrechten gibt es jetzt Initiativen sowohl der Politik als auch der Arbeitgeberverbände. So ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen vereinbart, über eine Bundesratsinitiative das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren. Das heißt insbesondere: weg mit dem Achtstundentag in Richtung neun oder zehn Stunden; auch die elf Stunden Ruhezeit stehen zur Disposition.

Nicht ganz ernst gemeint, sage ich einmal: Wir könnten ja tauschen – dann haben wir wenigstens die Zahlen im Kopf – und einen Elfstundentag und acht Stunden Ruhezeit nehmen. Das wäre doch eine ganz einfache Lösung – natürlich bei vollem Lohnausgleich.

Jetzt wieder ernsthaft: Ich gehe davon aus, dass auch die mögliche neue Jamaika-Koalition eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes anstrebt. Das wollen wir nicht, und das brauchen wir auch nicht. (Beifall)

Was wir tun müssen, ist, die Arbeitszeit im Rahmen dieses aktuellen Gesetzes weiterhin flexibel zu regulieren. Dabei haben wir natürlich auch immer den Blick auf die betrieblichen Erfordernisse. Noch viel mehr werden wir darauf achten, dass Arbeitszeit human gestaltet wird und dass unsere Kolleginnen und Kollegen trotz immer flexiblerer Arbeitszeiten und immer mobilerer Arbeitsorte gesund in die Rente gehen können.

Der Antrag wird als Material zu dem Leitantrag – Arbeit der Zukunft – empfohlen. Das ist aus meiner Sicht so in Ordnung.

Ich bitte Euch alle sehr eindringlich: Setzen wir uns gemeinsam für den Erhalt dieses Arbeitszeitgesetzes in der jetzigen Fassung ein! Was wir wollen, ist klar: Keine Kürzung der elfstündigen Ruhezeit und Hände weg vom Achtstundentag! – Vielen Dank. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank auch Dir, liebe Roswitha. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Ich musste etwas schmunzeln, weil ein Kollege schon sofort die Karte hochgehoben hat. Wer also für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – **Damit ist den Empfehlungen der Antragskommission einstimmig gefolgt.** Super! (Beifall)

Ich habe immer noch kein Signal, dass die Kanzlerin da ist. – Dann machen wir noch einen Antrag.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Aufgerufen wird:

Antrag E 012

Rechtsanspruch auf Homeoffice

Der Antrag fordert einen gesetzlichen Anspruch auf Homeoffice. Unsere Empfehlung ist: Ablehnung.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Hoppla, das ging jetzt ganz schnell. – Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb steigen wir sofort in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe: Stimmt jemand gegen die Empfehlung? – Ich zähle 14 Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – **Bei 14 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird der Antragskommission gefolgt.**

Der nächste Antrag ist auch übersichtlich. – Ariana, was meinst Du?

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ja, ich denke, er ist nicht diskussionswürdig. (Heiterkeit und Widerspruch) Entschuldigung, ich meinte eigentlich, dass wir alle einer Meinung sind. Sorry, ich rede mich hier um Kopf und Kragen.

Nun folgt:

Antrag E 013

Gesamtsicherung von Lebensarbeitszeitkonten unabhängig von Arbeitgeberwechseln

Der Antrag will eine gesetzliche Regelung zur Übertragung von Lebensarbeitszeitkonten bei einem Arbeitgeberwechsel. Unsere Empfehlung ist natürlich die Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. – Wir treten in die Abstimmung ein. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. **Damit ist der Empfehlung einstimmig gefolgt.**

Ich glaube, den nächsten Antrag schaffen wir auch noch. Danach unterbrechen wir den Kongress.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Dann rufe ich jetzt

Antrag E 014

Existenzsichernde Arbeit für Frauen und Männer

auf. Der Antrag wendet sich gegen die Vernichtung voller sozialversicherungspflichtiger Stellen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Unsere Empfehlung ist die Annahme mit folgender Änderung: In Zeile drei wird das Wort „neue“ gestrichen.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ariana. – Wir treten in die Abstimmung ein. Wer ist für die Empfehlung? – Gegenprobe! – Keine. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. **Einstimmig angenommen.** (Beifall)

Ich unterbreche jetzt kurz den Kongress. Bitte bleibt im Saal! Die Bühne wird gleich umgebaut, und wenn die Kanzlerin eintrifft, werden wir sie gemeinsam begrüßen.

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 15:05 Uhr bis 15:09 Uhr)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßt mit mir die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel! (Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betritt den Saal – Starker Beifall)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir freuen uns sehr, dass Sie auch dieses Mal Gast bei uns sind und dass Sie auch dieses Mal wieder zu unseren Delegierten sprechen werden. Wir sind schon gespannt, was Sie uns gegebenenfalls mit Blick auf eine künftige Bundesregierung sagen können.

Wir wollen jetzt noch ganz kurz den Kolleginnen und Kollegen der Presse und den Fotografen Gelegenheit für ein paar Aufnahmen geben. Dann wird unser Vorsitzender Michael Vassiliadis für Sie eröffnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Es ist uns eine Freude, Sie erneut auf dem Gewerkschaftskongress der IG BCE begrüßen zu dürfen. Wir wissen es zu schätzen, dass Sie wiederum die Zeit gefunden haben, zu unseren Delegierten zu sprechen. Bereits 2009 und 2013 – Sie sagten gerade, dass Sie eine ganz treue Seele sind; das können wir bestätigen – konnten wir Sie ebenfalls in dieser Halle begrüßen, immer in der Phase der Regierungsbildung.

Weil Sie uns so gut kennen, wissen Sie, dass die IG BCE auf ihren Kongressen stets die Zukunft im Blick hat und nach guten Lösungen für Deutschland, für die IG-BCE-Branchen und für unsere Mitglieder sucht.

Weiterhin sind eine geordnete Arbeitswelt, die Stärkung von Tarifverträgen und Mitbestimmung, gute Bedingungen und Perspektiven für unsere Industrien, eine Energiewende, die angemessen und ausbalanciert ist, nunmehr aber auch Digitalisierung und Zukunft der Mobilität unsere Themen hier auf dem Kongress.

Unsere IG BCE versteht sich als Teil unserer deutschen und europäischen Demokratie, für die wir auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind der festen Überzeugung, dass mit Sozialpartnerschaft und Kooperation von Staat und Sozialpartnern die besten Ergebnisse für die Arbeitswelt, für die Wirtschaft in unserem Land zu erreichen sind.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, nach einem schwierigen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl sind Sie derzeit dabei, die Möglichkeiten einer Regierungsbildung mit FDP und Grünen zu prüfen. Das wird vermutlich nicht ganz einfach sein. Aus unserer Sicht sollte es das vorrangige Ziel einer neuen Bundesregierung sein, das Vertrauen in unsere Demokratie zu festigen. Ich hoffe, dass es Ihnen gelingen wird, die richtigen Themen dafür zu finden und zum Mittelpunkt des Regierungshandelns zu machen. Eine Politik, die auf Zusammenhalt und auf sozialen Ausgleich abzielt, wird die IG BCE immer unterstützen, und wir werden ein verlässlicher Partner sein.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die IG BCE ist gerne bereit, an die guten Erfahrungen unserer Zusammenarbeit anzuknüpfen.

Vielen Dank noch einmal dafür, dass Sie gekommen sind. – Sie haben das Wort. (Beifall)

DR. ANGELA MERKEL (Bundeskanzlerin)

Sehr geehrter, lieber Herr Vassiliadis! Sehr geehrtes Präsidium! Frau Tagungspräsidentin! Sehr geehrte Delegierte! Meine Damen und Herren! Lieber Jürgen Trittin! Aller guten Dinge sind bekanntlich drei, und so finde ich es gar nicht so schlecht, dass ich nun schon zum dritten Mal auf Ihrem Bundeskongress mit dabei bin; bei sechs Kongressen ist das eine gute Quote, die ich da auf den Tisch lege. Das hat aber auch mit der guten Kooperation zu tun, die wir trotz aller Meinungsunterschiede pflegen. Deshalb möchte ich Ihnen, Herr Vassiliadis, auch als Erstes ganz herzlich dazu gratulieren, dass die Delegierten Sie erneut als Vorsitzenden der IG BCE bestätigt haben. Sie haben eben von der Verdreifachung der Anzahl Ihrer Gegenstimmen gesprochen. Ich wurde schon ganz traurig und fragte mich, was passiert sei, aber die Anzahl war immer noch einstellig. Insofern mache ich mir keine Sorgen um den Zusammenhalt in der IG BCE, sondern gratuliere Ihnen ganz herzlich und freue mich auf die Zusammenarbeit. (Beifall)

Ich gratuliere natürlich auch allen anderen gewählten Mitgliedern des Hauptvorstandes sowie der Kommissionen und Ausschüsse und sage ausdrücklich angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen: Für das Industrieland Deutschland in einer sich rasant entwickelnden Welt wünsche ich mir eine starke IG BCE, die in der Sozialpartnerschaft auch die richtigen Lösungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in Deutschland findet, aber auch für gute Rahmenbedingungen in den anderen Ländern der Welt sorgt, in denen Deutschland investiert und damit einen Beitrag zu einer menschlichen Gestaltung der Globalisierung leistet.

Zum Zweiten möchte ich Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Jubiläum gratulieren. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie gibt es in der jetzigen Form seit nunmehr 20 Jahren. Ich erinnere mich noch dunkel an die Geburtsstunden. Natürlich ist klar, dass die Wurzeln der einzelnen Komponenten der IG BCE weitaus weiter zurückliegen. Allerdings ist die IG BCE eine Gewerkschaft, in der sich der Wandel der Rahmenbedingungen in den letzten 20 Jahren dramatisch gezeigt hat, und selbstverständlich waren zu Zeiten der Gründung der Gewerkschaft die Dinge ganz anders. Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Verdienste – all dies ließ sehr zu wünschen übrig. Sie haben über Jahrzehnte immer wieder um die Bedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestritten, haben als Gewerkschaft – und das zeichnet die IG BCE aus – aber auch immer darauf geachtet, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen weiter gute Bedingungen haben werden. Sie haben immer die Zukunft im Blick gehabt.

Deshalb – das möchte ich betonen – haben Sie als IG BCE auch einen Anteil daran, dass Deutschland heute – Momentaufnahme – recht gut dasteht, wenn es um unsere wirtschaftliche Situation geht. Der Aufschwung – das sagen im Moment die Prognosen – hält weiter an. Wir alle haben in den letzten 10 oder 15 Jahren gelernt, wie wenig man den Prognosen glauben darf und wie schnell sie sich ändern können; trotzdem sind solche Prognosen besser als andere. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist seit 2005 um fast 5,5 Millionen gestiegen. Was das für Familien, für die Menschen bedeutet, wissen Sie am besten. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich halbiert.

Für Jugendliche – das kennen Sie aus Ihren Betrieben auch – ist es heute sehr viel leichter, einen Ausbildungsplatz zu finden. Manchmal ist es sogar schwierig, überhaupt genug junge Menschen dafür zu begeistern, Ausbildungsplätze auch zu besetzen. Darüber hinaus sind auch die Reallöhne in den letzten Jahren gestiegen.

In den letzten Jahren haben wir neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch andere Dinge in der Großen Koalition verbessern können. Ich denke zum Beispiel an die Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten. Es war gerade Ihnen immer ein Anliegen, dass für Menschen, die nach Jahrzehnten aus Gründen der Gesundheit nicht mehr arbeiten können, Rentenverbesserungen vorgenommen werden und dass die Abschläge nicht so hoch sind. Das haben wir zweimal umgesetzt, und das wird sicherlich auch jetzt in den anstehenden Koalitionsverhandlungen wieder eine Rolle spielen.

Wir haben im Wahlkampf allerdings auch gemerkt, dass 2,5 Millionen Arbeitslose 2,5 Millionen zu viel sind, und viele Menschen, die Arbeit haben, sind mit den Bedingungen nicht zufrieden. Viele haben Sorge, dass der verfassungsrechtlich gegebene Auftrag, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, nicht in ausreichendem Maße erfüllt wird. Insofern darf man die Hände nicht in den Schoß legen. Im Gegenteil: Auf die nächste Bundesregierung warten viele Aufgaben, und dazu gehört in der Tat der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für den die wirtschaftliche Situation eine Rolle spielt. Dies ist aber nicht die einzige Aufgabe, die wir im Auge behalten müssen.

Nun wissen Sie – und in der Anwesenheit von Herrn Trittin kann ich hier erst recht keine großen Spekulationen abgeben –, wie die Bildung einer neuen Regierung aussehen wird. Wir werden in der nächsten Woche die ersten Sondierungen machen, und zwar zuerst bilateral und dann auch zu dritt bzw. zu viert, wenn man nach den Parteien – CDU/CSU, FDP und Grüne – geht. Ich glaube, es ist klar, dass die Regierungsbildung nicht ganz einfach wird.

Die Sozialdemokraten haben nach dem Wahlergebnis erklärt, dass sie für eine Regierungsbildung nicht zur Verfügung stehen. Diese Situation müssen wir so nehmen, wie sie ist. Ich gehe in diese Sondierungsgespräche mit der klaren Haltung, dass uns die Wählerinnen und Wähler diese Aufgabe gegeben haben. Ich habe großen Respekt vor der Aussage der Wählerinnen und Wähler, und deshalb obliegt uns auch die Verantwortung, zumindest das Mögliche zu versuchen, um daraus eine Regierung zusammenzubauen, die die Probleme Deutschlands nicht nur in den Blick nimmt, sondern vor allen Dingen auch löst. Ich bedanke mich dafür, dass Sie uns dazu auffordern, obwohl gerade die IG BCE weiß, welche Konfliktpunkte auf dem Weg dorthin warten.

Wir wissen aber auch, dass ungewohnte Konstellationen die Chance bieten können, bisher scheinbar unlösbare Dinge ein Stück weit einer Lösung zuzuführen.

Also müssen wir uns auf den Hosenboden setzen und schauen, was wir machen können.

Ich freue mich sehr, lieber Herr Vassiliadis, als ich Ihre Rede nachgelesen habe, die Sie gestern hier gehalten haben, dass Sie – bei Ihrem Konzert wäre ich auch gerne dabei gewesen; aber das hat sich auch nicht ergeben – (Heiterkeit) doch sehr klar auch die globalen Entwicklungen in den Blick genommen haben. Wir haben von deutscher Seite aus versucht, mit unserer G-20-Präsidentschaft in nicht einfachen Zeiten hier auch einen Beitrag zu leisten. Leider konnten wir nicht alle 20 dafür gewinnen, das Pariser Abkommen über den Klimaschutz gemeinsam weiter zu unterstützen. Aber immerhin 19 von den 20 Teilnehmern bei G 20 haben sich dazu klar bereit erklärt.

Deutschland wird die nächste Klimarahmenkonvention, zumindest auf deutschem Boden, zu Gast haben; denn die Fidschi-Inseln werden die Ausrichter sein. Und wir werden sie natürlich nach Tatkraft unterstützen.

Ich bedanke mich insbesondere bei der Bergbau-, Energie- und Chemie-Gewerkschaft dafür, dass sie die Nachhaltigkeit und dieses Pariser Klimaschutzabkommen sehr unterstützt.

Sie haben ein klares Bekenntnis zu Europa abgegeben. Und auch das ist in diesen Zeiten von außerordentlicher Wichtigkeit; auch das wird uns beschäftigen. Sie haben selber auch über Ihre Beiträge gesprochen, um den deutsch-französischen Motor bei

der europäischen Entwicklung in den Blick zu nehmen und hier auch durch gewerkschaftliche Kooperation ein unterstützendes Zeichen zu setzen.

Lassen Sie mich noch einmal zu den globalen Herausforderungen kommen. Ich meine, dieses Thema der Nachhaltigkeit ist ja evident. Und wir sehen an den Migrations- und Fluchtbewegungen, wir sehen an den schrecklichen Katastrophen, die wir in der Karibik haben bis hin in die Vereinigten Staaten, wir sehen an den eigenen Entwicklungen auch in Europa, was das Wetter anbelangt, dass hier natürlich sich gravierende Veränderungen ergeben durch den Klimaschutz.

Sie haben dann, lieber Herr Vassiliadis, mit großer, mit starker Kritik auf das aus Ihrer Sicht ungeordnete Vorgehen im Zusammenhang mit der Energiewende hingewiesen. Darüber wird sicherlich in den jetzt anstehenden Gesprächen auch viel zu sprechen sein. Aber ich will doch darauf hinweisen, dass wir an einigen Stellen Erfolge erreicht haben.

Ich kann mich noch erinnern, wie wir gemeinsam über den Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau gesprochen haben, sozusagen die große Subventionsquelle in Deutschland. Wir haben das klug gemacht, indem wir das über viele Jahre gestaffelt haben, indem wir dies in einem großen gesellschaftlichen Einvernehmen getan haben, wodurch doch manche der Brüche vermieden werden konnten, wenngleich Wehmut spürbar ist und die strukturelle Entwicklung großer Teile auch der ehemaligen Kohlegebiete, der Steinkohlebergbaugebiete, natürlich noch viele Aufgaben für uns übrig lässt.

Wenn wir heute über das zweite Thema sprechen und Sie natürlich auch sprechen über die Frage, wie es mit der Braunkohle weitergeht, dann empfehle ich uns wirklich, dies auch mit den Menschen und mit den Vertretern der Beschäftigten zu tun. Denn die Frage, was an die Stelle einer zum Teil ja monostrukturellen Aufgabe kommt, wenn ich zum Beispiel an die Lausitz denke, kann und darf uns nicht kalt lassen.

Wenn ich wieder an die große andere Aufgabe denke, nämlich an den Zusammenhalt der Gesellschaft, an gleichwertige Lebensverhältnisse – ich sehe hier sogar ein Nicken von Herrn Trittin; (Heiterkeit) darüber freue ich mich –, dann müssen wir unseren Kopf anstrengen, dann müssen wir überlegen: Wie kriegen wir die Dinge so hin, dass sie wirklich auch für die Menschen erfassbar, verständlich und trotzdem in die Zukunft gerichtet sind?

Zweitens. Ja, wir haben ambitionierte Klimaschutzziele. Und auch darüber wird jetzt zu sprechen sein; denn das Jahr 2020 fällt in die nächste Legislaturperiode. Es war ja immer klar, wenn ich das mal so sagen darf, dass man dann, wenn man von 1990 bis 2010 20 Prozent CO₂ einspart – und dabei war die Zeit der Deutschen Einheit, in der viele industrielle Produktionsstätten der ehemaligen DDR natürlich wegfielen und/oder sehr viel effizienter gestaltet wurden – bei einigermaßen guter wirtschaftlicher Entwicklung von 2010 bis 2020 nicht einfach mal so weitere 20 Prozent CO₂ einsparen kann. Das liegt auf der Hand. Deshalb ist das eine sehr ambitionierte Aufgabe. Ich will mich hier nicht von dem Ziel verabschieden. Ich will nur sagen, dass wir es nicht ganz ohne Anstrengungen erreichen, sondern da auch viel Kraft reinlegen müssen. Das verwundert mich nicht. Deshalb wird das auch eine große Rolle in den anstehenden Gesprächen spielen.

Für die Energiewende, wenn ich jetzt an die erneuerbaren Energien denke, haben wir, glaube ich, in den vergangenen Jahren wichtige Weichenstellungen vorgenommen, die auch für Sie gut und richtig sein müssten, zum Beispiel die Heranführung des jetzt größten Bereiches der Energieerzeugung, nämlich der erneuerbaren Energien, an die Bedingungen der Marktwirtschaft. Dadurch, dass wir in Zukunft den Ausbau der erneuerbaren Energien ausschreiben werden, werden wir sehr viel mehr marktwirtschaftliche Bedingungen haben.

Dadurch, dass wir mit den sogenannten Energieausbaugebieten – auch hier in Niedersachsen gut bekannt – auch die Situation haben, dass wir nicht überall gleich schnell

ausbauen, sondern dies zumindest in gewisser Weise auch an den Ausbau der Leitungen der Elektrizität koppeln, auch das ist eine richtige und vernünftige Entscheidung. Deshalb glaube ich, dass wir hier schon ein ganzes Stück vorangekommen sind. Die ersten Tests bei den Ausschreibungen haben auch ergeben, dass wir in den Preisen erheblich runterkommen können und dass in etlichen Windenergieerzeugungsgebieten die Subventionen jetzt nahe null sind.

Ich erinnere mich noch gut an meine Zeit als Umweltministerin von 1994 bis 1998, sowohl was die Windenergiesubvention anbelangt, wie wir da jetzt runtergekommen sind, als auch - und das noch mehr – was die Solarenergie anbelangt. Damals erschien es mir vollkommen unvorstellbar, was wir heute erreicht haben. Es zeigt sich also, dass eine gewisse Starthilfe uns auch wirklich in marktwirtschaftliche Produktionsbedingungen hineinführen kann.

Meine Damen und Herren, wir werden natürlich in dem Bereich der Energiewende weiterarbeiten. Etwas skeptisch bin ich, wenn Sie sagen, dass die erneuerbare EEG-Umlage nunmehr auch durch steuerliche Maßnahmen besetzt werden sollte. Wenn ich die gesamten steuerlichen Vorschläge aus Ihrer Rede addiere, wird es mir ganz himmelangst; denn ich glaube, auch die IG-BCE-Mitglieder würden sich über Steuererhöhungen nicht so freuen. Aber sei es drum, wir werden auf diesem Weg weitermachen, und die Energiewende ist sozusagen unaufhaltsam auf dem Wege.

Ich will auch noch mal – gerade weil Herr Trittin hier sitzt – darauf hinweisen, dass wir Großartiges geschafft haben im Zusammenhang mit der Endlagerung und mit der Frage: Wie gehen wir mit diesen gesellschaftlichen Verantwortungen um? Auch das ist nur im Konsens gegangen. Und auch das war wieder eine große Stärke der Bundesrepublik Deutschland, solche komplizierten Probleme doch dann zum Schluss einigermaßen im Einvernehmen auch mit den Unternehmen – nicht ganz, aber fast – lösen zu können.

Deshalb haben wir hier noch sehr viel zu tun, um all das, was da beschlossen wurde, umzusetzen. Aber ich finde, wir haben auch hier Lösungen gefunden, die uns die Arbeit mit den Hinterlassenschaften bestimmter Energiequellen doch sehr viel leichter machen.

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu dem zweiten Thema, das Sie natürlich indirekt auch beschäftigt. Das ist der gesamte Bereich der Mobilität. Chemie und Automobilindustrie hängen aufs engste zusammen. Wir haben hier riesige Herausforderungen, vor denen die Automobilindustrie steht. Sie kennen das von Ihren Kollegen von der IG Metall. Die Dinge, die sich um den Diesel herum abspielen – ich drücke mich in Niedersachsen mal etwas vorsichtig aus; aber man kann auch sagen: der Skandal, der sich da abspielt –, machen uns schon sehr zu schaffen.

Da die Automobilindustrie insgesamt durch die Digitalisierung, die alternativen Antriebe und die Elektromobilität in einer Phase des absoluten Umbruchs ist, müssen wir jetzt schauen, dass wir diesen wesentlichen Wirtschaftszweig gut in die Zukunft führen. Dazu muss die Politik Beiträge leisten, wenngleich wir unternehmerische Fehlentscheidungen durch politisches Handeln natürlich nicht wiedergutmachen können. Das sind schon unterschiedliche Verantwortungen.

In Deutschland gibt es 890.000 Arbeitsplätze im Automobilbereich. Dieser macht etwa 20 Prozent der industriellen Wertschöpfung aus. Wenn dieser Wirtschaftsbereich in seiner weltweiten Bedeutung zurückfällt, dann wäre das für uns alle direkt oder indirekt eine riesige Herausforderung. Deshalb wage ich vorauszusagen, dass uns dies schon in den nächsten Wochen beschäftigen wird. Denn die Frage, wie wir Fahrverbote mit Blick auf die NO_x-Belastung vermeiden können, ist eine riesige, eine große Herausforderung. Aus Europa werden wir neue CO₂-Vorgaben für die Automobilindustrie bekommen. Auch das wird uns in intensive Diskussionen verstricken, sage ich schon heute voraus.

Wir haben im gesamten Bereich der Nachhaltigkeit nach wie vor einen Bereich – auch dies möchte ich ganz deutlich sagen –, der auch mit Ihnen indirekt zusammenhängt, weil Sie Dämmstoffe im chemischen Bereich produzieren. Das ist der gesamte Markt der Wärme und der Wohnungen. Da haben wir bei den Altbauten noch längst nicht unser Potenzial ausgeschöpft, und man kann wirklich noch von niedrig hängenden Früchten sprechen. Da könnten wir vieles sehr einfach erreichen.

Mir ist es ein Rätsel, nachdem wir in Deutschland schon so vieles hinbekommen haben, warum es bis heute nicht gelungen ist, eine steuerliche Förderung der Wärmedämmung zu erreichen; denn da könnten wir aus meiner Sicht viele Investitionen heben. Ich hoffe, dass potenzielle, denkbare Koalitionspartner vielleicht etwas aufgeschlossener sind, als das bisher der Fall war. Aber dies lag selten an der Bundesebene, sondern eigentlich immer an der Situation unter den Bundesländern. Hier müssen wir einen neuen Anlauf nehmen.

Neben der Herausforderung der nachhaltigen klimafreundlichen Entwicklung für Deutschland haben wir die große Herausforderung der Digitalisierung. Mit unserer Digitalen Agenda haben wir in den letzten vier Jahren wichtige Schritte getan und auch mit Blick auf die Industrie 4.0 weit über Deutschland hinaus gute Standards gesetzt. Wir müssen feststellen, dass sich Deutschland im industriellen Bereich sicherlich der Digitalisierung geöffnet hat, dass wir aber in anderen Bereichen noch völlig am Anfang, zum Teil bestenfalls im Mittelfeld der Entwicklung stehen.

Wir haben seitens der Europäischen Union unter der estnischen Ratspräsidentschaft einen digitalen Gipfel in Tallinn durchgeführt. Das Leben eines estnischen Staatsbürgers unterscheidet sich gravierend vom Leben eines deutschen Staatsbürgers. In Estland kann alles digital über ein Bürgerportal abgewickelt werden. Es gibt viele gute Argumente dafür, weil die Vorgänge sehr viel sicherer sind, egal ob das die Gesundheitsakten oder andere Fragen betrifft. Das Ganze ist auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Zeitersparnis sehr viel unkomplizierter und sehr viel besser, als das bei uns der Fall ist.

In den schwierigen Gesprächen über die Bund-Länder-Finzen haben wir eine Grundgesetzänderung vorgenommen, die wichtig und entscheidend war, nämlich die Änderung dahin gehend, dass Bund, Länder und Kommunen in den nächsten vier Jahren ein Bürgerportal entwickeln wollen. Da sehe ich riesige Aufgaben auf uns zukommen. Ich würde mich freuen, wenn uns die Gewerkschaften dabei unterstützen würden. (Vereinzelt Beifall) Sehr gut, das ist fast schon die Mehrheit.

Es geht darum, dass jeder Bürger mit einem Portal auf alle staatlichen Ebenen Zugang hat; denn die Bürgerinnen und Bürger interessiert nicht, ob die Anmeldung beim Kindergarten in kommunaler, Landes-, Kreis- oder Bundeszuständigkeit liegt. Vielmehr wollen die Menschen ihre Kontakte mit dem Staat sozusagen über einen Eingang abwickeln. Da jede föderale Ebene in Deutschland natürlich stolz auf ihre Eigenständigkeit ist, müssen wir das miteinander besprechen, damit wir lernen, aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger zu denken. Andere Länder haben uns das vorgemacht. Deshalb ist es wichtig, dass wir das auch in Deutschland hinbekommen. Da Deutschland ein Land mit einer ausgebauten Verwaltung ist, läuft alles irgendwie, außer man versucht, in Berlin auf dem Bürgeramt einen Termin zu bekommen. Aber sonst geht es irgendwie. Deshalb denkt man: Ach, das kann ja noch so weitergehen. – Wir werden aber eines Tages aufwachen und erkennen, dass es in vielen anderen Ländern inzwischen ganz anders und viel schneller geht. Das ist aus meiner Sicht eine riesige Aufgabe, inklusive Gesundheitsakten und vielen anderen Dingen mehr. Darüber brauchen wir auch eine gesellschaftliche Diskussion; denn Datenschutz und Datensicherheit spielen dabei natürlich auch eine entscheidende Rolle.

In Europa können wir ein riesiges Potenzial entwickeln, wenn wir einen digitalen Binnenmarkt schaffen. Daran arbeiten wir. Aber jede einzelne Aufgabe entwickelt sich wieder zu einer äußerst schwierigen Herausforderung, beispielsweise wenn es um das neue Echtzeitübertragungsnetz 5G geht, bei dem die Mitgliedstaaten zusammenarbei-

ten müssen, damit man, wenn man im Rahmen der Freizügigkeit eine nationale Grenze überquert, nicht unterschiedliche Frequenzen hat. Es geht darum, dass wir eine elektronische Signatur haben, die nicht nur in einem Land, sondern in allen europäischen Ländern gültig ist. Deshalb werden wir die Digitale Agenda – ich habe dies gestern mit Ratspräsident Tusk besprochen – jetzt noch einmal richtig nach vorne bringen. Von Urheberschutz und solchen Fragen will ich gar nicht sprechen, wo wir inzwischen fast entscheidungsunfähig geworden sind. Das sind überhaupt keine parteipolitischen Fragen mehr, sondern das sind Fragen ganz unterschiedlicher Bewertung dessen, was auf der einen Seite digitaler Zugang und auf der anderen Seite beispielsweise den Schutz des geistigen Eigentums bedeutet. Das müssen wir zu einer Entscheidung bringen. Da sind in den nächsten vier Jahren wichtige Weichen zu stellen.

Ich weiß, dass sich die IG BCE schon immer sehr um die Frage der Weiterqualifizierung, der Qualifizierung gekümmert hat. Diese Herausforderung wird in der digitalen Arbeitswelt zunehmen. Ich möchte hier ein Bekenntnis machen, von dem ich hoffe, dass wir das auch in unserem neuen Regierungsprogramm, falls denn eine Regierung zustande kommt, verankern können. Ich halte die Sozialpartnerschaft in dieser Zeit, im 21. Jahrhundert, in den jetzigen industriellen Umbrüchen für mindestens so wichtig, wie sie das in der Vergangenheit war. (Beifall) Deshalb werde jedenfalls ich alles dafür tun, die Tarifbindung in Deutschland wieder zu steigern und nicht noch weiter einzuschränken. (Beifall) Denn auch bezüglich der Flexibilisierungen, die notwendig sein werden, was die Arbeitszeit und die Erreichbarkeit anbelangt, werden wir sehr viel besser arbeiten können, wenn wir Tarifpartner in den Betrieben und auch breite Tarifverträge haben. Das ist ein Ziel, das ich mir sehr stark für die Zukunft gesetzt habe.

Die IG BCE hat durch eine Vielzahl von Tarifverträgen gezeigt, wie verantwortlich man mit den unterschiedlichen Herausforderungen umgeht. Deshalb werde ich, wenn es zu einer neuen Regierung kommt, auch versuchen, die zukünftigen Koalitionspartner davon zu überzeugen, dass unsere regelmäßigen Dialoge in Meseberg gute und wichtige Dialoge waren. Ich habe schon gelesen, dass Sie ein bestimmtes Thema haben, nämlich den demografischen Wandel. Auch das werde ich dort auf die Tagesordnung setzen. Ich glaube, das hat uns insgesamt immer vorangebracht und gerade auch mir persönlich viel Einsicht in Ihre Lebenswirklichkeit, in Ihre Herausforderungen in den modernen industriellen Bereichen gegeben.

Meine Damen und Herren, wir werden dann über das Thema Fort- und Weiterbildung, auch in staatlicher Verantwortung, sprechen müssen. Ich möchte deutlich machen, dass ich sehr dafür werben werde, dass wir bei der digitalen Bildung frühzeitig anfangen. Ich sage: Zwischen Bund und Ländern muss es hier klare Verantwortlichkeiten geben. Bildungspolitik in der Schule ist zuallererst die Verantwortlichkeit der Länder. Aber der Bund muss an bestimmten Stellen unterstützen. Das fängt damit an, dass wir finanzschwachen Kommunen bei der Modernisierung und Sanierung von Schulen helfen. Wir haben im Bundeshaushalt bereits 3,5 Milliarden Euro dafür festgelegt. Das Ganze hat vor allen Dingen auch mit der digitalen Bildung zu tun. Den Anschluss der Schulen an das breite Internet müssen wir vor allem in den ländlichen Regionen subventionieren. Ich benutze ausdrücklich dieses Wort. Wir bekommen jedes Jahr Subventionsberichte. Es gibt eine allgemeine Empörung darüber, was der Bund wieder alles subventioniert.

Meine Damen und Herren, der Ausbau des Internets in ländlichen Regionen ist Daseinsvorsorge, genauso wie der Zugang zu elektrischem Strom, Wasser und Abwasser. Wenn man dort keine wirtschaftlichen Anbieter findet, muss der Staat das eben mit Zuschüssen anreizen. Das ist keine Subvention im schlechten Sinne, sondern das ist das Schaffen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im guten Sinne, und das werden wir uns auch nicht ausreden lassen. (Beifall)

Wir werden also die Schulen ans Breitband-Internet anschließen, wir werden mit den Ländern gemeinsam bereit sein, digitale Lehrinhalte zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Länder und Schulen das Ihrige herausuchen und diese digitalen Lehrinhalte auch pflegen können. Aber – darüber müssen wir auch mit Ihren Kollegen von der

Erziehungsgewerkschaft sprechen – der entscheidende Punkt ist die Weiterbildung der Lehrer.

Es ist heute eine recht dramatische Situation, wenn die 12- bis 15-Jährigen fröhlich in die Schulen kommen, auf ihren Smartphones und Tablets klimpern und Lehrerinnen und Lehrer, die vor 10, 20 oder 30 Jahren studiert haben, nicht die notwendige Weiterbildung bekommen, um Schülerinnen und Schüler in den Zukunftsfähigkeiten auszubilden. Ich sage voraus, was man in Zukunft neben Lesen, Schreiben, Rechnen auch noch können muss: Man wird – das kommt heutzutage manchmal zu kurz – auch programmieren und die digitale Medienvielfalt verstehen können müssen. Deshalb sind hier neue Bildungsinhalte gefragt. Damit können wir die Länder nicht einfach alleine lassen. Das ist mindestens eine Jahrhundertherausforderung.

Ich glaube, das, was durch die Digitalisierung mit unserer Gesellschaft passiert, hat ähnliche Dimensionen der Veränderungen, wie es die Entstehung der Druckmaschine zu Zeiten von Gutenberg hatte. Es ergeben sich völlig neue Zugangsmöglichkeiten zu Wissen, zu Erfahrungen, zum Austausch und damit auch völlig neue Organisationen der Gesellschaft. Ich denke, Sie merken das auch in Ihrem gewerkschaftlichen Arbeiten. Wir merken das in unserer Parteiarbeit. Wir merken es in der Frage der Erreichbarkeit der Gesellschaft.

Im Übrigen verändern sich auch die Wünsche der Menschen. Wir finden es toll, wenn wir uns alle paar Monate einmal an unsere Parteimitglieder wenden, deren E-Mail-Adresse zu kennen. Aber Menschen sind es heute gewohnt, dass sie, wenn sie irgendwo einkaufen waren, jeden Tag noch einmal eine Botschaft von ihrem letzten Einkauf mit allen neuen Angeboten bekommen. Das wird auch die Arbeit aller gesellschaftlichen Organisationen massiv verändern. Das geht bis hin zu der großen Gefahr, dass man sich sozusagen in meinungsgleichen Gruppen wunderbar versammeln kann und zum Schluss denkt, dass alle so denken wie man selbst, und ganz erstaunt ist, wenn man noch einmal jemandem begegnet, der eine ganz andere Meinung hat.

Meine Damen und Herren, mit all diesen Fragen werden wir uns beschäftigen müssen. Wir müssen aufpassen, dass wir sozusagen bei der Hardware, bei dem, was wir produzieren, bei dem, was wir herstellen, bei dem, was wir verteilen, auch noch vorn mit dabei sind. Insoweit ist natürlich die Frage, wie wir weiter Weltspitze sein können, eine der zentralen Fragen. Wenn man sich die Entwicklung auf der Welt anschaut und wenn man sich dann die Situation in Europa anschaut, dann sieht man, dass die typischen Entwicklungen Europas nicht überall die typischen Entwicklungen der Welt sind. Die Weltbevölkerung wächst, die deutsche Bevölkerung schrumpft eher. Die europäische wird jedenfalls durchschnittlich älter, und die Zahl der Menschen im erwerbstätigen Alter wird sich zum Beispiel bis zum Jahr 2030 deutlich verringern.

Das kann, so hat uns gerade die ehemalige Arbeitsministerin, Andrea Nahles, in einem entsprechenden Bericht gesagt, für die Umstellung auf die Digitalisierung durchaus auch hilfreich sein, weil manche Arbeitsplätze in Zukunft vielleicht nicht mehr existieren. Aber die Tatsache, dass wir weniger jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, wird natürlich auch eine große Herausforderung sein.

Deshalb werden wir Weltspitze überhaupt nur bleiben können, wenn wir europäisch denken, wenn wir auch unsere europäische Wettbewerbsfähigkeit verbessern – ich habe über den digitalen Binnenmarkt gesprochen – und wenn wir auch in Deutschland darauf achten, dass wir innovativ sind. Wenn ich sehe, was in China in bestimmte Bereiche investiert wird, so dürfen wir nicht nachlassen.

Es ist gut, dass wir unsere Forschungsausgaben in den letzten Jahren mehr als verdoppelt haben. Viele Forscher sind aus dem Ausland zurückgekommen, weil sie verlässliche Rahmenbedingungen bei uns haben. Wir haben versucht, durch die Übernahme des BAföG die Universitäten, die ja von den Ländern finanziert werden, im Wesentlichen zu stärken. Insoweit haben wir vieles getan, um Forschung und Entwicklung darüber hinaus auch besser mit der industriellen Entwicklung zusammenzubringen.

Eines unserer Vorhaben – jedenfalls unionsseitig – ist es, jetzt auch die steuerliche Forschungsförderung zumindest für kleine und mittlere Betriebe einzuführen, um auch diesen Unternehmen zu sagen: Ihr müsst in die Innovation investieren; denn sonst werden wir keine Gute Arbeit in Deutschland haben, sonst werden wir nur verlängerte Werkbank sein. (Beifall)

Die größte Herausforderung sehe ich dort, wo es um die zukünftigen Beziehungen der Unternehmen zu ihren Kunden geht, weil wir uns hier in einem Wettlauf befinden. Der Wettlauf findet folgendermaßen statt: Wir haben die sozialen Medien, wir haben die großen amerikanischen und asiatischen Anbieter, die sehr viele Daten über die Bürgerinnen und Bürger haben, seien es anonymisierte oder zum Teil auch personenbezogene Daten. Und wir haben unsere klassische industrielle Produktionsweise, in der wir wirklich stark sind. Wir kommen mit der Digitalisierung innerhalb der Produktion auch sehr gut klar. Aber jetzt geht es um die Frage: Wie sieht in Zukunft die Verbindung des Kunden zu seinem Produzenten aus? Wer sagen kann, er habe die besten Beziehungen zu allen denkbaren Kunden, der wird reüssieren, wird diese Schlacht gewinnen. Unser Anspruch muss es sein, dass es die Produzenten sind und nicht diejenigen, die die Daten über die Individuen sammeln. Sonst werden wir nämlich zur verlängerten Werkbank. (Beifall)

Darüber möchte ich mit Ihnen im Gespräch bleiben, Herr Vassiliadis. – Ich bleibe natürlich auch mit den Unternehmen im Gespräch. – Ich bin mir nicht sicher, ob wir hierbei nicht zu klein denken. Das Denken in Plattformen zum Beispiel, ist für die Bürgerinnen und Bürger ganz selbstverständlich. Bürger werden in Zukunft nicht mehr fragen: Wo ist mein Auto, wo ist meine Zugverbindung, wo ist mein Fahrrad? Sie werden vielmehr sagen: Ich möchte von A nach B; bitte gib mir drei oder vier verschiedene Angebote. Wir werden uns kümmern und unter anderem fragen müssen: Ist unser Wettbewerbsrecht überhaupt dafür geeignet, oder heißt das nicht, dass hier dauernd Absprachen zwischen Leuten getroffen werden, die eigentlich keine Absprachen miteinander treffen?

Diese Plattformen dürfen wir nicht nur national organisieren; wir müssen sie zum Teil europäisch organisieren. Insoweit ist sehr viel zu tun, wenn wir über die Verbindung des Herstellers mit seinem Kunden sprechen. Ich hoffe, dass wir hier als Deutschland ein gutes Beispiel sind. Denn die industrielle Stärke haben wir. Der Anteil industrieller Produkte am Bruttoinlandsprodukt ist nach wie vor sehr gut. Das wollen wir halten. Ich gebe hier ein klares Bekenntnis zu einer Industriegesellschaft, auch im 21. Jahrhundert, ab. Dienstleistungen sind wichtig, aber Industrie bleibt wichtig, meine Damen und Herren. (Beifall)

Nun vermute ich einmal, dass Sie vieles von dem, was ich hier angesprochen habe, selbst sehr stark bewegt, dazu natürlich Ihr Brot-und-Butter-Geschäft, die Tarifverhandlungen, die Entwicklung der Löhne, aber längst nicht mehr zugespitzt nur auf Lohn, sondern erweitert auf Weiterbildung, auf Rentenfragen usw.

Wir haben – jedenfalls soweit ich CDU-Vorsitzende bin – im Wahlkampf einen Dissens über die Weiterentwicklung der Renten gehabt. Aber eines war immer klar: Keine der Parteien hat bis jetzt – Hoffentlich sage ich nichts Falsches über die Grünen. – Weder die SPD noch die Union haben ein Rentenkonzept über das Jahr 2030 hinaus vorgelegt. Das wird auf jeden Fall eine der großen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode sein, weil wir Sicherheit schaffen müssen. Dabei wird es eine Vielzahl von Aufgaben geben, gerade auch mit Blick auf die vielen Selbstständigen, die heute noch keine Altersvorsorge oder keine nachprüfbare Altersvorsorge haben. Nicht alle Selbstständigen betrifft das, aber viele. Insofern werden wir sicherlich auch in Zukunft durchaus kontroverse, aber, ich glaube, auch fruchtbringende Diskussionen miteinander haben.

Ich freue mich, dass Sie mich eingeladen haben. Ich darf Ihnen versichern, dass wir uns auch in jeder neuen Regierung dafür einsetzen werden, dass Deutschland ein starker Partner nicht nur für die Menschen im eigenen Land ist, sondern dass Deutschland auch ein starker Partner in Europa ist.

In Europa ist Leben zurückgekehrt, fatalerweise nach der traurigen Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen. Die Verhandlungen darüber sind wichtig. Diese werden wir führen, und zwar so führen, dass möglichst wenig Schaden für uns hier in Deutschland entsteht.

Aber, meine Damen und Herren, die anderen 27 Mitgliedstaaten sind – das haben die Reden von Jean-Claude Juncker und Emmanuel Macron gezeigt – entschlossen, Europa weiterzuentwickeln. Wir haben mit Blick auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik viele Schritte gemacht, die jahrzehntelang undenkbar waren. Mit Frontex haben wir jetzt einen gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Im Hinblick auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik haben wir innerhalb von anderthalb Jahren Schritte gemacht, die vor zehn Jahren auch undenkbar gewesen sind.

Insofern freuen wir uns, wenn Sie uns nicht nur anfeuern, etwas für die Menschen in Deutschland zu tun, sondern auch für ein einheitliches Europa und für eine menschliche Gestaltung der Globalisierung. – Herzlichen Dank.

Ihnen noch gute Kongresstage und intensive Beratungen! Auf gute, kontroverse, konstruktive und manchmal auch einheitliche Zusammenarbeit! – Herzlichen Dank. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Verehrte Frau Bundeskanzlerin, vielen Dank für Ihre Worte. Noch einmal vielen Dank, dass Sie bei uns sind. Ich glaube, die Gespräche, die vor Ihnen liegen, in der Konfiguration zwischen CDU/CSU, Grünen und FDP sind für Sie und für uns alle etwas Neues. Wir sind auch neugierig.

Vielleicht sind Ihre Gedanken und Ihr Hinweis dazu richtig. Vielleicht ist es gerade das Besondere, dass es so ungewöhnlich ist. Vielleicht ist das der Innovationscharakter. Jedenfalls, Sie haben es angesprochen: Wir haben Beschlusslagen, die klar unterstützen, was die Energiewende ist und sein soll, was Klimaschutz ist und wie wir das erreichen sollen. Vielen Dank für das, was Sie gesagt haben.

Wir müssen gemeinsam einen angemessenen Weg finden – die Erfahrung haben wir in Deutschland –, den Strukturwandel so zu gestalten, dass das Ganze Unterstützung findet, dass keine Brüche stattfinden, dass die Menschen darin auch Zuversicht erkennen. Ich glaube, das ist ein Auftrag für die Gespräche. Wie gesagt, vielleicht ist es ja das Besondere, dass man jetzt ein bisschen über den einen oder anderen Tellerrand hinausschauen kann.

Das Zweite, was ich gerne aufgreife – dafür bedanke ich mich –, ist Ihr klares Bekenntnis zur Stärkung der Tarifautonomie. Wir bieten uns an, die notwendige Flexibilität, die die Digitalisierung noch einmal antreiben wird, mit der Tarifpartnerschaft, die wir haben, mit der Sozialpartnerschaft, die wir haben sollten, auch in anderen Bereichen außerhalb der Industrie zu gestalten. Dazu brauchen wir die Instrumente. Dabei gibt es Gegner. Aber wenn wir gemeinsam daran arbeiten, mehr Vertrauen zu organisieren, ist es jedenfalls ein überzeugendes Konzept sowohl für Deutschland als auch für Europa. Das sind ein Stil und eine Erfolgsgeschichte, die sich sehen lassen können.

Ich weiß, dass wir in den Gesprächen in Meseberg einige Innovationen nach vorne gebracht haben. Eine war die Frage: Wie können wir Instrumente finden, die Sozialpartnerschaft und die Tarifpartnerschaft nach vorne bringen?

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, ohne dass Sie Sorge haben müssen, dass ich jetzt meine Grundsatzrede wiederhole; das passt einfach sehr gut zu Ihren Worten. Die Digitalisierung wird vieles verändern. Wir wollen das gemeinsam gestalten. Ich habe gestern gesagt – das möchte ich wiederholen –: Eins passt nicht zusammen. In der Digitalisierung haben wir Updates im Minutentakt. Die Betriebsverfassung hat drei Releases nach dem Krieg erlebt – 1952, 1972, 2001. Es wird mal wieder Zeit. – Ich danke Ihnen, dass Sie da waren. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wir machen jetzt eine kurze Kaffeepause, weil wir hier vorne noch einmal umbauen müssen – noch nicht für die Antragskommission, sondern für die nächste Diskussionsrunde, die dann ab 16:00 Uhr stattfindet. Bitte seid pünktlich um 16:00 Uhr wieder im Saal. – Danke.

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 15:54 Uhr bis 16:07 Uhr)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Ich hatte vor der Pause schon angekündigt, dass es gleich weitergeht mit prominenten Gästen aus der Politik. Volker Wieprecht kennt Ihr schon von unserem gestrigen Parteienabend. Er wird die Diskussionsrunde zu Standortfragen moderieren. – Herr Wieprecht, die Bühne gehört Ihnen. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Hallo! Herzlich willkommen! Guten Tag! Danke noch einmal für die Einladung und für die angenehme Atmosphäre. Für alle, die gestern Abend nicht da waren: Mein Name ist Volker Wieprecht. Ich arbeite für gewöhnlich bei radioeins und bin überwältigt von Ihrer Kollegialität. Ich bin selber schon versucht, zu sagen: liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber ich begrüße Sie zunächst einmal mit einer Entschuldigung: Stephan Weil hat für heute abgesagt. Sie wissen es: der Wahlkampf! Wir bleiben aber beim Thema.

Herzlich willkommen zur Standortrunde! Anmerkungen vorzüglich zur Industrie- und Energiepolitik, natürlich aus gewerkschaftlicher, aber auch aus politischer Sicht. Was macht man da im Zeitalter der Drohne als Erstes? Man verschafft sich einen Überblick über das gesamte Land. – Clip ab!

(Filmvorführung)

Wir gehen also von einem starken Wirtschaftsstandort aus. Das waren überzeugende Bilder. Wir wollen aber auch überzeugende Argumente hören, und zwar aus gewerkschaftlicher und politischer Sicht. Wir haben zwei Gäste eingeladen, die genau darin erfahren sind, nämlich einen Standort zu stärken und ihn vorher zu avisieren.

Das ist zum einen die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer. Herzlich willkommen an dieser Stelle! (Beifall) Der Applaus gehört ganz Ihnen. Vorher wollen wir aber noch einen Film zeigen. Sie werden also doppelt honoriert, und jetzt wird auch noch Ihr schönes Bundesland porträtiert. Werfen wir einen Blick auf das Saarland. Clip ab!

(Film: Saarland)

Begrüßen Sie bitte mit mir die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer. Herzlich willkommen! (Beifall) Schön, dass Sie da sind. Ich begrüße Sie herzlich. Wir haben ja gerade einen enormen Strukturwandel in Windeseile verfolgen können. Wie gelingt denn das im Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften und Politik?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Es gelingt sehr gut. Wir kommen ja aus der Region in Europa, in der die Montanmitbestimmung erfunden wurde. Der gesamte Strukturwandel – früher bei der Kohle und beim Stahl, aber auch bei den jetzt stattfindenden Anpassungsprozessen – läuft im Saarland gemeinsam ab. Selbst die Anpassungsprozesse im öffentlichen Dienst gestalten wir zusammen mit den Gewerkschaften. Es geht nach dem Motto: Verhandeln, statt

miteinander zu streiten. Im Ergebnis ist dabei bisher für die Kolleginnen und Kollegen das bessere Ergebnis herausgekommen.

VOLKER WIEPRECHT

Und wie lautet die gemeinsame Zielsetzung? Haben Sie da Nah- und Fernziele?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBÄUER (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Die gemeinsame Zielsetzung lautet, dass wir das, was wir an guten und auch gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Region haben – das sind vor allen Dingen die Industriearbeitsplätze –, natürlich auch für die Zukunft erhalten wollen. Das ist eine große Herausforderung. Sie haben es eben selbst gesehen. Der Stahl ist unter Druck – nicht nur wegen Klimafragen, sondern auch wegen der Frage, ob wir etwa mit Blick auf China einen fairen Handel haben.

Wir haben insbesondere das Thema der Mobilität und der Automobilindustrie. Wir wollen natürlich, dass das Auto der Zukunft auch bei uns mitgebaut wird. Wir haben aber vor allen Dingen auch die Aufgabe, dort, wo wir zusätzlich sehr stark sind, nämlich im Bereich der Informationstechnologie, aus dieser guten Forschungs- und Universitätslandschaft heraus auch eigene neue Unternehmen aufzubauen, damit wir nicht in eine neue Strukturkrise mit Blick auf das Auto hineinlaufen, sondern rechtzeitig auch andere Strukturen aufbauen.

VOLKER WIEPRECHT

Im Hinblick auf die wenige uns zur Verfügung stehende Zeit erst einmal herzlichen Dank bis hierhin. Wir sehen uns gleich in der Runde wieder. Vielen herzlichen Dank. (Beifall)

Zu der Diskussion haben wir auch einen illustren Niedersachsen eingeladen, der sich freut, in seiner Heimat aufspielen zu können. Aber blicken wir erst einmal auf das Land selber. Clip ab!

(Film: Niedersachsen)

Ich heiße herzlich willkommen von den Grünen das Mitglied des Deutschen Bundestages, Jürgen Trittin. Herzlich willkommen! (Beifall) Hallo, Herr Trittin; schön, Sie zu sehen. Kurz eine halb patriotische Frage: Ist das noch ein Heimspiel, oder sind Sie der Bundespolitik jetzt so weit anheimgefallen, dass Sie schon vergessen haben, aus welchem Land Sie stammen?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Nein, ich habe fast acht Wochen Wahlkampf vor allen Dingen in Niedersachsen hinter mir. Das war auch ein schönes Wiedersehen an vielen Orten. Ich habe, glaube ich, keine mittlere Stadt ausgelassen.

VOLKER WIEPRECHT

Dann machen wir nach der Wahl weiter. Denn Sie gehören der Sondierungstruppe der Grünen für Jamaika an. Welche Rolle wird denn im Rahmen dieser Verhandlungen Industriepolitik für die nächste Bundesregierung tatsächlich spielen?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich glaube, dass sie eine große Rolle spielen wird. Ich kann, ohne unfair zu sein, wohl sagen, dass für CDU und CSU, aber auch für Grüne gilt: Wir wollen die industrielle Wertschöpfung in Deutschland erhalten. Dazu muss man sich den Herausforderungen auf den Weltmärkten stellen. Wir haben eben das Beispiel Stahl gesehen. Die Stahl-

märkte – hier ist Niedersachsen besonders betroffen; Stichwort: Salzgitter AG – sind von subventionierten weltweiten Überkapazitäten geprägt. Alles das sind Herausforderungen, mit denen wir hier am Standort auch fertigwerden müssen.

VOLKER WIEPRECHT

Gibt es eine rote Linie, die Sie uns jetzt einmal kurz verraten möchten, wo Sie „Da gehe ich nicht drüber“ oder „Die packe ich weg“ sagen?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Wissen Sie, wenn man in Verhandlungen geht, hat man immer eine rote Linie. Aber die Kolleginnen und Kollegen, die hier Tarifverhandlungen führen, wissen: Man hat zwar eine rote Linie; man spricht sie aber nicht aus.

VOLKER WIEPRECHT

Dann schweigen wir still und freuen uns auf das nachfolgende Gespräch. Danke schön, Herr Trittin! (Beifall)

Sie merken ganz eindeutig: Da fehlt noch jemand auf der Bühne, nämlich die Gewerkschaft. Deshalb begrüßen Sie bitte aus Ihren Reihen zum einen den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Bayer AG, Oliver Zühlke. Herzlich willkommen, Herr Zühlke! (Beifall) Zum anderen begrüßen Sie bitte Francesco Grioli, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE. Herzlich willkommen, Herr Grioli! (Beifall)

Industrie- und Energiepolitik werden uns wahrscheinlich in den verbleibenden nächsten 40 Minuten schwerpunktmäßig beschäftigen. Beginnen wir aber erst einmal mit einem starken Land, nämlich der Bundesrepublik Deutschland: starke industrielle Struktur, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es gibt eine gute Infrastruktur. Die Wirtschaft steht also im Herbst dieses Jahres gut da. Was muss denn aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Einfallsperspektive, geschehen, damit das auch genauso bleibt, wenn nicht gar sich verbessert, Frau Kramp-Karrenbauer?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Hier stellt sich natürlich die Frage der Rahmenbedingungen, die wir haben. Zum Ersten sind wir allesamt in Deutschland – das gilt auch für weite Teile der Industrie im Saarland – exportorientiert. Das heißt, dass wir klare und verlässliche Regeln brauchen, was das Thema Welthandel anbelangt. Zum Zweiten haben wir zwei Entwicklungen, die uns in einem besonderen Maße betreffen. Das eine ist das Thema Digitalisierung, das eine Riesenrolle spielt. Es werden neue Prozesse entstehen. Es wird Auswirkungen auf die Arbeitsplätze geben. Das andere ist, dass wir zunehmend eine ganz große Herausforderung haben – das habe ich nicht nur bei mir im eigenen Land, sondern in diesen Tagen auch hier in Niedersachsen erlebt; ich war auch hier in den ländlichen Regionen unterwegs –, nämlich das Thema Fachkräftemangel. Deshalb müssen wir zum einen schauen, wie wir alle Potenziale, die wir selbst hier in Deutschland haben, unterstützen und ausbauen können, und zum anderen sehen, was wir auch noch an zusätzlichen Fachkräften von außen brauchen und wie wir das so zusammenbekommen, dass unsere Gesellschaft da auch beieinander bleibt. Das ist aus meiner Sicht die große Herausforderung.

VOLKER WIEPRECHT

Beginnen wir schon mit der Kooperation, oder gibt es da noch Widerworte Ihrerseits, Herr Trittin, oder zumindest kleinere Ergänzungen? Der Kanzlerin haben Sie – ich habe es auf dem Bildschirm gesehen – oft zugestimmt. Ein gutes Zeichen?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich glaube, dass wir uns eins klarmachen müssen: Die Veränderungen in der Arbeitswelt, die durch die Digitalisierung entstehen, verbunden mit dem Fachkräftemangel setzen für uns die Aufgabe, die Befähigung, bis in ein höheres Alter – ich meine jetzt nicht über 65 oder 67 hinweg, sondern bis dahin – zu arbeiten, tatsächlich hinzubekommen. Dazu zählt nicht nur Qualifikation; dazu gehören auch Arbeitszeitregeln, die dies ermöglichen. Das ist, glaube ich, die Herausforderung.

Wir leisten es uns alle gerne, über die Kultur der Altersteilzeit zu sprechen, und stellen dann fest, wenn wir in unseren Betrieben sind: Die Kolleginnen und Kollegen in meinem Alter sind schon immer in der Minderheit, aber eigentlich bräuchten wir sie mit ihren Qualifikationen. Wenn wir ihnen eine anständige Arbeit anbieten, würden sie häufig gerne noch länger arbeiten.

VOLKER WIEPRECHT

Herr Zühlke, Herr Grioli, haben wir gerade Worte gehört, die auch aus Ihrem Munde hätten kommen können? Oder sagen Sie: „Na, da fehlt aus gewerkschaftlicher Sicht aber noch der eine oder andere Punkt“?

OLIVER ZÜHLKE (Leverkusen)

Da fehlen sicherlich noch einige Punkte. Was wir als Betriebsräte, glaube ich, ganz deutlich sagen können, ist, dass der Standortvorteil Nummer eins hier in Deutschland unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sind. Das hat viel mit der Ausbildung zu tun, mit der Innovationskraft, die sie aus der dualen Ausbildung und aus dem Studium heraus haben, mit dem Prozess- und Anlagenverständnis unserer Menschen hier, mit der Agilität, die sie beweisen. Das geht weit über Themen wie Bildung und Qualifizierung oder Arbeitszeiten hinaus.

Wenn man erkennt, dass das der Standortvorteil Nummer eins ist – so sehe zumindest ich als Betriebsrat das –, muss man da ein relativ breites Handlungspaket diskutieren, das man dann auch für die Kolleginnen und Kollegen angehen kann.

VOLKER WIEPRECHT

Herr Grioli.

FRANCESCO GRIOLI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Ich kann es kurz machen: Ich unterstreiche das natürlich; das stimmt. Der Standortvorteil Nummer zwei sitzt hier vor mir. Ich glaube, die Mitbestimmung ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, (Beifall) die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Ein paar sind eben schon angesprochen worden.

Wir haben einen Wandel vor uns, ob demografisch, technologisch oder durch die Digitalisierung. Das alles geht besser mit den Menschen. Das bedeutet: starke Betriebsräte, starke Gewerkschaften, starke Sozialpartner, die auch Lösungen entwickeln.

VOLKER WIEPRECHT

Wie sehen Sie angesichts des Strukturwandels in Ihrem Land die Rolle der Automobilindustrie als Kernbranche in der Zukunft?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Es ist in dem Film eben deutlich geworden: In unserer Region ist der prozentuale Anteil der Automobilindustrie an der gesamten industriellen Wertschöpfung am höchsten, auch gemessen an der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

VOLKER WIEPRECHT

Die Kanzlerin hat für den bundesweiten Anteil 20 Prozent genannt. Wie hoch ist er bei Ihnen?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBÄUER (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Der Anteil ist genauso hoch. Aber der Punkt ist, dass das unsere Kernindustrie ist. Das Problem liegt nicht nur in der eigentlichen Produktion des Autos, sondern vor allen Dingen im Zuliefererbereich. Der größte Teil der Zuliefererindustrie bei uns ist sehr stark auf den Verbrennungsmotor fokussiert.

Das heißt, für uns ist die Diskussion über die Zukunft des Verbrennungsmotors ganz konkret mit der Frage verknüpft: Wie sieht es in der kurzfristigen Perspektive für die Arbeitsplätze und für die Menschen aus? Deswegen ist es unser Ziel, dass wir in der Automobilindustrie alles, was sich im Bereich der Mobilität entwickelt, in einem Prozess anlegen, dass das Automobil der Zukunft – elektrifiziert, Hybridmodell, was auch immer – auch bei uns produziert wird, dass dazu auch Zulieferer weiter zum Tragen kommen.

Es muss gerade mit Blick auf die Umweltverträglichkeit und die Klimaverträglichkeit auch in der Gesamtbilanz stimmen. Wir haben ja an der französischen Grenze so etwas Schönes wie das Atomkraftwerk Cattenom liegen. Für mich als Saarländerin ist die umweltpolitische Vorstellung, dass ich vielleicht nur noch Elektroautos habe, die aber dann allesamt mit Atomstrom aus Cattenom betrieben werden, auch nicht wirklich eine erstrebenswerte Vision. Das muss einfach mit dazukommen. (Beifall) Das heißt, die Mobilitätswende geht auch nur mit der Energiewende zusammen.

VOLKER WIEPRECHT

Herr Trittin, ich überlege gerade, wer auf der Bühne dazu vielleicht etwas sagen möchte.

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich sage erst mal etwas, was vielleicht einige verwundern wird. Ich mache mir Sorgen, und zwar gerade als Niedersachsen. In Niedersachsen ist jeder siebte Arbeitsplatz direkt von VW abhängig, und viele andere sind es indirekt. Hinter dem Dieselskandal oder der Betrugerei oder wie immer man das bewerten will, steckt eine verfehlte industriepolitische Strategie. Die deutsche Automobilindustrie hat geglaubt, sie könne die Märkte der Welt mit verbrauchsarmen, sauberen Dieseln aufrollen; das war die Grundidee.

Diese Strategie, die sie zehn Jahre verfolgt hat, ist krachend gescheitert. Das kann man sich an den Marktzahlen anschauen: Die USA haben unter 2 Prozent, China um 1 Prozent, Japan unter 1 Prozent, Brasilien null, und in Indien ist der Diesel gerade verboten worden. Vor diesem Problem stehen wir.

Wenn wir die Entwicklung hin zu autonomen Fahrzeugen, die auch anders angetrieben werden, hinnehmen, stehen wir vor einem gigantischen Strukturveränderungsprozess.

Wir müssen erreichen – neben der Chemie sind die Automobilindustrie und der Maschinenbau die industriellen Säulen Deutschlands –, dies so umzubauen, dass wir auch weiterhin diese Rolle auf den Märkten der Welt spielen können. Man kann das kleinräumig diskutieren. Wir haben beispielsweise in Salzgitter ein Motorenwerk. Dieses Motorenwerk ist natürlich bei einem Ende des Verbrennungsmotors gefährdet. Wir haben auf der anderen Seite hier in Hannover Johnson Controls bzw. Varta, Unternehmen aus Ihrem Organisationsbereich. Diese werden von so etwas profitieren. Aber es geht darum, diesen Strukturwandel zu gestalten.

Aus den Diskussionen um den Steinkohlebergbau haben wir doch gelernt: Es nützt nichts, die Augen zuzumachen und zu hoffen, dass das schon vorbeigeht, sondern wir müssen es aktiv gestalten. Das ist die Herausforderung, vor der wir in der Bundesrepublik Deutschland, vor der die Gewerkschaften, vor der die Politik, aber eben auch die Arbeitgeber stehen.

VOLKER WIEPRECHT

Haben Sie denn vor die Gestaltbarkeit das Ende des Verbrennungsmotors gesetzt? Die Grünen haben sich ja entschieden: 2030 ist Ende Geländewagen – im wahrsten Sinne des Wortes. Das muss ja auch irgendwann mal umgesetzt werden. Wie kann das denn aus industriepolitischer Sicht verantwortlich umgesetzt werden?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich mag das ja kaum noch sagen: Wahrscheinlich sind die Grünen da nicht so richtig ambitioniert gewesen. Wenn ich sehe, was sich zurzeit, übrigens gar nicht aus umweltpolitischen, sondern aus standortpolitischen, industriepolitischen Erwägungen, in China tut, so wollen die ein solches Verbot verhängen, und es ist nicht ausgemacht, dass das nicht vor 2030 liegt.

Wenn dann angesichts der Elektroautoquote auf dem nach den USA und China wichtigsten Automobilmarkt der Welt, nämlich Deutschland, die Unternehmen nicht liefern können, haben wir ein echtes Problem. Solche Daten dienen also immer dazu, ein Stück Planungssicherheit zu geben. Meine Erfahrung aus solchen Daten ist immer: Zuerst kämpft die Industrie wie verrückt dagegen an – manchmal helfen auch Gewerkschaften beim Kampf dagegen –, und wenn das Datum dann steht, ist man ganz stolz, dass man es drei Jahre vorher schon erreicht hat. So wird es hier auch sein. Da bin ich ganz zuversichtlich, was die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie angeht.

VOLKER WIEPRECHT

Frau Kramp-Karrenbauer würde Ihnen, glaube ich, so schnell nicht helfen. Herr Grioli scheint jetzt noch nicht die Faust in der Tasche zu ballen.

FRANCESCO GRIOLI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Doch. Sie sehen, links ist es schon ein bisschen geballt. – Spaß beiseite! Sie haben von Wandel gesprochen, Herr Trittin, und Sie haben von Zahlen gesprochen, die helfen, den Druck zu erhöhen. Ich schaue ganz anders darauf. Ich glaube, eine Ausstiegslogik für Verbrennungsmotoren oder für Kohle ist Unsinn, weil wir bei beiden Themen Innovationen brauchen; ich komme gleich noch einmal darauf. Die große Herausforderung ist nicht der Kohleausstieg oder der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, sondern Sie müssen sagen, wie Sie bei einem Ausstieg die Leistung erbringen wollen.

Deswegen brauchen wir – und das macht ein Teil unserer Leute in den Betrieben und ein Teil unserer Branchen – Innovationen, Investitionen, Batterien, Zelltechnik, Stromspeicher und Netze. All diese Fragen müssen beantwortet werden, und das gelingt nicht mit einem Wettbewerb der Zahlen. Das ist Unfug. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Frau Kramp-Karrenbauer.

ANNEGRET KRAMP-KARRENBÄUER (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Ich kann das nur unterstreichen. Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht über falsche Alternativen diskutieren. Es geht hier nicht um die Frage, ob wir heute nur noch Verbrennungsmotoren produzieren und in Zukunft keine Elektroautos mehr produzieren. Natürlich führt der Trend hin zur Elektromobilität, und er wird getrieben werden von

den Kundinnen und Kunden. Für sie ist entscheidend, ob sie sich das Fahrzeug leisten können, ob es finanzierbar ist, ob es praktikabel ist. Sie stellen sich die Frage, ob es genug Ladestellen gibt, ob die Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Eine Kaufentscheidung wird aber auch noch von anderen Fragen bestimmt werden.

Wir können eines aus dem Kohleausstieg lernen. Ja, das war ein sehr schwieriger politischer Prozess, aber wir haben damit auch in Kauf genommen, dass wir heute Kohle aus anderen Ländern importieren, in denen zum Teil unter Bedingungen abgebaut wird – das sage ich auch mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte –, (lebhafter Beifall) die im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft nicht wirklich verträglich sind.

Wenn ich mir anschau, unter welchen Bedingungen zurzeit die Seltenen Erden gefördert werden, die man für Batterien braucht, und unter welchen Bedingungen Batterien produziert werden, dann gehört das für mich auch in eine Gesamtbetrachtung hinein. Deswegen sage ich: Wir brauchen einen Prozess. Das Thema lautet „Wandel“. Ich komme aus einem Land, das weiß, wie lange man braucht, bis man einen Strukturbruch verkraftet hat. Ich möchte meinen Menschen im Saarland aber keinen Strukturbruch zumuten. Ich möchte einen Wandel, und für diesen Wandel brauche ich geordnete Prozesse, vernünftige Zeitabläufe und vernünftige Zielsetzungen. Das heißt, wir werden noch eine gewisse Zeit Verbrennungsmotoren und Elektromobilität brauchen. (Lebhafter Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Das heißt, 2030 ist eine „Wäre schön, wenn“-Zahl und keine „Muss“-Zahl. Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Trittin?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Also, ich will noch einen Aspekt zum Nachdenken mitgeben. Ich habe bewusst nicht mit dem angefangen, was Jürgen Trittin oder die Grünen wollen, und ich bin bei Ihnen, Herr Grioli: Wir brauchen das.

Es gibt eine Partei in diesem Land, die seit zehn Jahren mit der Automobilindustrie darüber streitet. Als VW damals entschieden hat, nicht in die Batterieforschung zu investieren, sondern Batterietechnologie in Südkorea und Japan einzukaufen, habe ich das scharf kritisiert. Ich musste mir von dem damaligen Umweltminister, meinem Amtsnachfolger, sagen lassen, das hieße Kyoto-Protokoll und nicht Toyota-Protokoll.

Nun stelle ich dummerweise zehn Jahre danach fest, dass erwähnter Automobilhersteller heute bis in den Kleinwagenbereich mit der Hybridtechnologie auf dem Markt ist, dabei bessere CO₂-Werte erreicht als die deutsche Automobil- und Dieselindustrie und wir nicht liefern können. Das ist ein Problem, das wir gemeinschaftlich haben. Das heißt, wir sind in diesen Prozess – das haben Sie auch gesagt, Frau Kramp-Karrenbauer – zu spät eingestiegen. Das ist doch der Grundbefund. Daher sind wir heute in der Situation, dass die deutsche Automobilindustrie angesichts einer Elektroquote auf dem zweitwichtigstem Markt der Welt, China, nicht liefern kann. Das muss sich ändern. Dazu müssen wir hier einen Heimatmarkt kreieren, der Stückzahlen ermöglicht, damit wir Lernkurven haben und die Kosten sinken. Auch das ist, glaube ich, Konsens unter uns.

Wenn das so ist, muss man doch fragen, wie die Rahmenbedingungen dafür aussehen. Dazu gehören die Förderung und der Ausbau der Infrastruktur; hier sind wir einen kleinen Schritt vorangekommen, aber nicht weit. Dazu gehören aber auch klare Vorgaben, was Automobile künftig verbrauchen dürfen. Denn andernfalls wird sich die Produktion nicht ändern.

Diesen Prozess zu gestalten, das wird die eigentliche Kunst sein. Ich glaube, wenn wir ihn nicht gestalten, dann werden wir an den Märkten der Welt vorbeiproduzieren, und

dann werden wird es bei uns zu den Strukturbrüchen kommen, die Sie zu Recht befürchten. Ich möchte die nicht.

VOLKER WIEPRECHT

Herr Zühlke, Stichwort „Weltmarkt“. Sie selbst sind in der Chemischen Industrie natürlich immer bedrückt, aber auch herausgefordert, auf dem Weltmarkt zu bestehen. Innovationen werden in Ihrer Branche permanent gefordert. Wie sind denn da die Rahmenbedingungen? Ideal? Ausbaufähig? Was beobachten Sie in Bezug auf Forschungsförderung, Qualifikationsniveau und Weiterbildung?

OLIVER ZÜHLKE (Leverkusen)

In vielen Bereichen wurden wir mittlerweile abgehängt. Daher ist auch die Politik gefragt, und ich habe eine Forderung an die Politik, die sie auch bei der Regierungsbildung berücksichtigen sollte.

Stets heißt es: Na ja, wir brauchen den Wandel und die Innovationskraft, um Zukunftsideen auch umsetzen zu können. – Dann muss man sich aber auch die Frage stellen, was andere Länder in Europa machen, um ihre Innovationskraft zu stärken. Da haben uns andere europäische Länder mittlerweile abgehängt. Themen wie Forschungsförderung oder „steuerliche Erleichterungen“ werden in anderen Ländern mittlerweile ganz anders geregelt. Eigentlich müsste das eine klare Aufgabe der öffentlichen Hand sein.

Daher habe ich gerade mit Interesse verfolgt, was Frau Merkel gesagt hat, dass es nämlich zumindest in der Union ein Umdenken gibt, wenn es darum geht, kleine und mittelständische Unternehmen, Mittel- und Kleinbetriebe und andere in eine staatliche Forschungsförderung einzubeziehen und das zu diskutieren. Ich hoffe, dass sie im Rahmen der Regierungsbildung Partner dafür findet. Es geht bei solchen Themen auch nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern man kann es an Forschungs- und Entwicklungsausgaben koppeln, sodass man bestimmte Prozentsätze an Fördergeldern fließen lässt. Das wäre eine konkrete Forderung, um die Forschungsförderung und den Wandel zu fördern, damit wir im europäischen Vergleich nicht weiter abgehängt werden.

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Jetzt versuchen Sie aber, mich katholisch zu machen, obwohl ich das schon bin. Also, ich bin eigentlich nicht katholisch, aber in dieser Frage bin ich es schon. (Vereinzelt Heiterkeit) Denn wir haben das in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013 immer schon gefordert. Das war immer schon in unserem Wahlprogramm, weil wir der Auffassung waren, dass kleine und mittelständische Unternehmen in ihrer Forschungsleistung steuerlich besser gefördert werden müssen. Ich freue mich, dass mittlerweile, wie vielleicht zuvor beim Atomausstieg und der Ehe für alle, die CDU bei der grünen Position angekommen ist.

OLIVER ZÜHLKE (Leverkusen)

Dann fehlt ja nur noch ein Partner.

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Na ja, dann haben wir schon mal einen Punkt, den wir nächsten Freitag bei der Sondierung abhaken können.

Der Punkt ist, dass in den letzten Jahren – das hat sich wirklich auch als Vorteil erwiesen; ich habe das in der eigenen Universität erlebt – nach der Wirtschafts- und Finanzkrise im Vergleich zu anderen Staaten die Universitäten und Hochschulen vom Bundeshaushalt her relativ gut gefördert worden sind. Das hat bei mir zum Beispiel dazu geführt, dass Forscher, die nach Amerika ausgewandert sind, wieder zurückgekommen

sind, weil dort mit Blick auf die Krise viele private Gelder weggefallen sind und sie gesagt haben: Hier, in Deutschland, haben wir einen guten Boden.

Ich – und das sage ich jetzt bewusst als jemand, der aus dem Saarland kommt – habe mir schon lange gewünscht, dass wir gerade die kleinen und mittleren Unternehmen stärker fördern. Denn wir haben im Saarland eine Wirtschaftsstruktur, in der die großen Betriebe zwar produzieren, die Forschungszentralen aber in anderen Bundesländern angesiedelt sind. Es ist vor allen Dingen dann schwer, wenn man viele kleine und mittlere Betriebe hat, die innovativ sein wollen, dies aber aus eigener Kraft nicht schaffen. Die brauchen entsprechende Unterstützung. Deswegen ist es gut, wenn wir gerade diese kleinen und mittleren Unternehmen staatlicherseits unterstützen, und wenn das eines der nächsten Projekte für die nächsten Jahre wäre, dann wäre es umso besser.

OLIVER ZÜHLKE (Leverkusen)

Darf ich nur einen Halbsatz noch einwerfen?

VOLKER WIEPRECHT

Ja.

OLIVER ZÜHLKE (Leverkusen)

Bitte denken Sie daran, dass auch in unseren größeren Unternehmen – Bayer, BASF und andere – der Vorstand sagt: In Frankreich oder sonst wo rechnet sich das bei so und so viel Millionen Euro Investitionen anders. – Solche Standortentscheidungen hängen von diesen Themen ab. Das ist nicht nur ein KMU-Thema, sondern generell ein Forschungsförderungsthema.

VOLKER WIEPRECHT

Da so viel Einhelligkeit herrscht, möchte ich Sie ganz kurz erschrecken und mit einem Horrorszenario anfangen: Was lesen Sie eigentlich abends? Lesen Sie Horrorbücher? (Heiterkeit) Oder lesen Sie andere Parteiprogramme?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich habe mir gerade erst gestern „Blue Eyes“ von Jerome Charyn weggelegt. Das ist ein Krimi, der in New York spielt und in dem ein jüdischer Polizist vorkommt.

VOLKER WIEPRECHT

Frau Kramp-Karrenbauer, haben Sie aktuell Zeit zum Lesen?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Ja, ich habe Zeit zum Lesen. Ich versuche mich dann meistens in Kriminalromanen.

VOLKER WIEPRECHT

Sehr gut.

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Denn ich habe ein Problem: Wenn ich abends Parteiprogramme lese, schlafe ich in der Regel darüber ein. Insofern ist das eher etwas für den Tag und nicht für die Nacht. (Heiterkeit)

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich kann aber allen sagen, die es in der Zeitung gelesen haben: Es stimmt. Robert Menasse hat für „Die Hauptstadt“ zu Recht den Deutschen Buchpreis bekommen. (Beifall) Das ist wirklich ein lesenswertes Buch.

VOLKER WIEPRECHT

Sie ahnen es vielleicht: Ich komme durch die Hintertür. Ich wollte Sie fragen, ob Sie auch den Actionthriller „Blackout“ gelesen haben. Dieser schildert das Horrorszenario, dass in Deutschland die Lichter ausgehen – und nicht nur die Lichter. Es geht um das Energiesystem und die möglichen Fragen, die man an die Stabilität stellen kann. Also, teilen Sie die Bedenken? Ist ein Blackout möglich?

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Natürlich ist ein Blackout möglich. Der letzte größere Blackout ist verursacht worden, als ein Kreuzfahrtschiff der Meyer-Werft über die Ems ausgeführt wurde und man dafür eine Stromleitung unterbrechen musste. Da war es in ganz Italien dunkel.

Das war der letzte größere Blackout.

Ansonsten sind die Blackout-Zeiten in Deutschland insgesamt gesunken. Wir sind – man kann sagen: leider oder dafür – mittlerweile in einer Situation, in der wir so viel Strom exportieren, dass zum Teil sehr saubere Kraftwerke, wie zum Beispiel Schweizer Wasserkraftwerke, aus dem Markt gedrängt werden. Hier haben wir energiepolitisch in Europa ein echtes Problem. Der Aufwuchs erneuerbarer Energien und das Festhalten an sehr CO₂-intensiver Kohleverstromung führen dazu, dass Deutschland sehr viel exportiert.

Sie haben eben das Beispiel von Cattenom genannt. Frau Kramp-Karrenbauer, womit würden dann die Autos fahren? Ich muss in aller Bescheidenheit nur darauf hinweisen: Die Import-/Export-Bilanz zwischen Deutschland und Frankreich ist eindeutig. Deutschland exportiert viel mehr nach Frankreich als umgekehrt.

VOLKER WIEPRECHT

Die Stabilität ist also aus Ihrer Sicht gewährleistet, Frau Kramp-Karrenbauer.

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Die Stabilität muss immer wieder neu gewährleistet werden, und zwar nicht nur die Stabilität des Netzes insgesamt, sondern vor allen Dingen auch die Verlässlichkeit, die Grundlastfähigkeit. Denn mit Blick auf den Bedarf bei uns, auf die intensiven Energieunternehmen, die wir haben, können die sich halt nicht erlauben, zu sagen: Wir produzieren dann, wenn gerade die Sonne scheint oder wenn wir Wind haben, sondern die brauchen zu den entsprechenden Tages- und Nachtzeiten eine gleichbleibende Qualität an Stromversorgung. (Beifall)

Deswegen brauchen wir aus meiner Sicht auch einen Mix. Solange wir in der Speichertechnologie noch nicht weiter sind, müssen wir mit einem Mix arbeiten: Was bietet uns die Grundlast? Was kommt ergänzend hinzu?

Ich sage noch ein Zweites dazu. Diese Energie muss auch bezahlbar bleiben. Sie muss bezahlbar bleiben als Standortfaktor für die Unternehmen. Sie muss aber auch bezahlbar bleiben für jeden Einzelnen, der Strom verbraucht oder der Energie verbraucht. (Beifall) Da haben wir mittlerweile allerdings auch die Situation, dass wir – natürlich auch durch politische Entscheidungen getrieben – hier Kostenfaktoren draufgesetzt haben.

Wenn wir bei uns zum Beispiel in sozialschwachen Gebieten mittlerweile eigene Instrumentarien haben, um zu verhindern, dass Menschen der Strom oder die Heizung abgestellt wird, weil sie die Rechnung nicht mehr bezahlen können, dann hat das durchaus auch das Potenzial, sich zu einer sozialen Frage auszuwachsen. Auch das müssen wir im Auge behalten. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Nicht nur die Energiewende und ihre Kosten, sondern gerade auch die Verteilung der Kosten rückt bei Ihnen nun doch mehr und mehr in den Mittelpunkt. Was ist denn Ihre Perspektive dazu?

FRANCESCO GRIOLI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Zur Stabilität wurde bereits etwas gesagt. Aber die Frage der Kosten und der Wettbewerbsfähigkeit ist natürlich in energieintensiven Branchen – und wir haben hier energieintensive Branchen – gegeben. Aber wenn wir die Kolleginnen und Kollegen aus der Gasindustrie oder aus der Keramik nehmen oder wenn wir über Hochöfen reden, dann ist es natürlich schwer. Wenn wir dann in Tarifverhandlungen sind und es um die Frage von Löhnen und Gehältern geht, und ich schaue mir den Entgeltteil an und ich schaue mir den Energiekostenanteil an, dann ist da richtig Druck auf dem Thema.

Meine Sorge ist – weg von den großen Debatten, die immer mal wieder hochkochen –, dass wir das natürlich auch bei Investitionsentscheidungen sehen. Wenn so ein Hochofen mal wieder ausgebaut werden muss, dann stellt sich die Frage: Wie macht man das hier? Wie ist das hier mit den Energiekosten? Wenn wir dann dadurch Gute Arbeit verlieren, dann ist da richtig Preisdruck drauf.

Ich will aber die Frage der Kosten auch noch einmal kurz aus der Sicht unserer Kolleginnen und Kollegen und der Menschen im Land beschreiben. Ein Vier-Personen-Haushalt zahlt heute etwas mehr als 100 Euro im Monat für Strom. Davon entfallen mittlerweile – das ist ein Rekordanteil – 55 Prozent auf Steuern, Abgaben und Umlagen. Den größten Posten verursacht das EEG. Die Tendenz – das wissen wir alle – ist eher steigend.

Wir beklagen es schon lange, dass bei dem Strompreis die EEG-Umlage vor allem die einkommensschwächeren Haushalte trifft. Das ist auch eine Frage von sozialer Balance. Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Die meisten wohnen zur Miete. Die können sich auf ihrem Dach keine Solaranlage installieren. Deswegen sagen wir auch: Wir fordern ein steuerfinanziertes Modell.

Mich würde natürlich interessieren – das wäre gerechter: EEG-Umlage raus, steuerfinanziertes Modell –: Was halten Sie von so etwas, Herr Trittin, Frau Kramp-Karrenbauer? Ich mache hier gerade den Moderator. Aber unterstützen Sie so etwas?

VOLKER WIEPRECHT

Sie machen das gut. (Heiterkeit)

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Das von Wieprecht. Das ist ein echtes Kompliment. (Heiterkeit und Beifall)

Ich finde, man muss die Sachen mal ein bisschen sortieren.

Erstens. Es ist ein Unterschied, ob wir über die Strompreisbelastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern reden oder von den Stromkosten der Industrie. In Deutschland sind – das kann man alles nachlesen – die Strompreise in den letzten Jahren drastisch gesunken. (Widerspruch) – Ja.

VOLKER WIEPRECHT

Vielleicht ganz kurz die Quelle.

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Sie können das an der Leipziger Strombörse nachlesen. (Große Unruhe) – Aha, ich merke schon. Als wir den Atomausstieg beschlossen haben, das EEG, lag der durchschnittliche Strompreis bei acht Cent je Kilowattstunde. Wir sind heute bei zwei und drei Cent je Kilowattstunde.

Dieses kommt nicht bei mir und nicht bei Ihnen an, aber es kommt bei den Unternehmen an, die in der Lage sind, an der Börse Strom zu kaufen, teilweise fünf Jahre im Voraus. Das führt zu dem Ergebnis – auch das kann man in den entsprechenden Gutachten nachlesen –, dass dies bei der Frage einer besonders hohen Belastung deutscher Industrieunternehmen, auch der stromintensiven Industrie, im Verhältnis zu Wettbewerbern in Europa in der Regel einer näheren Überprüfung nicht standhält. Das hat damit zu tun, dass der damalige Umweltminister Jürgen Trittin zum Beispiel eine solche energieintensive Industrie von der KWK-Umlage, von der EEG-Umlage befreit hat. Das ist das, was wir als Haushalte zusätzlich bezahlen.

Was ich nicht gemacht habe – das ist allerdings ein echtes Problem –, das ist, dass ich diese Ausweitung so gemacht habe, dass das auch für Unternehmen in Frage kommt, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, zum Beispiel für die schönen Schlachthöfe für Puten und Hühner bei uns im Emsland, wo auch überhaupt keine Lohnkosten anfallen, weil die dort alle scheinselfständig sind. Die sind davon befreit. Das bezahlen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch Ihre EEG-Umlage mit. Ich bin der Auffassung, dass das beendet werden muss. Wenn man das für diesen Teil der Industrie beendet, dann würde die EEG-Umlage schon mal um einen Cent je Kilowattstunde sinken.

Zweite Bemerkung. Ich bin auch der Auffassung, dass man die Frage der Stromsteuer neu diskutieren muss. Das macht einen weiteren Cent aus.

Und ich bin schließlich auch der Auffassung, dass wir damit aufhören müssen, vor lauter Angst an dieser Stelle den Ausbau erneuerbarer Energien weiter zu bremsen. Das kostet nämlich Arbeitsplätze. Und ich bin nicht bereit, Arbeitsplätze gegen Arbeitsplätze zu verrechnen.

In der Branche der erneuerbaren Energien sind zwischen 2015 und jetzt 70.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Ich komme aus einer Region vor Ostfriesland. Da gab es Arbeitslosenquoten, die mit denen von Ostdeutschland vergleichbar waren. Da gibt es heute industrielle Wertschöpfung. Da gibt es eine Gießerei. Da gibt es eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit. Das ist die Branche, die zurzeit akut davon gefährdet ist, dass mit dem jetzigen System der EEG es zu einem Auftragseinbruch bei der Produktion von Windturbinen kommt.

Ich finde, wir haben da eine gemeinsame Verantwortung. Wir wollen industrielle Arbeitsplätze in diesem Lande erhalten. Das gilt für alle. Es gibt keine guten, und es gibt keine schlechten. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Wenn das jetzt eine Aussage innerhalb der Koalitionsverhandlungen gewesen wäre, sagen Sie dann: Okay, machen wir, schreiben wir so auf. Oder sagen Sie: eine kleine Korrektur meinerseits?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBÄUER (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Ich muss schon noch mal korrigieren. Die ersten Beispiele, die hier genannt worden sind für die in der Tat überschießende Tendenz, was sozusagen befreit wird auch als energieintensive Betriebe von den Umlagen, sind wir in den letzten Jahren unter anderem auch in der Beteiligung auch von rot-grünen Landesregierungen in vielen Verhandlungen ebenfalls korrigiert worden. Nun kann man darüber streiten, ob das ausreicht, dass es korrigiert wurde oder nicht. Aber Schritte davon weg sind ja passiert.

Der zweite Punkt ist, dass wir natürlich einen Teil dieses Kostenanstiegs, den wir haben, auch dadurch haben, weil wir eben in einer besonderen Art und Weise erneuerbare Energien nach wie vor fördern und anreizen, damit sie sich sozusagen auch stärker ausbreiten können. Da kommen wir in der Tat aus meiner Sicht jetzt an einen Punkt, an dem das in der Belastung auch an eine Grenze kommt: in der Belastung der Einzelhaushalte, aber eben auch zunehmend in der Belastung durch den Preis insgesamt.

Ich kann mit Blick auf die Frage der erneuerbaren Energien nur sagen: Ich stehe dazu; wir brauchen den Ausbau, weil irgendwoher die Energie und der Strom ja auch kommen müssen. Niemand von uns will ja zur Atomenergie zurück. Natürlich verdient auch das Stahlunternehmen bei mir mit seinem Stahl. Und für das Stahlunternehmen ist es unerheblich, ob der Stahl für ein Kraftwerk welcher Convenience auch immer geliefert wird oder ob er etwa für das Windrad einer Windmühle geliefert wird.

In meinem Heimatland findet zurzeit der Ausbau einer Grenze in der Akzeptanz der Menschen. Das ist vielleicht im Emsland oder in Ostfriesland kein Problem. Aber in einem dicht besiedelten Raum wie dem Saarland können Sie etwa mit Blick auf die Frage der Windhöflichkeit und wie nah man ein Windrad an die Häuser der Menschen heranrückt, nur begrenzt agieren. Die Energiewende lebt auch davon, dass sie entsprechend akzeptiert wird. (Beifall) Deswegen müssen wir schauen, ob wir über die Stromsteuer eine Entlastung schaffen können; denn der Preis insgesamt darf nicht durch die Decke schießen.

Wir müssen aber bei der Energiewende insgesamt auch schauen: Was können wir eigentlich noch stärker dazu beitragen, dass wir den Energieverbrauch senken? Denn das ist aus meiner Sicht im Grunde genommen mit die klügste Strategie, die man fahren kann.

Auch müssen wir noch viele Strukturen besser anpassen. Wir haben ja über das Thema Verteilnetze und über die Frage, wer für was zuständig ist, überhaupt noch nicht gesprochen.

VOLKER WIEPRECHT

Das war ohnehin eine Tour de Force durch ein weites Terrain: von alternativen Energieformen über Preise, das EEG und den Netzausbau. Ich glaube, das werden wir in der Kürze der Zeit auch nicht klären können. Aber immerhin haben wir einige Punkte aufzeigen können.

Zu fortgeschrittener Stunde würde ich trotzdem gerne noch zum Thema Digitalisierung kommen. Herr Zühlke, ich weiß, die Digitalisierung, die alle Branchen erfasst, ist Ihnen ein Anliegen. Das ist ein Zauberwort, manchmal aber auch wie ein Damoklesschwert; man weiß es nicht so genau. Alle diskutieren darüber. Was bedeutet das eigentlich in Ihrer betrieblichen Praxis im Umgang mit Ihren Kolleginnen und Kollegen auf Personalebene und im menschlichen und arbeitstechnischen Miteinander?

OLIVER ZÜHLKE (Leverkusen)

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns momentan an einem äußerst neuralgischen Punkt befinden, und zwar an dem Punkt, an dem sich die Menschen entscheiden, ob die Digitalisierung für sie ein Schreckgespenst darstellt und Angst bei ihnen produziert

oder ob sie darin Chancen und Risiken sehen. Wir haben bei uns eine Befragung gemacht. Über 60 Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen haben gesagt, sie hätten in den letzten Jahren eine quantitative und qualitative Leistungsverdichtung erfahren, unter anderem durch die Digitalisierung, und alles sei komplexer geworden. Darauf muss man sicherlich reagieren.

Ich will jetzt nicht unbedingt sagen, dass wir wieder Verhältnisse wie im 19. Jahrhundert bekommen, die wir bei den Maschinenstürmern hatten. Wir haben ja auch damals keine Technologiefeindlichkeit gehabt, sondern dabei ging es um die Frage des Verlustes des sozialen Umfelds und von Arbeitsbedingungen.

Wir müssen die Menschen mit ihren Problemen, die sie im Rahmen der Digitalisierung haben, ernst nehmen. Dabei geht es eben nicht um die Frage, die Technologie immer rauf und runter zu diskutieren, sondern es geht um Themen, die die Menschen bewegen.

Ich sage ganz deutlich: Wenn wir von Agilität und Flexibilität sprechen – dies ist im Rahmen der Digitalisierung schon das eine oder andere Mal erwähnt worden –, dann meinen wir nicht Entgrenzung und Zügellosigkeit, was Arbeitszeiten und die Aushebelung von Schutzgesetzen angeht. (Beifall) Mit uns – das ist die klare Position dieses Kongresses – wird es keine Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes geben. Sie werden in den nächsten Tagen mit möglichen zukünftigen Regierungspartnern reden, die ganz andere Vorstellungen dazu haben. Insofern sage ich noch einmal ganz klar: mit uns nicht an Ihrer Seite oder als Partner. (Beifall)

Wir wollen Arbeitszeitsouveränität, zum Beispiel im Rahmen von Lebensarbeitsphasenmodellen. Die Menschen müssen eine Raum- und Zeitkompetenz haben, und die müssen sie im Rahmen solcher Modelle einbringen können.

Wenn Sie heute einen Manager fragen: „Was brauchst Du denn, um im Rahmen der Digitalisierung national oder auch international wettbewerbsfähig zu sein?“, dann habe ich noch keinen sagen hören – außer vielleicht den einen oder anderen Verband, aber keinen Manager, der im Geschäft steckt –: Ich brauche eine Aushebelung von Arbeitszeitgesetzen. – Er braucht nämlich ganz andere Themen. Wir brauchen einen intelligenten nationalen Konsens zum Thema Digitalisierung.

Ich kann Ihnen anbieten und von Ihnen auch nur fordern: Lassen Sie uns dazu strategische Allianzen zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften machen! Lassen Sie uns nicht schon zu Beginn einer Legislaturperiode in Grabenkämpfe zurückziehen! (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Ich weiß nicht, ob ich mich in Sie beide so weit hineinversetzen kann. Können Sie dem zustimmen?

ANNEGRET KRAMP-KARRENBÄUER (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Ja, dem kann ich zustimmen, weil wir durch die Digitalisierung in der Tat zuerst einmal feststellen müssen: Wir sind beileibe keine Opfer. Jeder ist mit jedem Klick auf sein eigenes Smartphone ein Teil der Digitalisierung und trägt mit seinem Verhalten dazu bei.

Die Digitalisierung wird mehr verändern als nur die Frage: Wie produzieren wir? Wie assistenzgesteuert sind unsere Maschinen? Sie wird ganze Geschäftsbeziehungen und auch Gesellschaften verändern. Deswegen ist es richtig, dass wir das Thema Arbeitsschutz auch im Zeichen der Digitalisierung anpassen. Der Arbeitsschutz heute ist weniger die Frage: Wie laut ist etwas, wie schwer ist etwas? Auch das sind Fragen. Zunehmend stellt sich die Frage: Wie schaffe ich mir Schutzzräume für mein Privates? Wie

sorge ich dafür, dass nicht erwartet wird, dass man rund um die Uhr verfügbar und erreichbar ist? – Das Ganze geht aus meiner Sicht nur mit Mitbestimmung.

Ich bin eine absolute Verfechterin der Mitbestimmung. Mitbestimmung muss, darf und soll es auch in digitalen Fragen geben. Wer glaubt, er kann Digitalisierung in seinem Unternehmen vorantreiben, ohne dass er die Beschäftigten daran beteiligt und dies über ihre Köpfe hinweg macht, der hat nicht verstanden, wie diese Welt funktioniert. Deswegen brauchen wir auch eine Anpassung der Mitbestimmung auf die neuen Fragen der Digitalisierung. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Ich will eine weitere Frage anschließen, da Sie gerade eine gewerkschaftsnahe Position vertreten haben. Sie wissen, dass beispielsweise die Tarifbindung im Sinken begriffen ist. Wenn wir schon dabei sind, schnelle Lösungen herbeizuzaubern, lösen wir innerhalb der verbleibenden sechs Minuten auch noch die Frage der Erhöhung der Tarifbindung. Wie kommen wir von jetzt unter 50 auf 70 bis 80 Prozent? Gibt es auch dazu von Ihnen einen Vorschlag?

ANNEGRET KRAMP-KARREBAUER (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Ich bin eine Verfechterin der Subsidiarität. Ich habe Tarifbindung immer so verstanden, dass das, was die Tarifparteien, was die Betroffenen selbst regeln können, besser und schneller geregelt wird, als wenn dies die Politik tut. Deswegen bin ich froh für alles, was im Tarifbereich selbst geregelt wird und was die Politik nicht regeln muss. Wenn das in Zukunft mehr ist, dann ist das eher besser, als wenn es weniger wird. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Herr Trittin!

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Ich teile das. Aber Gewerkschafter wissen, dass wir es mit einer breiten Flucht von Betrieben aus der Tarifbindung zu tun haben. Deswegen fand ich die Ausführungen der Kanzlerin an dieser Stelle interessant: Sie hat zwar ein Problem benannt, aber nicht aufgezeigt, wie sie es lösen will.

Ich möchte Euch an dieser Stelle ein kleines Indiz aufzeigen: Eine Frage ist beispielsweise, ob wir geringere Hürden dafür haben, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären. Das wird eine der Herausforderungen sein, wenn wir es mit wechselnden Arbeitsverhältnissen, einem höheren Maß an Flexibilisierung und Ähnlichem als Folge der Digitalisierung zu tun haben. Flexibilität kann es nur mit Sicherheit geben. Zur Sicherheit gehören funktionierende Mitbestimmung und funktionierende Tarifverträge. (Beifall)

Wovon ich gar nicht überzeugt bin, ist das, was CDU und FDP jetzt in NRW beschlossen haben, nämlich das Arbeitszeitgesetz zu verändern. Ich glaube – die chemischen Betriebe sind ein Beispiel dafür –, dass man im Rahmen des Achtstundentages unter Wahrung der elf Stunden Ruhezeit sehr flexible Modelle hinbekommen kann. So etwas sollte man stärken. Ich finde, das muss man auch gesetzlich begleiten.

Wenn wir darüber sprechen, dass Menschen mehr Zeitsouveränität und Ähnliches haben, dann müssen sie auch die Gelegenheit haben, die Chancen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, nämlich in bestimmten Phasen ihres Lebens nicht Vollzeit, sondern nur Teilzeit zu arbeiten, tatsächlich zu nutzen. Aber dann muss es auch ein Rückkehrrecht in Vollzeit geben, wenn sie das wieder brauchen (Lebhafter Beifall)

Dass man zwischendurch in seinem Leben gelegentlich selbstständig tätig sein muss, das kommt vor, das wird in dieser modernen Welt so sein. Es wird Wechsel zwischen

abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit geben. Dann müssen Selbstständige aber auch vernünftig für das Alter abgesichert werden. Das wird eine der Herausforderungen sein, nämlich dass wir Selbstständige künftig vernünftig altersversichern, damit die Flexibilität zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten tatsächlich ermöglicht wird. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Herr Grioli!

FRANCESCO GRIOLI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Ich will es kurz und knapp machen. – Sie sind jetzt hier bei einer Organisation, die die größte Tarifbindung in dieser Republik und zum Teil auch die klügsten Lösungen hat. Sie hat viele Dinge sehr frühzeitig gemacht. (Beifall)

Ich möchte Ihnen beiden noch etwas mit auf den Weg geben, weil sich das gut verbinden lässt:

Die Kanzlerin – das haben wir gern gehört – hat über die Frage, wie man Tarifbindung, wie man die Tarifpartner stärken kann, gesprochen. Wir haben heute auch mehrfach über die steuerliche Forschungsförderung gesprochen. Mein Vorschlag lautet – damit Sie zwei Haken machen können, Frau Kramp-Karrenbauer –: Verbinden Sie das eine mit dem anderen: steuerliche Forschungsförderung für tarifgebundene Sozialpartner – das wäre eine schöne Sache. (Beifall)

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Es könnte sein, dass der Amtsvorgänger von Kramp-Karrenbauer das dann wieder kassiert. Er sitzt im Bundesverfassungsgericht.

VOLKER WIEPRECHT

Aber wenn wir schon bei den Gastgeschenken sind, die ausgetauscht werden: Sie haben jetzt Aufgaben und Wünsche mit nach Hause bekommen. Gibt es denn Ihrerseits Wünsche und Forderungen an die Rolle der Gewerkschaften im Prozess der Gestaltung der Industrialisierung, mit den genannten Faktoren und auch in Bezug auf die Standorte? Das ist ein großes Gehege. Aber mit einem klaren Wunsch Ihrerseits würde ich gern diese Runde beschließen. – Frau Kramp-Karrenbauer.

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer (Ministerpräsidentin des Saarlandes)

Ich wünsche mir, dass die Gewerkschaften das in einem Geiste angehen, wie das eigentlich – das darf ich an der Stelle aus langjähriger Erfahrung sagen – bei der IG BCE bei allen Anpassungs- und Transformationsprozessen in der Vergangenheit zu spüren war, das heißt mit einem klaren Blick darauf, wo die Risiken liegen, und dass sie die Menschen darüber auch aufklären, aber eben nicht mit Horrorszenarien, sondern sagen: Darin liegen auch Chancen. Man muss verstehen, dass man diese Chancen und diese Risiken selbst managen kann und dass das eigentlich auch die Aufgabe von kluger Sozialpartnerschaft ist, wie sie unserem Land zugrunde liegt.

Insofern kann ich nur hoffen, dass von diesem Gewerkschaftskongress das entsprechende Signal nicht nur an die eigenen Reihen, sondern vielleicht auch an die eine oder andere befreundete Partnerorganisation ausgeht. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Aufnahmeanträge liegen hier überall!

JÜRGEN TRITTIN (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Als Mitglied von ver.di steht es mir nicht an, der IG BCE Ratschläge zu geben. Deswegen ist mein Wunsch ein anderer. Mein Wunsch ist es, dass endlich auch einmal außerhalb dieser Räume wahrgenommen wird, dass die Organisationen, die sich fast am intensivsten mit der Zukunft des Industriestandorts, mit den Herausforderungen der Digitalisierung, mit der Frage beschäftigen, wie man das gestaltet – nicht, wie man das verhindert –, tatsächlich die Gewerkschaften sind. Davon könnten sich manche Unternehmensstrategen eine Scheibe abschneiden. (Beifall)

VOLKER WIEPRECHT

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir vier ausgezeichnete Diskussionsteilnehmer erlebt, die sich gegenseitig gut moderiert haben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Frau Kramp-Karrenbauer, bei Herrn Trittin, bei Herrn Zühlke, bei Herrn Grioli. Es war mir ein ausgesprochenes Vergnügen, Ihnen zuzuhören. Vielen herzlichen Dank.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und für die Einladung und noch einen angenehmen Tag. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen herzlichen Dank, Frau Kramp-Karrenbauer, Herr Trittin, dass Sie bei uns zu Gast waren. Unser Vorsitzender wird Sie jetzt hinausbegleiten. (Heiterkeit)

Wir halten fest, dass wir auf jeden Fall schon einmal zwei große Partner für die Stärkung der Tarifbindung und für mehr Mitbestimmung an unserer Seite haben. Wir erwarten ja noch einen Gast aus der Politik. Wir werden hören, was der Gast dazu sagen wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir wollen gleich wieder zügig in die Antragsberatungen einsteigen. Wir sind ein bisschen unter Druck. Deshalb bitte ich, die Bühne jetzt sofort wieder für die Antragskommission umzubauen, und wir bitten Euch, auf jeden Fall im Saal zu bleiben.

Wir werden – das wollen wir jetzt schon ankündigen –, wenn Herr Lindner geht – ich werde ihn natürlich nicht hinauskomplimentieren –, eine kurze Pause machen, damit Ihr noch einmal kurz Luft schnappen könnt. Anschließend werden wir die Antragsberatungen, so wie wir das gesagt haben, bis 19:30 Uhr fortführen. – Noch einmal die herzliche Bitte, im Saal zu bleiben. Es wird ganz schnell umgebaut. Wir möchten dann ganz schnell weitermachen.

(Unterbrechung von 17:04 Uhr bis 17:07 Uhr)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bekomme gerade das Zeichen von der Antragskommission, dass sie startbereit ist. Das ist wunderbar. Ich bitte Euch, wieder Platz zu nehmen, damit wir sofort und zügig in die Beratungen einsteigen können.

Ariana ist schon auf dem Weg. Ariana, wir waren, glaube ich, bei Antrag E 015 stehen geblieben. Du hast das Wort.

ANNA-ARIANA STIPIĆ (Antragskommission)

Ich rufe jetzt folgende Anträge auf:

Antrag E 015

Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes

Antrag E 016

Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit

Antrag E 017

Gesetzlicher Anspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung

Antrag E 018

Rückkehr zur Vollzeit

Antrag E 019

Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit

Antrag E 020

Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit

Antrag E 021

Anspruch auf Rücknahme oder Erhöhung der Teilzeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz

Antrag E 022

Weiterentwicklung des Teilzeitrechts

Die nun zu beratenden Anträge haben in E 015 einen gemeinsamen inhaltlichen Kern. Es geht um die Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes mit dem Ziel, jenen, die in Teilzeit arbeiten, ein gesetzliches Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz zu geben,

Unsere Empfehlung lautet deshalb: Annahme von E 015.

Bei der Annahme von E 015 gelten die Anträge E 016, E 017, E 018 und E 019 als erledigt.

Die drei weiteren Anträge greifen zusätzliche Aspekte auf. Daher unsere Empfehlung: Annahme von E 021 und E 022 als Material zum Antrag E 015.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ariana. – Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Eine Wortmeldung bezieht sich auf Antrag E 015. Der Kollege Ralf Winterfeld aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertenummer 286 hat das Wort.

RALF WINTERFELD (Hamburg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über das Thema „Teilzeit und Rückkehrrecht auf Vollzeit“ ist in vielen Reden und Beiträgen gesprochen worden, auch gerade von den Politikern. Ich glaube, wir brauchen es nicht explizit noch einmal anzusprechen.

Meine Intention, warum ich hier ans Mikrofon gegangen bin, ist das Thema „Teilzeit bei Schichtarbeit“. In vielen Gesprächen mit meinen Kollegen und im Rahmen unserer

Vertrauensleutearbeit ist mir immer wieder mitgeteilt worden: Gäbe es ein Rückkehrrecht, wäre die Umsetzung wesentlich einfacher.

Deswegen möchte ich in diesem Kreis für die Zustimmung zu diesem Antrag werben. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wir danken Dir. – Ich rufe jetzt die Kollegin Irmtraud Schnee-Schultheiss aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg auf, Delegiertennummer 362.

IRMTRAUD SCHNEE-SCHULTHEISS (Stuttgart)

Einen wunderschönen guten Nachmittag! Mein Vorredner hat es erwähnt: Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit haben wir in dieser Woche schon von prominenter Seite, sowohl von Michael als auch von Andrea Nahles, gehört. Heute geht es darum, das für uns wichtige Thema zu beraten, ob wir es uns als Organisation ins Pflichtenheft schreiben.

Der Kollege hat über Schichtarbeit und Teilzeit gesprochen. Fakt ist nach wie vor: Teilzeit ist weiblich. Während momentan 10 Prozent der Männer in Teilzeit arbeiten, sind es 47 Prozent der Frauen. Das heißt, jede zweite Frau arbeitet heute in Teilzeit. In der Regel fängt es damit an, dass die Kinder kommen. Bei der Frage: „Wer übernimmt die Erziehungsarbeit, wer übernimmt die Belastung, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen?“ entscheidet dann die gute Frau, in Teilzeit zu gehen, um das alles zu schaffen, und nimmt dadurch erhebliche Entgeltverluste in Kauf. Das trifft auch für die 10 Prozent der Männer zu, die ich gerade erwähnt habe.

Wenn sich die Lebensumstände ändern und die Frau wieder voll arbeiten möchte oder muss, weil die Kinder aus dem Größten raus sind, sie dann auf den Arbeitgeber zugeht und sagt: „Ich würde gerne wieder in Vollzeit arbeiten“, erlebt sie meistens „einmal Teilzeit, immer Teilzeit“, und das mit den bekannten Konsequenzen: Teilzeitkräfte werden gerne bei Beförderungen übersehen, und die wenigsten können ihren Lebensunterhalt von ihrem eigenen Einkommen bestreiten. Wie es bei der Rente aussieht, das wissen wir alle.

Daher fordern wir vom Gesetzgeber ein Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit, gerade weil die Erfahrungen, zum Beispiel bei der Entgeltgleichheit oder auch bei der Geschlechterquote, in den Aufsichtsräten gezeigt haben, dass Lippenbekenntnisse von Arbeitgebern in der Regel nur dann umgesetzt werden, wenn tatsächlich gesetzlich verankerte Ansprüche bestehen.

Mit unserer Forderung sind wir in guter Gesellschaft. Ich möchte nur daran erinnern: Andrea Nahles hat gestern erwähnt, dass, als sie dabei waren, das Gesetz auf den Weg zu bringen, ein einziger Anruf genügt hat, damit das Thema wieder von der Agenda genommen wurde. Es ist für uns ein wichtiges Thema. Ich wünsche mir, dass wir hier eine breite Zustimmung zu dem Thema bekommen und den kompletten Antragsblock mit einer guten Mehrheit auf den Weg bringen. – Glück auf und vielen Dank! (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch Dir vielen Dank. – Ich habe jetzt keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Das heißt, wir können in die Abstimmung eintreten. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Dann ist der Empfehlung der Antragskommission bei einer Enthaltung gefolgt.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 023

Qualifizierungsfonds für Beschäftigte in der deutschen Braunkohle

Die IG BCE soll sich dafür einsetzen, dass die Braunkohleunternehmen einen Qualifizierungsfonds schaffen, der für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine persönliche Weiterbildung im Hinblick auf mögliche künftige Tätigkeiten ermöglicht. Unsere Empfehlung ist Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb steigen wir gleich in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, bitte das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Dann ist der Empfehlung so gefolgt.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Dann geht es jetzt weiter mit dem

Antrag E 024

Mehr Rechte für Teilzeitbeschäftigte

Der Antrag fordert zusätzliche Rechte für Teilzeitbeschäftigte. Da in diesem Antrag sowohl gesetzliche als auch tarifpolitische Fragen angesprochen werden, lautet unsere Empfehlung Weiterleitung an den Hauptvorstand.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke. – Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir steigen in die Abstimmung ein. Wer ist dafür? – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Dann wird der Antragskommission gefolgt.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Dann befassen wir uns nun mit dem

Antrag E 025

Zeitraum für erneute Antragstellung zur Verkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit im TzBfG verkürzen

Der Antrag will, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine erneute Verringerung der Arbeitszeit nach Ablauf von sechs Monaten verlangen können, nachdem der Arbeitgeber einer Verringerung zugestimmt oder sie als berechtigt abgelehnt hat.

Wir empfehlen die Annahme des Antrags.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. – Dann schauen wir mal, ob der Kongress folgt. Wer ist dafür? – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme sehe ich. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. **Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen wird der Antragskommission gefolgt.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 026

Probezeit nach befristeten Verträgen

Der Antrag fordert die Abschaffung der Probezeit nach dem Wechsel von einem befristeten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis per Gesetz. Wir empfehlen Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Kurz, knapp, präzise. – Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Dann wird bei einer Enthaltung der Antragskommission gefolgt.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Aufgerufen wird nun der

Antrag E 027

Kommunikation und Umsetzung der Sozialpartnervereinbarung „Arbeiten und Leben in Balance“

Diese Sozialpartnervereinbarung soll stärker als bisher kommuniziert werden. Deshalb empfehlen wir Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke schön. – Wer ist dafür? – Stimmt jemand gegen die Empfehlung? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit einstimmige Annahme.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Nun folgt

Antrag E 028

Bessere Balance von Lebens- und Arbeitszeit

So lautet die Kernforderung des Antrags. Angesprochen werden unter anderem bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.

Die Empfehlung lautet Annahme mit folgenden Änderungen: in Zeile 7 und 8 den Satz von „Dafür“ bis „fließend.“ streichen, da er sich ausschließlich auf ein Bundesland, nämlich Bayern, bezieht.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke. – Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, bitte das Kartenzeichen! – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. **Einstimmig angenommen.** – Ariana.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 029

Anti-Stress-Verordnung

Der Antrag will, dass sich die IG BCE für den Erlass einer verbindlichen Anti-Stress-Verordnung einsetzt.

Das Thema ist wichtig. Allerdings sieht die IG BCE in der Gefährdungsbeurteilung das bessere Instrument vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen. Darum empfehlen wir die Weiterleitung an den Hauptvorstand.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – **Bei sechs Enthaltungen wird der Antragskommission gefolgt.** – Danke.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Aufgerufen wird nun:

Antrag E 030

Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung in Fragen des Arbeitsschutzes

Das will der Antragsteller per Gesetzesänderung erreichen, indem der Arbeitgeber gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen seine Beurteilungen abgibt.

Die Empfehlung lautet: Weiterleitung an den Hauptvorstand. (Zurufe) Doch, doch, doch.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Doch, doch doch. Das ist schon richtig. Ariana, willst Du noch mehr dazu sagen? Denn in den ausgedruckten Unterlagen steht „Ablehnung“, und wenn ich richtig informiert bin, gibt es eine Änderung, die Du ja gerade erwähnt hast.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ja, das rot Gedruckte. Die Antragskommission hat entgegen dem Ausdruck in den Kongressunterlagen ihre Empfehlung geändert. Der Antragstext klang missverständlich. Die Antragsteller haben aber darauf hingewiesen, dass es ihnen in dem Antrag nicht um die Verlagerung von Pflichten geht. Sorry!

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Okay. – Wer für die geänderte Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sieben Enthaltungen. **Dann ist bei sieben Enthaltungen der Empfehlung gefolgt.** – Ariana.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 031

Festlegen der Befristungsdauer bei Befristung mit Sachgrund

Der Antrag will eine gesetzliche Regelung, nach der Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, die mit einem Sachgrund befristet eingestellt wurden, höchstens 48 Monate befristet beschäftigt werden dürfen.

Wir empfehlen die Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke schön. – Wer dem folgen möchte, bitte jetzt das Kartenzeichen! – Stimmt jemand dagegen? – Fünf Gegenstimmen sehe ich. Gibt es Enthaltungen? – Zehn. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission insgesamt gefolgt.** – Vielen Dank.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Jetzt folgen:

Antrag E 032

Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen muss aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden

Antrag E 033

Gegen Befristung ohne Sachgrund

Antrag E 034

Jugend braucht Sicherheit

Die Anträge E 032 und E 033 enthalten schon in der Überschrift eine eindeutige Forderung. Der Antrag E 034 verfolgt dasselbe Ziel.

Empfehlung: Annahme von E 032 – dieser Antrag ist am klarsten formuliert – sowie Annahme als Material von E 033 und E 034 zu Antrag E 033.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. – Wir haben jetzt die Empfehlung für die drei Anträge gehört. Wer dem folgen möchte, bitte jetzt das Kartenzeichen! – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Ich sehe zwei Enthaltungen. **Dann ist die Empfehlung bei zwei Enthaltungen angenommen.** – Ariana.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe nun auf:

Antrag E 035

Jugend braucht Planungssicherheit

Der Antrag will unter anderem, dass Auszubildende eine Übernahmeentscheidung durch den Arbeitgeber mindestens drei Monate vor Ausbildungsende erhalten, sofern es keine Besserstellung durch einen Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung gibt.

Wir empfehlen die Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. – Wer dem folgen möchte, bitte jetzt das Kartenzeichen! – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. **Bei zwei Enthaltungen wird der Antragskommission gefolgt.** – Ariana.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Aufgerufen wird nun:

Antrag E 036

Beschäftigte mit zeitlich befristetem Arbeitsvertrag brauchen Planungssicherheit

Der Antrag fordert, dass Beschäftigte mit zeitlich befristetem Arbeitsvertrag eine Übernahmeentscheidung durch den Arbeitgeber mindestens drei Monate vor Ablauf ihres Vertrages erhalten.

Aus Sicht der Antragskommission ist diese Frist zu starr, da viele Verträge kürzer laufen. Deshalb lautet die Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer für Weiterleitung an den Hauptvorstand ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. **Dann ist der Empfehlung so gefolgt.**

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Nun kommen wir zu:

Antrag E 037

Folgen psychischer Gesundheitsstörungen, welche durch die Bedingungen am Arbeitsplatz entstehen, müssen durch die gesetzliche Unfallversicherung abgesichert werden

Die Antragskommission betrachtet den Antrag E 037 als durch die bestehende Gesetzgebung erledigt.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer dieser Empfehlung so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Stimmt jemand gegen die Empfehlung? – Eine Gegenstimme. Enthält sich jemand? – Eine Enthaltung. **Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.** – Vielen Dank.

Ich will jetzt schon einmal sagen, dass Christian Lindner wahrscheinlich gleich eintreffen wird. Aber wir schaffen noch einen Antrag, glaube ich, Ariana.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Bestimmt. – Ich rufe nun auf:

Antrag E 038

Berufskrankheiten

In diesem Antrag geht es um die Dokumentation aller Gefahrenstoffe am Arbeitsplatz.

Die Empfehlung der Antragskommission ist Annahme mit Änderungen, und zwar in dem Satz in der zweiten Zeile ab „Berufskrankheiten“ bis „Betriebe“ durch „Stoffexpositionen der Beschäftigten“. Im Antrag heißt es dann:

Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, sich für eine Aufzeichnungspflicht von Stoffexpositionen der Beschäftigten einzusetzen.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ariana. – Wer stimmt dem so zu? – Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – **Bei einer Enthaltung wird der Antragskommission gefolgt.** – Ariana.

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Aufgerufen wird jetzt:

Antrag E 039

Keine Übernahme in Leiharbeit für Ausgebildete

Die Forderung ist klar.

Unsere Empfehlung ist auch klar: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Klar. – Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. **Dann wird der Antragskommission einstimmig gefolgt.** Das ist super. (Beifall)

ANNA-ARIANA STIPIC (Antragskommission)

Ich rufe nun

Antrag E 040

Regelungen zur Übernahme nach der Ausbildung in Betriebsvereinbarungen

auf. Was der Antrag will, geht aus der Überschrift klar hervor. Deswegen auch Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ariana. – Es gibt einen Redebeitrag: Vanessa Pruß aus dem Landesbezirk Hessen-Thüringen, Delegiertennummer 177. – Liebe Vanessa, Du hast das Wort.

VANESSA PRUß (Rhein-Main) (mit Beifall begrüßt)

Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle kennen das Thema, wir alle kennen die Probleme in den Betrieben: Die größtenteils schlechte Übernahme nach der Ausbildung begleitet uns alle schon seit Jahren. Genau deswegen fordern wir als IG-BCE-Jugend, dass wir uns alle verpflichten, individuelle Betriebsvereinbarungen zu verhandeln. Die Vereinbarung sollte zum Ziel haben, die Perspektiven junger Menschen zu sichern. Ihr habt das doch mit Sicherheit irgendwie schon alle erlebt, dass sich Azubis im ersten Lehrjahr direkt am Anfang fragen: War das die richtige Entscheidung?

Die Azubis haben Angst, Angst davor, in drei bis vier Jahren zukunftslos zu sein, keine Perspektive zu haben und in die Ungewissheit zu rennen. Das kann es ja wohl nicht sein. Wir müssen es schaffen, so etwas in Zukunft zu verhindern. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel in den Unternehmen müssen wir alle beginnen zu handeln. Auf die Arbeitgeberseite können wir da lange warten. Das zeigen auch die runden Tische. Sie sehen nämlich meist keinen großen Handlungsbedarf. Deswegen sollten wir diesen Schritt wagen und in eine Verhandlung in den Unternehmen eintreten.

Auch der Antrag F 057 behandelt das Thema der beruflichen Perspektiven. In dem Antrag wird klar gefordert, dass sich die Tarifkommissionen mit dem Thema weiter beschäftigen sollen. Wir fordern, dass es keine sachgrundlosen Befristungen mehr geben soll, dass die Übernahmemöglichkeiten ausgeweitet und optimiert werden und dass Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden.

Wenn wir uns die bisherigen Regelungen in der Chemie anschauen, können wir alle nicht behaupten, dass wir völlig zufrieden sind. Die tariflichen Regelungen in der chemischen Industrie waren der erste Schritt in die richtige Richtung. Natürlich wissen wir, dass es auch einige Betriebe gibt, die vorbildliche Betriebsvereinbarungen zu diesem Thema haben. Die können wir als Blaupause benutzen.

Aber in vielen Betrieben hat sich nichts geändert. Der Normalfall ist immer noch, dass die Azubis erst mal befristet übernommen werden und dann erst entfristet werden. Das war vor ein paar Jahren schon unlogisch und ist es heute auch noch. Genau um diesem Trend entgegenzuwirken, gehören sachgrundlose Befristungen einfach abgeschafft. (Beifall)

Es ist aber auch wichtig, dass die Mitarbeiter in ihrer beruflichen und persönlichen Weiterbildung gefördert werden, gerade die Berufsgruppen, die in Schichtsystemen arbeiten. Dazu gehört, dass die Mitarbeiter für die Weiterbildung und die dazugehörigen Prüfungen freigestellt werden.

Wenn wir also bei Antrag E 040 zur Abstimmung kommen – und auch später im Kongress zu Antrag F 057 –, bitte ich euch, der Empfehlung zu folgen und den Antrag anzunehmen. Wir müssen heute ein Zeichen setzen und morgen gemeinsam die Perspektiven junger Menschen sichern. – Danke schön. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Vanessa, ganz, ganz herzlichen Dank für Deinen Beitrag. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und komme jetzt direkt in die Abstimmung. Wer ist dafür, der Antragskommission zu folgen? – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Fünf Enthaltungen. **Damit ist der Antragskommission gefolgt.** (Beifall)

Ariana, ich glaube, Du bist mit der Vorstellung der Anträge durch. Vielen herzlichen Dank. (Beifall) Du hast das super gemacht, vor allem auch wirklich auf den Punkt.

Die Türen sind nämlich gerade aufgegangen. Wir erwarten somit in wenigen Sekunden Christian Lindner. (Christian Lindner betritt den Saal)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zu uns ist der Vorsitzende der FDP, Christian Lindner, gekommen. (Beifall)

Herzlich willkommen, Herr Lindner! Wir haben heute schon mit anderen wichtigen Vertretern aus der Politik diskutiert. Die Bundeskanzlerin war schon zu Besuch, ebenso Frau Kramp-Karrenbauer, die Ministerpräsidentin aus dem Saarland, und Herr Trittin. Ich kann Ihnen zurufen: Wir haben auch schon über Tarifbindung und Mitbestimmung gesprochen, und es gab eine große Unterstützung von der Politik.

Wir freuen uns jetzt auf eine spannende und lebendige Debatte zwischen Ihnen und unserem Vorsitzenden Michael Vassiliadis. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Herzlich willkommen bei der IG BCE! Der wievielte Gewerkschaftstag ist das für Sie?

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Vielen Dank für die Einladung. Das ist mein zweiter Gewerkschaftstag; ich war auch schon mal bei der GEW. Aber ich glaube, dass ich mich hier politisch-inhaltlich von den Themen her noch mehr zu Hause fühle als dort.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Das werden wir noch sehen. Herzlich willkommen bei uns!

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Danke.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Vielen Dank, dass Sie da sind. Wir wissen, dass Sie gerade aus Wien kommen, verspätet gelandet sind und auch noch Anschlusstermine haben.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Zweimal Wahlkampf, denn in Wien und in Niedersachsen wird ja am Sonntag gewählt. Ich habe unsere Freude in Österreich unterstützt. Sie wissen: Das ist auch ein Land, in dem mit Blick auf die FPÖ ein Trump-Moment bevorstehen könnte. Unabhängig davon, wo man im Einzelnen politisch steht: Wir mögen vielleicht in einzelnen Politikfeldern unterschiedlicher Meinung sein, aber Gewerkschaften und die Parteien des demokratischen Zentrums bekennen sich zu unserer politischen Kultur und der Liberalität und Weltoffenheit unseres Landes. Dafür muss man werben, in Deutschland wie in Österreich. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Wir freuen uns, dass Sie da sind. Mit Ihnen ist die FDP in den Bundestag zurückgekehrt, jetzt wahrscheinlich sogar auf dem Weg in eine neue Konfiguration der Politik auf der Bundesebene. Sagen Sie uns erst einmal möglichst konkret, was die neue FDP eigentlich ist.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

An Ihnen ist ein Journalist verloren gegangen. (Heiterkeit) Darum werde ich im restlichen Verlauf unseres Gesprächs nur noch „Herr Plasberg“ zu Ihnen sagen. Ich will auf Folgendes hinaus: Michael Vassiliadis stellt die Frage ganz offen; dabei weiß er selbst ja ganz viel. Das will ich durchaus bei dieser Gelegenheit unterstreichen.

Als die FDP 2013 den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag verpasst hat, haben viele andere den Kontakt abgebrochen. Michael Vassiliadis und die IG BCE – nicht er allein, sondern auch die Organisation – haben den Kontakt nicht abgebrochen, sie haben ihn auch nicht einfach nur fortgesetzt, sondern wir haben den Dialog in diesen vier Jahren intensiviert, über viele Fragen der Arbeitsmarkt-, der Tarifpolitik und auch der Energie- und Industriepolitik. Für mich ist das ein Ausdruck von Charakter und auch

von demokratischer Kultur. Insofern haben Sie auch bei unserer energiepolitischen Konzeptionsarbeit Impulse gegeben.

Ich will das ausdrücklich würdigen. Seit dem 24. September haben wir ja viele ganz neue Freunde. Dann sollte man diejenigen würdigen, die auch vorher den Kontakt gehalten haben. Also herzlichen Dank dafür! (Beifall)

So, was ist die neue FDP? – Ich möchte der Frage nicht ausweichen. Vieles an der FDP ist nicht neu, sondern klassisch. Wir bleiben natürlich die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen für Rechtsstaatlichkeit, eine offene Gesellschaft und bekennen uns zu Europa. Ich möchte aber sagen, dass die FDP die Dosis an Liberalität in ihrem Programm erhöht hat. Sprich, wir sehen klarer, wo die Freiheit des Einzelnen durch einen bürokratischen Staat, der mit Subventionen und Verboten Wirtschaft und Gesellschaft zu lenken versucht, bedroht wird. Es gibt allerdings auch wirtschaftliche Machtballung, die den einzelnen Menschen, den Arbeitnehmer, den Kunden oder den mittelständischen Wettbewerber kleinmacht, und dagegen wenden wir uns.

Ich nenne mal ein Beispiel: Ich bin stolz darauf, dass nicht eine Sozialdemokratin, nicht ein Christdemokrat, keine Grüne und kein Sozialist, sondern dass eine Liberale, nämlich meine Parteifreundin, die EU-Wettbewerbskommissarin, das Steuerdumping von Apple in Irland zum ersten Mal überhaupt politisch zu einem Thema gemacht hat. Das ist mein Verständnis von Liberalität: klare, faire Regeln, und zwar unabhängig davon, wo jemand steht oder wie mächtig er ist. Der Einsatz muss immer dem Ziel gelten, die Entwicklungschancen des einzelnen Menschen zu verbessern. Das ist eine Rückbesinnung an die Gründe, warum wir in Deutschland einst eine Freie Demokratische Partei durch Theodor Heuss und andere bekommen haben. (Vereinzelt Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Ja, vielen Dank für das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Deswegen wollten die Samsung-Nutzer gerade applaudieren.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Ja, ja, ja. – Gehen wir noch einen Schritt weiter bei der sozialen Marktwirtschaft. Da sind wir ja geeint. Wir haben ein Wirtschaftssystem nach dem Krieg geschaffen, das eine Balance herstellt. Und völlig klar: Ordnungspolitik und Marktwirtschaft sind die Basis, aber wir haben uns dazu entschlossen, ein paar Konditionen zu schaffen, und ein bisschen davon ist in den letzten Jahren durcheinandergeraten. Da die Balance zu halten zwischen guter Ordnung und – von mir aus – auch Deregulierung, birgt immer einen Streitpunkt.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

So ist es.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Für uns ist es aber entscheidend. Denn wir bieten uns flexibel an, Ordnung zu schaffen in der Arbeitswelt. Die Frage ist, ob es uns eint, wenn wir sagen, dass wir eigentlich möchten, dass nicht der Staat die Arbeitsbedingungen in Deutschland konditioniert, sondern die Sozialpartner. Dazu brauchen wir aber wahrscheinlich einen neuen Rahmen, um Tarifautonomie, Tarifeinheit und Tarifpolitik zu konfigurieren, weil es einfach zu leicht geworden ist, sich dem zu entziehen. Kann man da auf die FDP zählen?

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

So abstrakt, wie Sie es jetzt gesagt haben, selbstverständlich. (Heiterkeit)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Ich kann auch konkreter.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ich befürchte es. (Vereinzelt Heiterkeit) Aber so abstrakt kann das überhaupt keine Frage sein. Wir bekennen uns zur Tarifautonomie, und selbstverständlich muss auch das Wirtschaftsleben geordnet sein. Gerade weil es Machtunterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern geben kann, gerade weil auch die Freiheit missbraucht werden kann, müssen wir die Verantwortung stärken.

Ich nehme die Frage zum Anlass, hier auch zu sagen, dass die FDP immer an der Seite der IG BCE war, was beispielsweise den Mindestlohn anging. Unser Modell war sehr vergleichbar mit dem ursprünglich von der IG BCE verfolgten Modell eines jeweils regional branchenbezogenen Mindestlohns statt, wie später der DGB-Kompromiss, eines flächendeckenden einheitlichen Mindestlohns.

Und lassen Sie mich auch das sagen: Herr Hoffmann, den ich sehr schätze, mit dem ich auch Kontakt habe, hat hier in seinem Beitrag gesagt, in Schleswig-Holstein sei die FDP im Wahlkampf gegen den Mindestlohn aufgetreten. Das stimmt nicht. Ausgerechnet die FDP in Schleswig-Holstein war immer der Auffassung, es bedürfe eines gesetzlichen Mindestlohns. Also, die waren weiter weg von der IG BCE. Sie wollten immer einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, und jetzt ging es nur um die bürokratischen Verpflichtungen beim Vergabegesetz. Also, die Schelte von Herrn Hoffmann an die Liberalen im Norden war ausnahmsweise unbegründet.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Lassen Sie uns etwas zurückgehen. Als ich in die zweite Klasse kam, war die FDP in der Bundesregierung und hat das Betriebsverfassungsgesetz radikal modernisiert. Als ich in der sechsten Klasse war, hat sie mit der damaligen Regierung das Mitbestimmungsgesetz eingeführt. Wir wollen die Digitalisierung gestalten. Wir wollen eigentlich unsere Verantwortung für den Strukturwandel wahrnehmen, müssen das aber mit den Gesetzen machen, die Ihre Altvorderen Mitte der Siebziger gemacht haben.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

So ist es.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Können wir auf Sie zählen, wenn es darum geht, das zu modernisieren?

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja. (Beifall) Die Frage ist aber immer: In welche Richtung? (Heiterkeit) Also, was versteht man unter Modernisierung genau? – Wir kennen uns zu gut. Sie wissen, wir sind da nicht orthodox, sondern wir wollen Gutes bewirken, und wir wollen vor allen Dingen das, was unseren Standort ausmacht, bewahren.

Deutschland ist auch im Vergleich zu Frankreich wegen des Betriebsfriedens, den wir haben, und wegen der guten Zusammenarbeit zwischen den Tarifpartnern ein guter Standort. Wenn es darum geht, das in eine neue Zeit zu übertragen, können Sie auf uns zählen. Was das im Einzelnen bedeutet, wird man natürlich diskutieren müssen. Wir haben beim Arbeitszeitgesetz Themen, hinsichtlich derer ich mir wünschen würde,

dass mehr im Betrieb und weniger vom Gesetzgeber entschieden wird. Das sieht mancher Gewerkschaftler anders. Der wünscht es sich lieber beim Gesetzgeber als im Betriebsrat. Über die Dinge können wir sprechen. Ich biete gerne einen solchen Dialog an, übrigens unabhängig davon – es wird immer vorausgesetzt, es kommt dazu –, welche Rolle meine Partei bzw. meine Fraktion oder ich selbst in den nächsten vier Jahren spiele.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Ich bleibe kurz bei dem Thema. Wie gesagt, wir sind der Meinung, dass wir die Balance zwischen Flexibilität und Ordnungsrahmen/Sicherheit am besten herstellen können. Dazu brauchen wir ein paar neue Instrumente; das habe ich schon angedeutet. Das sind die Releases, wie ich heute sagte; denn das Betriebsverfassungsgesetz ist inzwischen ziemlich alt geworden.

Gehen wir mal davon aus, wir hätten das modernisiert, was ich jetzt noch nicht unmittelbar kommen sehe. Aber tun wir mal so. Im Prinzip geht es darum, dass wir darüber hinaus Anreize – ich will den Begriff mal nutzen, weil er so marktgängig ist – oder zumindest Spürbarkeiten schaffen müssen, was der Unterschied zwischen tarifgebundenen Unternehmen und nicht tarifgebundenen Unternehmen ist. Ich verstehe schon, dass sich jeder freiwillig entscheidet, ob er in die Gewerkschaft oder in einen Arbeitgeberverband eintritt. Aber weil es mal so selbstverständlich war, ist es unglaublich einfach geworden, sich dem zu entziehen, Raubkopien von Tarifverträgen anzufertigen und diese einfach zu nutzen. Wenn ich Microsoft-Chef wäre, würde ich die wegen der Raubkopien verklagen. Das kann ich aber nicht, weil die Rechtslage anders ist. Es geht also um die Unterscheidbarkeit zwischen denen, die sich der flexiblen Ordnung stellen, und denen, die sich dieser entziehen. Haben Sie eine Idee dazu?

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja, es wird Sie nicht überraschen, dass ich das auch von der Arbeitgeberseite mit den gleichen Argumenten öfter höre. Ich bitte um ein längeres Gespräch, welche Vor- und Nachteile es hat.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Wir hätten heute Zeit.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Lassen Sie es mich so sagen: Ich glaube, in der Energiepolitik sind wir sofort, ohne dass wir ein längeres Abstimmungsgespräch bräuchten, zusammen. Bei allem, was Zwang auslöst, bin ich zunächst einmal skeptisch, ob es nicht mildere Mittel gibt. Ich glaube, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften, die im Tarifverbund sind, durchaus auch ohne Zwang für das werben können, was sie leisten können.

Also, ich höre mir Ihre Argumente gerne an. Mit den Arbeitgebern können wir gerne einen runden Tisch machen. Dann können Sie auf mich und andere einsprechen, aber haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich nicht in der zweiten Woche nach einer Wahl Festlegungen zu dem treffen kann, was wir in unserem Wahlprogramm geschrieben haben, bevor ich überhaupt mit den anderen darüber gesprochen haben. Würden Sie das im Vorfeld von Tarifaueinandersetzungen machen, dann würden Ihnen Ihre Delegierten auch was anderes erzählen.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Och. (Heiterkeit) Also, ich fasse mal den Punkt zusammen, und dann entlasse ich Sie an der Stelle. Die Kanzlerin hat sich zur Tarifautonomie und zur sozialen Marktwirtschaft bekannt. Jürgen Trittin hat es gemacht, Sie auch. Insofern ist schon einmal ein Schritt gemacht. Den Rest besprechen wir noch. (Beifall)

Kommen wir zur Energiepolitik. Mal ernsthaft: Die Energiepolitik ist für uns natürlich ein extrem wichtiges Thema, und zwar sowohl für die Energieerzeuger als auch für die Industrien, die wir vertreten. Ein bisschen zählen wir auch darauf, dass die FDP mit ihren mahnenden Worten zu mehr Vernunft in den weiteren Gesprächen Anknüpfungspunkte findet, um zu mehr Realismus in der Energiepolitik zu kommen; ich habe gestern davon gesprochen.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Da kämpfen wir Schulter an Schulter für eine vernünftige Energiepolitik in Deutschland.

Ich glaube, Frau Merkel hat eben gesagt, sie wolle dafür sorgen, dass *weiterhin* eine vernünftige Energiepolitik gemacht werde. Davon kann ja wohl keine Rede sein, dass in Deutschland eine vernünftige Energiepolitik gemacht worden sei. Vielmehr brauchen wir jetzt eine. (Beifall)

Vernunft heißt, die Ziele in den Blick zu nehmen. Das Ziel ist es, das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. Das ist doch völlig klar. Aber um dieses Ziel zu erfüllen, brauchen wir doch Technologieoffenheit. Wir müssen alle Sektoren in den Blick nehmen. Einseitig den Bereich der Energieerzeugung zu nehmen und nach der Kernenergie jetzt beispielsweise die konventionelle Energieerzeugung zum Feindbild zu erklären, das wird uns nicht weiterbringen. (Beifall)

Schon jetzt ist es so, wie Sie hier alle wissen, dass die CO₂-Vermeidungskosten in Deutschland pro Tonne die höchsten der Welt sind, und zwar wegen einer Energiepolitik, die im Kern noch von Jürgen Trittin konzipiert worden ist, nämlich mit Quoten, mit Verboten, mit Subventionen, mit Einspeisevorrang. Im Ergebnis haben wir dann große Kapazitäten von Windenergie, die mit Milliarden subventioniert werden, die aber zu oft abgeregelt werden müssen, weil sie gar nicht die Versorgungssicherheit gewährleisten können. Dafür fahren moderne konventionelle Kraftwerke unterhalb ihres eigentlichen Wirkungsgrades. Das müssen wir ändern. Wir müssen zur Vernunft kommen. Vernunft heißt hier, nicht das politisch und ökologisch Wünschenswerte zu vertreten, sondern auch das ökonomisch Sinnvolle und vor allen Dingen das physikalisch Machbare nicht aus den Augen zu verlieren. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Herr Lindner, Sie haben Recht. An der Stelle sind wir sehr einig. Ich komme auf einen zweiten Punkt zu sprechen, den wir einfach kennen und den wir irgendwann kommen sehen. Das ist folgende Frage: Wenn man jetzt vernünftiger wäre in der Energiepolitik, aber trotzdem den Strukturwandel weitergeht – das ist ja klar –, haben wir natürlich auch die Erfahrungen aus der Steinkohle. Da hatten wir die FDP nicht immer eng an unserer Seite.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Aber nur bei den Investitionen.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Wenn man Strukturwandel politisch induziert – politisch; ich rede nicht von einem marktgetriebenen –, dann ist der, der bestellt und der entscheidet, auch derjenige, der zahlen muss, jedenfalls für die soziale Abmilderung dieser Prozesse.

Das ist natürlich irgendwann – wir haben es ja jetzt schon; in der Kernenergie hat uns niemand geholfen, das abzufedern, denn die Unternehmen waren zu dem Zeitpunkt noch einigermaßen leistungsfähig – etwas, das etwas Neues ist. Ich sage immer gerne: Es geht nicht, am Joystick zu sitzen und die Ziele zu positionieren und sich dann aber dünn zu machen, wenn es darum geht, sozialverträgliche Anpassungsprozesse zu

organisieren. Dazu hätten wir natürlich auch noch gerne zumindest ein Grundbekenntnis. Das ist ja nicht konkret.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja. Aber bevor Sie diesen Schritt schon weitergehen, will ich noch einmal dafür werben, dass die konventionelle Energieerzeugung in offenen Leistungsmärkten auch eine Chance erhält.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Absolut. Deswegen meinte ich das ja.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja. Wir sind uns ja einig. Aber Sie und ich wissen doch, worauf das in den nächsten Wochen hinausläuft. Man muss ja kein Hellseher sein, dass die Grünen Skalps wollen; die wollen Skalps mitbringen. Und die Skalps sollen dann heißen: 2020 Kohlekraftwerke oder Verbot des Verbrennungsmotors 2030, irgendwie so etwas. Sie wissen doch auch, wie das läuft. Die CSU will dann immer eine Pkw-Maut haben, und die Grünen wollen irgendwas abschalten. (Beifall) Und die Auseinandersetzung müssen wir führen. Das ist ein politischer Paradigmenwechsel, der Vernunft bedeutet.

Herr Vassiliadis, Sie wissen ja, ich bin Politikwissenschaftler. Ich weiß nicht, ob synthetische Kraftstoffe im konventionellen Verbrennungsmotor – Power-to-X und diese ganzen Technologien – eine breite Zukunft haben oder ob man tatsächlich auf Elektromobilität geht, alles auf Solar und Wind umzustellen usw., wie die Grünen sich das vorstellen. Ich weiß nicht, was sich am Ende durchsetzen wird. Ich weiß nur eines: Ich bin Politikwissenschaftler und kann es nicht wissen. Frau Göring-Eckhardt ist Theologin; die kann es auch nicht wissen. (Heiterkeit und Beifall)

Also sollten wir den Ingenieuren und Technikern wieder die Entscheidung in die Hand geben, wie die Ziele erreicht werden können, die wir politisch vorgeben. Das ist der Paradigmenwechsel, den eine neue Regierung leisten muss. (Beifall)

Damit habe ich eines schon mit beantwortet. Wenn ich an Power-to-X denke und an offene Leistungsmärkte, dann gibt es auch eine Entwicklungsperspektive für konventionelle Energieerzeugung. Und dort, wo Strukturbrüche drohen – ich komme ja selber aus Nordrhein-Westfalen, aus einer Region, die betroffen sein könnte im Rheinland; ich denke an die Braunkohle –, wird es eine landespolitische Aufgabe sein, schnell beizuarbeiten.

Das Problem bei den auslaufenden Steinkohlesubventionen war ja, dass man sich viel zu lange in der Zeit, als wir, also FDP und IG BCE, gestritten haben, in den 80-er und auch 90-er Jahren, auseinandergesetzt hatte und im Grunde alle wussten, dass das nur aufgrund der Subventionen möglich ist, den Steinkohlenbergbau aufrecht zu erhalten. Wenn man jetzt weiß: Es wird in Richtung auf die 30-er und 40-er Jahre zu Anpassungsprozessen kommen, dann ist es natürlich jetzt ganz anders möglich, auch die wirtschaftliche Struktur zu entwickeln, neue Unternehmen und vor allem auch neue Industriearbeitsplätze zu schaffen. Das muss eine Aufgabe sein.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Okay. – Kommen wir vielleicht noch zu einem Thema, das uns auch sehr beschäftigt und wo wir nicht ganz genau wissen, was die neue FDP tut. Der Begriff Industriepolitik kann ja ein ganz vernünftiger sein oder ein Kampfbegriff. Sie wohnen in Solingen – da habe ich auch mal gewohnt – und wissen, wenn man da wegkommen und pünktlich sein will, dann muss man zu Fuß gehen.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Es geht also um Infrastrukturförderung, es geht um das Anreizen durch den Staat, einfach Infrastrukturinvestitionen vorzunehmen.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja, so ist es. Wir müssen sehr viel mehr tun für die Infrastruktur. Wir sind allerdings beim Hoch- und Tiefbau bereits an gewisse Kapazitätsgrenzen gekommen. Also zu sagen, wir bauen jetzt noch eine Straße, wird schon alleine ein Problem werden, weil Kapazitäten irgendwann auch ausgelastet sind. Die öffentlichen Gelder laufen ja kaum ab.

Ich bin aber für öffentliche Investitionen. Beispielsweise im Bereich der digitalen Infrastruktur sehe ich das als eine Schlüsselaufgabe an. Davon profitiert auch Industrie, profitiert unser Land insgesamt. Wir müssen im Bereich der Schulen 34 Milliarden Euro Sanierungsstau abbauen.

Also ist die Aufgabe, die dem Staat zusätzlich zufließenden Mittel – das sind ja bis 2021 145 Milliarden Euro, ist also Geld, das Ihre Mitglieder, die Facharbeiter noch nicht erwirtschaftet haben, aber Geld, das der Staat bereits verplant hat – zu reservieren für Zukunftsaufgaben. Insoweit müssen wir mehr als in den vergangenen Jahren Disziplin walten lassen.

Ich füge noch einen weiteren Punkt hinzu, damit Sie sehen: Die neue FDP, wie Sie gesagt haben, ist auch zu ganz klassischen Antworten fähig. Ich sehe nicht ein, dass der Staat auf Dauer etwa an der Commerzbank beteiligt sein muss. Wenn die Beteiligung der Commerzbank privatisiert wird, wäre mein Rat, das Geld nicht im Haushalt versickern zu lassen, sondern diesen Milliardenbetrag für einen Investitionsfonds zu nutzen, der ganz gezielt in Schlüsselaufgaben investiert, insbesondere digitale Infrastruktur.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Bei uns geht es ja neben diesen grundsätzlichen Infrastrukturthemen „Digital, Straßen, Logistik“ auch immer ein bisschen um Standorte, die ausgewiesen werden für Industrieansiedlungen.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Das wäre vielleicht auch noch ein Thema.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Das ist zwar jetzt eine landespolitische Frage. Aber ich verweise auf Nordrhein-Westfalen. Wir hatten dort durch die Vorgängerregierung von SPD und Grünen – oder ich sage es besser: durch die grün-rote Vorgängerregierung – einen Landesentwicklungsplan geerbt, der gar keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr geboten hat, übrigens auch nicht für neue Siedlungsflächen. Da wird auf der einen Seite beklagt, es wird zu wenig gebaut, und deshalb steigen die Mieten, und es wird die Mietpreisbremse als Lösung angeboten, also nur eine andere Verwaltung des Mangels, und auf der anderen Seite wird nicht ermöglicht, dass zusätzlich gebaut werden kann.

Das gleiche betraf Industrie- und Gewerbeflächen. Nordrhein-Westfalen hat seit 2010 einen enormen Flächenverlust. Es macht keinen Sinn zu sagen: Wir haben da drüben eine Brachfläche. Wenn Du Deinen Betrieb erweitern willst, dann mache das doch bitte 80 Kilometer weiter weg.

Jetzt ist die Korrektur in Angriff genommen worden. Die neue Landesregierung wird zusätzliche Flächen ermöglichen, indem unser Landesentwicklungsplan in Nordrhein-Westfalen korrigiert wird. Ich empfehle das anderen Ländern in Deutschland als Vorbild.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Ich weiß, dass Sie nicht allzu viel Zeit haben. Deswegen müssen wir unbedingt noch ein Thema ansprechen. Das ist nämlich nicht das gleiche wie Tarifautonomie etc., sondern das ist Ordnung in der Arbeitswelt. Da ist nun der Gesetzgeber bis zu einem gewissen Grade gefordert, auch auf der Bundesebene.

Wir haben die letzte Bundesregierung vor vier Jahren damit aufgefordert, dass wir ein paar Dinge sehen, die nicht mehr in die Analyse von Fachkräftemangel, Digitalisierung, Qualitätsarbeit und Zukunft passen. Die passen eigentlich eher 15 Jahre zurück, als wir Massenarbeitslosigkeit usw. hatten. Das war aus unserer Sicht eine übertriebene Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, ein Weg, der in Flexibilität und Befristungen etc. ging. Darunter leiden vor allem viele junge Menschen, die wir ja gerade für die Zukunft brauchen. Gibt es da auch neue Bewegung in der neuen FDP?

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja, aber kein Zurück, Herr Vassiliadis.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Immer nach vorne.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Wir haben uns gerade so schön über Energie- und Industriepolitik unterhalten. Aber mussten Sie – vermutlich aus dramaturgischen Gründen – jetzt am Schluss noch mal so einen Kracher bringen?

Ich sehe nicht, dass wir zu viel Flexibilität hätten. Mir schreiben im Gegenteil jeden Tag Menschen: „Sehr geehrter Herr Lindner! Bitte helfen Sie mir. Frau Nahles wollte mir helfen.“

Das sind zum Beispiel diejenigen, die auf einem Werkvertrag arbeiten und jetzt plötzlich davon bedroht sind, als Scheinselbstständige eingeordnet zu werden. Die wollen aber eines nicht: einen Anstellungsvertrag und an die Stechuhr gehen. Das möchten die nicht. (Widerspruch) Ja, ernsthaft, die wollen das nicht. Freunde, so ist das eben. – Die wollen das nicht, die wollen keinen Anstellungsvertrag. Die wollen selbstständig sein.

Ich muss Ihnen sagen: Ich sehe es eher als erforderlich an, an dieser Stelle die Gesetze auf veränderte Wünsche von Menschen wieder zurückzunehmen und Flexibilität zu erlauben. Um die prekäre Form von Scheinselbstständigkeit in Angriff zu nehmen, kann man mit Positivmerkmalen arbeiten, die erfüllt sein müssen, damit man Scheinselbstständiger ist, aber nicht per se für Menschen, die als Freelancer – hochqualifiziert, gesucht und hochbezahlt – auf IT-Projekten arbeiten. Ich sehe jetzt nicht den Bereich, bei dem ich sage: Wir haben zu viel Flexibilität, und der Gesetzgeber muss das abräumen.

Was die Frage der Befristung angeht, so mahne ich zu dem, was ich Realismus nenne. Die größte Zahl von Befristungen haben wir zunächst einmal im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich. Das ist also kein Problem überwiegend der Wirtschaft.

Dass jüngere Arbeitnehmer mit Anfang 20 öfter befristet tätig sind, hängt auch damit zusammen, dass wir das G8 hatten, dass die Wehrpflicht aufgehoben worden ist und dass wir konsekutive Studiengänge haben. Die kommen dann mit Anfang 20 als Bachelor auf den Arbeitsmarkt. Die Vorgänger im letzten und vorletzten Jahrzehnt waren zu diesem Zeitpunkt gerade einmal im Bereich des Vordiploms. Das heißt, der Beginn der Erwerbsbiografie verändert sich. Das Ganze nimmt auch noch einen ganz anderen Ausbildungscharakter an.

Nicht zuletzt müssen wir gerade bei den kleinen Betrieben feststellen – ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass ich auch den kleinen gewerblichen Mittelstand in den Blick nehmen muss, der bei einer Industriegewerkschaft Kraft Natur der Sache nicht so stark im Alltagsfokus steht –: Bei einem kleinen Betrieb bedeutet das Recht auf Teilzeit und Rückkehr, dass die Besetzung der Stelle überwiegend befristet erfolgen muss, weil keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn jemand von seinem Recht Gebrauch macht.

Insofern bin ich für einen Dialog da, wo die Flexibilisierung dazu geführt hat, dass Menschen in ihren Chancen beschnitten werden, dass es prekäre Situationen gibt. Sprechen sie mich an, schaue ich jeden einzelnen Fall an. Ich bin nicht Vertreter einer Arbeitgeberpartei, sondern einer Partei der sozialen Marktwirtschaft.

Bezüglich der pauschalen Aussage, wir müssten Flexibilität zurücknehmen, haben Sie im politischen Berlin so viele Ansprechpartner, die Ihnen zustimmen. Seien Sie froh, dass es auch einen gibt, der zunächst einmal skeptisch ist.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Wir wollen auch nicht die Flexibilität zurücknehmen, sondern wir wollen das Ausnutzen der Flexibilitätsmöglichkeiten als Geschäftsmodell angehen.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Das haben wir in der Vergangenheit ja auch getan. Als Schlecker die gesamte Belegschaft entlassen hat und auf Zeitarbeit zurückholen wollte, hat die damalige Regierung, der die FDP angehört hat, diese Gesetzeslücke geschlossen. Einen solchen krassen Missbrauch – das ist keine Frage – muss man bekämpfen.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Es geht uns ja nicht darum, dass wir Befristungen verbieten wollen, sondern wir wollen sachgrundlose Befristungen verbieten. Wenn wir uns also auf den Sachgrund einigen können, sind wir schon einmal einen Schritt weiter. (Beifall)

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Sind denn Teilzeit und das Recht auf Rückkehr aus Teilzeit auch ein Sachgrund?

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Dahinter ist ein Sachgrund, ja.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Aha. Dann nähern wir uns ja schon an. (Heiterkeit)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Die Frau will zurück.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ja, klar. – Ich sage ja nur, was Sie gerade spontan geantwortet haben. Sie haben diesen Zusammenhang bestätigt. Das ist doch schon einmal eine interessante Tatsache.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Wir wollen ja darüber reden. Aber weil wir insgesamt nicht darüber reden, wird das am Ende zum Missbrauchsfall. Wir haben nichts gegen Flexibilität, auch nichts gegen Befristungen. Wir haben ja selber solche Öffnungen in Tarifverträgen.

Aber wir bei der IG BCE setzen uns immer zusammen. Die Betriebsparteien begründen, warum sie von Normalnull abweichen. Normalnull heißt: Wir bilden junge Leute aus. Dann übernimmt man die doch auch bei einem Fachkräftemangel. Was soll denn das? (Beifall) Dieser Punkt ist gemeint.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Dieser Punkt ist gemeint. – Ich sage noch einmal: Es gibt nicht nur Industrieunternehmen, sondern wir haben auch Handwerk und kleine und mittlere Betriebe. Da ist die Belegschaft mitunter groß. In einer Zeit eines fundamentalen Wandels – das dürfen wir nicht ausblenden –, also durch Digitalisierung und den verschärften internationalen Wettbewerb, Flexibilitätsmöglichkeiten für die Beteiligten einzuschränken, das geht nicht ohne Sachgrund. Die politische Einschränkung von Flexibilität müssen wir anhand von Sachgründen diskutieren.

Ich freue mich darauf, dass ich mit Ihnen wieder aus der Rolle eines Bundestagsabgeordneten über die Fragen diskutieren und mich auch mit Ihnen in die Haare kriegen kann. Das macht viel mehr Spaß, als wenn wir das immer hinter verschlossenen Türen machen mussten, weil die FDP zur APO gehörte.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Vielen Dank, dass Sie auf Ihrem zweiten Gewerkschaftskongress waren.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Ich komme gerne wieder.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Es freut uns, dass Sie die wenige Zeit, die Sie haben, genutzt haben, uns mit Ihren Ideen und Meinungen vertraut zu machen. (Beifall) Das erkennen wir an. Das finden wir toll. Wir werden sehen, ob aus der besonderen Konfiguration, die ja erstmalig auf der Bundesebene entsteht, etwas werden kann, was auch in der Konfiguration überrascht.

CHRISTIAN LINDNER (Vorsitzender der FDP)

Aber zunächst noch abwarten! Vielen Dank für die Ermunterung, darüber zu sprechen. Das ist willkommen. Aber ich will Ihnen hier offen sagen, wenn wir schon einmal zusammenkommen: Ich weiß nicht, ob das zu einer Regierung führt. In den letzten Jahren hatten wir nach meinem Dafürhalten das Problem, dass CDU, SPD und Grüne in vielen Fragen ununterscheidbar waren. Der Chefredakteur der „ZEIT“ sprach einmal von einem grünen Mainstream in Deutschland. Damit meinte er nicht ökologische Verantwortung, sondern eine Art des Denkens. CDU, SPD und Grüne haben das weitest-

gehend geteilt. Frau Merkel hat es an vielen Stellen verkörpert, Stichwort „Flüchtlingspolitik“. Die ganze Mitte in Deutschland war geräumt.

Wer hat sich denn für Ihre tariflich Beschäftigten eingesetzt? Das sind doch keine prekär Beschäftigten, sondern das sind Steuerzahler. Die leiden unter einer ideologisierten Energiepolitik im Betrieb. Denen wird das, was Sie an den Verhandlungstischen erzielen, über die kalte Progression wieder weggenommen. Dann zahlen sie privat noch Stromsteuer auf die EEG-Umlage, die ihnen im Betrieb das Leben schwermacht. Die Leute haben festgestellt – wie gesagt, die Mitte ist geräumt worden –: Niemand kümmert sich um mich und meine Belange. – Dann ist am rechten Rand des politischen Spektrums, weil die Mitte geräumt war, eine Protestpartei gewachsen. Die Menschen dachten: Aus Notwehr muss ich die jetzt mal wählen, um Merkel zu bestrafen. – Das war doch der Zusammenhang.

Was glauben Sie denn, wie unsere politische Landschaft aussähe, wenn sich auch noch die FDP von Frau Merkel in diesen Einheitsbrei einrühren lassen würde, wenn also eine Jamaika-Koalition im Grunde genommen nur das fortsetzen würde, was vorher die Große Koalition gemacht hat? – Das kann ich Ihnen sagen: Das werde ich nicht machen. In diesem Fall wäre Opposition, wie der große Philosoph Franz Müntefering gesagt hat, nicht Mist. In diesem Fall wäre Opposition auch Teil staatspolitischer Verantwortung, damit das demokratische Gespräch erhalten bleibt.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Dann schauen wir mal. – Vielen Dank, dass Sie da waren. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir hatten Euch vor dem Gespräch mit Christian Lindner eine Pause versprochen. Das wollen wir jetzt auch gerne einhalten. Wir machen aber bitte nur eine kurze Pause von zehn Minuten. Danach würden wir gerne die Antragsberatung fortsetzen. Dann übergebe ich an Brigitte Bauhoff.

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 18:08 bis 18:22 Uhr)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort. Die Antragskommission hat das Wort.

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen die Antragsberatung fortsetzen.

Ich rufe auf:

Antrag E 041

Offensive Mitbestimmung – IG BCE stark im Betrieb

An E 042

Änderung des § 15 Kündigungsschutzgesetz Erweiterter Schutz von Initiatoren einer Betriebsratswahl

Der Leitantrag E 041 misst die Bedeutung der Mitbestimmung am Erfolg des Modells Deutschland und beschreibt detailliert die unterschiedlichen Handlungsfelder bei der Fortsetzung der Offensive Mitbestimmung.

Mit Antrag E 042 soll erreicht werden, dass auch drei Wahlinitiatoren bei Aufruf zu einer Wahlversammlung durch eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft Kündigungsschutz erhalten.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme von E 041 und Annahme von E 042 als Material zum Antrag E 041.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Danke.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 043

Höchstüberlassungsdauer im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz auf den Arbeitsplatz beziehen

Die Höchstüberlassungsdauer soll sich nicht mehr auf die einzelnen Arbeitnehmer oder den einzelnen Arbeitnehmer, sondern auf den zu besetzenden Arbeitsplatz beziehen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegt mir die Wortmeldung von Michael Petersen aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertenummer 287 vor.

MICHAEL PETERSEN (Hamburg)

Schönen guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht einfach, zwischen Bundesprominenz und Eurem Wunsch, zu essen und nach Hause zu gehen, zu sprechen. Ich versuche, mich zu fokussieren.

Trotzdem ein Satz zur FDP. Ich bin schon älter. Für mich ist die FDP die Partei des personifizierten Eigennutzes: Jeder kümmert sich um sich selbst, und dann ist für alle gesorgt. Das ist deren Verständnis von Sozialstaat. (Beifall)

Zur Leiharbeit liegt Antrag E 043 vor. Es kommen noch E 047, E 050, E 051, der in seinen Forderungen relativ weit geht, und dann gibt es noch im Block „Tarifpolitik“ die beiden Anträge F 026 und F 027. Als ich sie gelesen habe, habe ich das Gefühl gehabt, da haben sich Kollegen zusammengesetzt und wollen mit diesem Problem umgehen und versuchen, an verschiedenen Punkten die Lage von Leiharbeitern zu verbessern und/oder das Problem in den Griff zu bekommen.

Das finde ich alles gut und richtig, und ich beabsichtige auch, den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen. Aber die Annahme dieser Anträge und selbst deren Umsetzung löst das zugrunde liegende Problem nicht.

Das Problem kann ich in einem Wort zusammenfassen: Leiharbeit bedeutet Spaltung. Sie bedeutet auf der einen Seite die Spaltung in der Gesellschaft. Eine Million Leiharbeiter und deren Familien haben keine Perspektive, keine Planungssicherheit, sind in

der Regel und zum großen Teil im Niedriglohnsegment festgenagelt. Das treibt einen heftigen Keil in unsere Gesellschaft.

Auf der anderen Seite bedeutet sie auch Spaltung im Betrieb, weil unsere Kollegen, und zwar sowohl die Leiharbeiter als auch die Stammebelegschaften, spüren, dass es auf einmal eine Zweiklassengesellschaft im Betrieb gibt. Das mögen sie nicht. Das übt auch Druck auf unsere Stammebelegschaften aus, weil die Tatsache, dass neben dir ein Leiharbeiter steht, auch bedeutet, dass die Firma dir signalisiert: Auch deinen Arbeitsplatz kann ich morgen mit einem Leiharbeiter besetzen. Natürlich übt das Druck aus, und die Firmen signalisieren damit: Leiharbeiter sind billiger und williger, und euch brauchen wir gar nicht.

Es hat negative Auswirkungen auf das, was Betriebsräte machen können, wenn wir zwar für gewisse Teile der Belegschaft zuständig sind, bei denen wir andere Möglichkeiten des Kontakts haben und die ein anderes Verhältnis zu uns haben – viel Vertrauen oder aber weniger –, und natürlich nagt es im Prinzip an der grundsätzlichen gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit, wenn wir Teile der Belegschaft haben, die wir so gar nicht mehr erreichen oder nicht mehr so erreichen wie in der Vergangenheit und die wir nicht so organisieren können und mit denen wir nicht so zusammen aktiv werden können, wie wir das mit homogenen Stammebelegschaften können.

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist aus meiner Sicht das zugrunde liegende Problem. Ich denke, die Aufgabe ist größer, als diese Anträge anzunehmen und irgendwie weiterzumachen. Aufgabe ist es vielmehr, dass die IG BCE, dass wir gemeinsam, erstens die Betriebsräte, die in ihren Betrieben etwas gegen Leiharbeit machen wollen, stärker unterstützen, dass wir sie in Netzwerken und im Austausch zusammenbringen und schauen, was man im Betrieb effektiv von Betriebsratsseite aus gegen Leiharbeit machen kann.

Dann brauchen wir zum Zweiten eine tarifpolitische Fantasie, mit der wir wieder dahin kommen, dass für gleiche Arbeit auch wirklich gleicher Lohn bezahlt wird und dass es für Unternehmer unattraktiv wird, mindestens wirtschaftlich unattraktiv wird, Teile der Belegschaft durch Leiharbeit zu ersetzen.

Ich kann es mir leisten zu sagen: Ich finde, dass das, was die IG Metall jetzt gemacht hat, die Höchstüberlassungsdauer des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu erweitern, die falsche Richtung ist. (Beifall) Das gibt den Leiharbeitern und in die Gesellschaft hinein das Signal: Gewerkschaft akzeptiert die Zweiklassengesellschaft auf Dauer. Das ist falsch, Kolleginnen und Kollegen.

Das Dritte, was vor uns steht, ist unter den geänderten politischen Rahmenbedingungen nicht einfach. Wir müssen schauen, welche anderen Gewerkschaften, welche gesellschaftlichen Kräfte sonst noch – Organisationen und Parteien – bereit sind, sich mit uns zusammen in der Gesellschaft gegen Leiharbeit zu positionieren – nicht gegen die Leiharbeitnehmer, sondern gegen das Institut der Leiharbeit.

Ich sage ganz bewusst: gegen Leiharbeit. Ich spreche nicht von Missbrauch, weil Missbrauch unterstellt, das sei eigentlich gut, und es gebe nur ein paar Auswüchse.

Kolleginnen und Kollegen, eine Million Leiharbeiter, 70 Prozent davon nicht länger als drei Monate am Arbeitsplatz – ich kann nicht erkennen, was daran noch gut sein soll. Ich kann nur noch erkennen, dass es eine Spaltung gibt, dass es diese Zweiklassengesellschaft gibt, dass wir sie im Betrieb haben, dass wir sie in der Arbeitnehmerschaft haben. Das ist kein gelegentlicher Missbrauch, Kolleginnen und Kollegen, das ist ein flächendeckender Missstand, und dieser Missstand muss weg! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Michael.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir gehen daher direkt in die Abstimmung. Wer für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Ich sehe drei. **Bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Nun kommen wir zum

Antrag E 044

Verankerung der Mitbestimmungspflicht für Betriebsräte im BetrVG bei der Vergabe von Werkverträgen

Die Antragskommission sieht den Antrag durch Umsetzung als erledigt an.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – **Bei fünf Stimmenthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 045

Neudefinition „Betrieb“-Begriff

Der Antrag will eine Neudefinition des „Betrieb“-Begriffs, um vor dem Hintergrund einer zunehmenden Entkoppelung des Arbeitsplatzes von Ort und Zeit eine arbeitnehmerfreundlichere Rechtsprechung zu bewirken und auf gesetzliche Regelungen Einfluss nehmen zu können.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen. Daher gehen wir direkt in die Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen. **Das heißt, bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird jetzt:

Antrag E 046

Schutz und Ausbau von Mitbestimmungsstrukturen in Deutschland

Der Antrag enthält wichtige Anregungen zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung. Allerdings sind einige Punkte entweder nicht konkret genug ausformuliert oder von ihrer Aussage her nicht richtig, wie im Absatz mit den Zeilen 86 bis 92, bzw. rechtlich nicht durchsetzbar, wie in Zeile 174.

Deshalb die Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 047

Gute Arbeit – Leiharbeit und Werkverträge begrenzen

Der Antrag entspricht den Positionen der IG BCE. Daher empfiehlt die Antragskommission Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen. Daher gehen wir wieder direkt in die Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen. **Bei zwei Stimmenthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Dann kommen wir zum

Antrag E 048

JAV-Zuständigkeit für alle Auszubildenden und altersunabhängige Wahlberechtigung für Auszubildende bei der JAV-Wahl

Der Antrag E 048 tritt unter anderem bei der JAV-Wahlberechtigung für eine Streichung der Altersgrenze von 25 Jahren ein.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Neun Enthaltungen. **Das heißt, bei zwei Gegenstimmen und neun Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Es folgt nun:

Antrag E 049

Anhebung der Altersgrenze für die Wählbarkeit in eine JAV

Die überarbeitete Empfehlung der Antragskommission lautet: Ablehnung von E 049. Wir folgen damit auch dem Beschluss der Bundesjugendkonferenz, zumal der gerade beschlossene Antrag E 048 weitergeht.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Daher bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – **Bei einer Gegenstimme und wenigen Stimmenthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.** (Zuruf) Peter hat vorgelesen, dass die Antragskommission im Gegensatz zum gedruckten Text ihre Empfehlung geändert hat. Und das war Ablehnung, weil E 048 weitergehender war.

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 050

Zurückdrängung von prekären Arbeitsverhältnissen in den Unternehmen

Antrag E 051

Leiharbeiter/Leiharbeiterinnen

Die Botschaft des Antrags E 050 ist unzweideutig. Der Antrag E 051 hat ein vergleichbares Ziel, entspricht aber nicht in jedem Aspekt der Beschlusslage der IG BCE, konkret die angesprochene Sechsmonatsfrist.

Daher lautet die Empfehlung der Antragskommission: Annahme von E 050 und Annahme E 051 als Material zum Antrag E 050.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird:

Antrag E 052

Änderung des § 95 BetrVG Auswahlrichtlinien ab 200 Arbeitnehmern

Der Antragsteller will, dass der Betriebsrat ein Initiativrecht bei der Aufstellung von Auswahlrichtlinien in den Betrieben mit 200 Arbeitnehmern bekommt. Derzeit besteht dieses Recht erst ab 500 Arbeitnehmern.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier habe ich keine Wortmeldungen. Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Dann kommen wir zu:

Antrag E 053

Mehr Mitbestimmung für die junge Generation

sowie

Antrag E 054

Änderung des §9 und § 62 BetrVG bezüglich der Zusammensetzung von JAVen

Der Antrag E 053 erwartet eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der JAVen und benennt eine Reihe konkreter Maßnahmen. Der Antrag E 054 konzentriert sich auf die Zusammensetzung der JAVen.

Die Empfehlung: Annahme von E 053 und Annahme von E 054 als Material zum Antrag E 053.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hier liegt mir eine Wortmeldung vor. Der Kollege Timo Bergmann aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer 045 spricht als Antragsteller.

TIMO BERGMANN (Hannover)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitbestimmung ist ein oder, besser gesagt, *das* Kernthema unserer Organisation. Wir versuchen stetig, diese zu verbessern und zu leben. Dieser Antrag ist als Beitrag der Jugend zur „Offensive Mitbestimmung“ zu sehen. Die Mitbestimmung ist ein wichtiges Gut nicht nur für Betriebsräte, sondern auch für Jugend- und Auszubildendenvertreter.

Wir haben bei den JAVis ein großes Problem. 60 Prozent aller JAVis werden bei den Wahlen neu gewählt. Natürlich ist es schön, dass wir immer wieder so viele finden, die Lust darauf haben, diese Aufgaben zu übernehmen. Aber das zeigt auch, dass es gewisse Probleme zu geben scheint, sodass Leute sich nicht wiederwählen lassen. Die alten JAVis scheiden nicht immer aus, weil sie die Altersgrenze überschreiten, sondern oftmals auch, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen und das Gefühl haben, dass ihnen nicht wirklich zugehört wird und sie nicht so beteiligt werden, wie es sein sollte.

Zwar läuft in den meisten Fällen die Zusammenarbeit zwischen JAV und BR gut bis sehr gut; keine Frage. Leider bekommen wir aber auch immer öfter mit, dass JAVis nicht wirklich ernst genommen werden. Sie werden in Diskussionen zu Themen der Ausbildung nicht berücksichtigt; ihnen werden Informationen zu spät oder sogar gar nicht zugetragen.

So kann eine gute JAV-Arbeit nicht gemacht werden. JAVis müssen rechtzeitig mit einbezogen werden, um ihrer Aufgabe als Vertreter der Azubis und jugendlichen Angehörigen gerecht werden zu können. Ergebnisse dürfen nicht stehen, bevor die JAV mit einbezogen wurde. (Beifall)

Unsere JAVis sind gut. Sie wissen, was sie wollen, und sind näher an den Themen der Ausbildung als die meisten anderen in den Betrieben – nicht zuletzt dank der guten Jugendbildungsarbeit, die in der IG BCE geleistet wird. Wir sprechen gerne über alle Themen mit Experten. Die JAVis sind in den Betrieben unsere Experten für die Ausbildung.

Ein weiteres großes Problem, das sicherlich auch einige hier kennen, ist die Behinderung von Betriebsratsarbeit. Es muss aber darauf geschaut werden, ob diese Behinderung auch bei der Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertreter stattfindet. Wir müssen schauen, ob diese Arbeit behindert wird – sei es durch Ausbilder, durch Kollegen, vielleicht auch durch die Berufsschule oder im Worst-Case-Szenario sogar durch Be-

etriebsräte, die vielleicht Angst vor hoch motivierten und qualitativ vorne agierenden JAVis haben.

Unsere jungen Interessenvertreter müssen unterstützt und geschützt werden, damit sie den Glauben an die Mitbestimmung nicht verlieren. – Vielen Dank. und Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Timo. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, sodass wir direkt in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Fünf Gegenstimmen. Enthaltungen? – 17 Enthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ADOLZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird:

Antrag E 055

Förderung junger Potenziale in Betriebsräten

Der Antrag will eine gezielte Förderung des Nachwuchses für Betriebsräte und Vertrauensleutkörper.

Die Antragskommission empfiehlt selbstverständlich Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier habe ich eine Wortmeldung vorliegen, und zwar von Markus Abdalla aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer 030; er spricht auch als Antragsteller.

MARKUS ABDALLA (Köln-Bonn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Hinblick auf unseren demografischen Wandel wollen wir mit unserem Antrag noch einmal klarmachen, wie wichtig es ist, junge Potenziale in unseren Betriebsratsgremien zu fördern. Denn wir wissen alle, dass man nicht von heute auf morgen in die Betriebsratsarbeit eingearbeitet werden kann. Es kann nicht sein, dass ein sehr engagierter Jugend- und Auszubildendenvertreter nach seiner Amtszeit bei der Betriebsratswahl ganz hinten in der Liste einsortiert wird. Dadurch haben sehr gute, sehr qualifizierte und sehr engagierte Jugend- und Auszubildendenvertreter keine Chance, sich nach der JAV-Zeit im Betrieb zu engagieren.

In unseren Betriebsratsgremien sind nur wenige Betriebsräte unter 35. Es gibt bereits ein Nachwuchsförderungsprogramm der Bereiche Mitbestimmung, Bildung und Junge Generation. Solche Ansätze können aber nur funktionieren, wenn sie in den Betriebsratsgremien auch genutzt werden.

Wir als IG-BCE-Jugend würden uns sehr freuen, wenn Ihr der Empfehlung der Antragskommission folgen würdet. – Vielen Dank und Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und bitte daher diejenigen, die für die Empfehlung der Antragskommission sind, um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Acht Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – **Bei acht Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.**

PETER ADOLZO (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag E 056

**Stärkung der Rechte im Betriebsverfassungsgesetz
von JAVen und Betriebsräten mit einem Mitglied**

Antrag E 057

**Stärkung der Rechte im Betriebsverfassungsgesetz
von JAVen und Betriebsräten mit einem Mitglied**

Die Forderung geht schon aus den Überschriften klar hervor.

Die Empfehlung lautet: Annahme von E 056. Bei Annahme von E 056 betrachten wir den Antrag E 057 als erledigt, da er nahezu wortgleich ist.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Daher können wir direkt in die Abstimmung gehen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe zwei Enthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission bei zwei Enthaltungen gefolgt.**

PETER ADOLZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird jetzt:

Antrag E 058

Probezeit bei der Übernahme abschaffen

Die Botschaft ist klar.

Die Empfehlung der Antragskommission ist ebenso klar: Wir empfehlen Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier gibt es keine Wortmeldungen. Ich denke auch, dass da ganz viele Karten nach oben gehen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe eine. **Bei einer Enthaltung wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ADOLZO (Antragskommission)

Ich rufe nun auf:

Antrag E 059

Genehmigungsfrist Urlaubsanträge

Der Antrag will, dass der Arbeitgeber nur innerhalb von vier Wochen einem Urlaubsantrag widersprechen kann.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. – Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Eine. **Bei einer Enthaltung wurde der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.**

PETER ADOLZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird:

Antrag E 060

Sicherheit für Industrie- und Chemieanlagen

Der Antrag fordert, die Gespräche über Standards und Qualität von Werkfeuerwehren fortzusetzen und gemeinsame Eckpunkte zu vereinbaren, die den hohen Sicherheitsanforderungen der chemischen Industrie auch künftig gerecht werden.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Es gibt keine Wortmeldungen. Deswegen bitte ich diejenigen um das Kartenzeichen, die für die Empfehlung der Antragskommission sind. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. **Ohne Gegenstimmen und mit einer Stimmenthaltung wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Als letzten Antrag des Antragsblocks E rufe ich jetzt auf:

Antrag E 061

Ausweitung der Übertragung von Resturlaub auf Tarifurlaub

Die Antragstellerinnen wollen eine gesetzliche Regelung, damit eine Übertragung von gesetzlichem Resturlaub, der krankheitsbedingt nicht genommen werden konnte, auf den Tarifurlaub ausgeweitet wird.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme mit folgenden Änderungen: Die Zeilen 6 bis 28 werden zur Begründung und vor den bisherigen ersten Absatz der Begründung eingefügt.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Daher können wir wieder in die Abstimmung gehen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe zwei Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine Stimmenthaltungen. **Bei zwei Gegenstimmen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zum

Sachgebiet F – Tarifpolitik

Ich werde hiervon einen Teil übernehmen; den zweiten Teil übernimmt Kollege Klippel.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ihr habt auch den Initiativantrag diesem Sachgebiet zugeordnet. Er wird als letzter Antrag in diesem Sachgebiet aufgerufen.

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag F 001

Stärkung der Tarifbindung, Gestaltungsauftrag der Tarifvertragsparteien

Dieser Leitantrag unterstreicht die Bedeutung, aber auch die Vorteile von Flächentarifverträgen und einer hohen Tarifbindung. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ralf Sikorski mit der Teilnehmernummer 005 spricht zu F 001 und F 011.

RALF SIKORSKI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Das Einverständnis des Präsidiums vorausgesetzt und mit Blick auf die Uhr würde ich gerne die Hauptvorstandsanträge F 001, F 011 und in Absprache mit Oli Zühlke, der sich vorbereitet hatte, Antrag F 033 zusammenfassen, damit wir ein bisschen Zeit gewinnen. Weil wir in den letzten Tagen doch ziemlich grundsätzlich und auch in der medialen Begleitung – auch heute haben wir es wieder gehört, gestern bei Andrea Nahles – einen Teil der Themen, die wir angesprochen haben, wie Tarifbindung, Arbeitszeitfragen etc., schon ganz gut positioniert haben, möchte ich das Ganze kurz zusammenfassen.

Ich will beginnen mit meiner herzlichen Bitte, der Empfehlung der Antragskommission, die Michael Klippel, finde ich, gestern exzellent vorgestellt und begründet hat, für diesen Antragsblock jeweils zu folgen. Ich kann nur wiederholen, was wir versprochen haben: Wir werden die Anträge, die zur Weiterleitung an den Hauptvorstand empfohlen worden sind, zeitnah an die jeweilige Tarifkommission, die es betrifft, weiterleiten und sie dort in den kommenden Tarifkommissionssitzungen auch bereden und darüber entscheiden, wie man damit umgeht.

Das gilt auch – ich sage das ausdrücklich – für den Antrag F 002, in dem es um die Schlichtungsregelung geht. Auch diese werden wir insbesondere im Hauptvorstand, weil es ja nicht nur eine tarifpolitische, sondern vor allen Dingen auch eine Frage sozial-partnerschaftlicher Logik ist, thematisieren und dort in der Zuständigkeit haben.

Mit Blick auf das, was Peter eingangs gesagt hat, und das, was unsere Erfahrung war, will ich an dieser Stelle hinzufügen, dass die Schlichtungsregelung in den letzten Jahren eigentlich nie das Thema gewesen ist, weil sie uns dazu gezwungen hat, als Sozial- und als Tarifpartner entsprechend zu Ergebnissen zu kommen.

Aber ich sage auf der anderen Seite genauso deutlich – das werden wir dann dort, wo es hingehört, zu bereden haben –: Wenn erkennbar wird, dass der Wille, die Motivation, an Lösungen zu arbeiten und auch in Themen weiterzukommen, nicht mehr gesehen werden kann, dann ist diese Schlichtungsregelung zumindest in dieser Form auch nicht in Beton gegossen. Das werden wir uns zu gegebener Zeit entsprechend anzuschauen haben.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, und zwar das Thema Tarifbindung, Antrag F 001. Dazu ist eine Menge gesagt worden. Ich glaube, die Vorteile der Flächentarifverträge hat unser Kollege Peter Hausmann am Montag noch mal im Geschäftsbericht

deutlich gemacht. Er hat dabei auch aufgezeigt, welche innovativen Elemente – wie Auszubildende, wie die Frage der Demografie etc. etc.; ich muss das nicht alles wiederholen – wir hier für uns haben.

Wir haben in der Organisation 3.000 Tarifverträge, die wir auf den unterschiedlichen Ebenen – von Haus- bis Flächentarifverträgen – zu bearbeiten haben. Über die Tarifgebundenheit und die Vorteile von Tarifverträgen ist etwas gesagt worden.

Wir haben in den letzten zwei Tagen alle gelernt und hier gehört: Es gibt zwei Wege, Tarifbindung zu erhöhen. Der eine ist der politische Vorrang für die Unternehmen, die sich dem Grundinstrument sozialer Marktwirtschaft, zu dem wir heute ja jede Menge Bekenntnisse gehört haben, letztendlich stellen. Wer in seinen Reden die soziale Marktwirtschaft zum Erfolgsfaktor für Deutschland erklärt, der muss auch akzeptieren, dass es Instrumente braucht, um diese Regularien auf Augenhöhe schaffen zu können.

Vielleicht kann man Christian Lindner helfen, wenn er die Sorge hat, wir würden über Zwang reden, wenn es darum geht, Gesetze so zu gestalten, dass innerhalb der Gesetze für die Tarifpartner als Instrument sozialer Marktwirtschaft eine Öffnung geschaffen wird, um Passgenauigkeit für die jeweiligen Bereiche hinzubekommen. Sich dieser Solidargemeinschaft in unseren Grundprinzipien nicht unterwerfen zu wollen, ist nach der Verfassung gutes Recht der Unternehmen. Aber dann muss man nicht von Zwang reden, wenn diejenigen, die das tun und damit einen Beitrag zu unserem System sozialer Marktwirtschaft leisten, auch die entsprechenden Möglichkeiten bekommen, das zu regulieren. Ich finde, das ist nur recht und billig. Wenn Gesetze die Tarifpartner ausdrücklich ansprechen, kann es nicht sein, dass diejenigen, die sich der Solidargemeinschaft entziehen, weil sie nicht tarifgebunden sind, anschließend die Vorteile auch noch zum zweiten Mal bekommen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Den zuhörenden Arbeitgebervertretern will ich noch etwas zum Thema OT-Verbände sagen; auch dies haben wir ja in den unterschiedlichsten Reden kurz angesprochen. Wir haben in der Chemie nun wahrlich keine Massenbewegungen in diesem Bereich; das will ich gerne zugestehen. Es haben auch nicht alle regionalen Arbeitgeberverbände der Chemie OT-Verbände gegründet. Es scheint offensichtlich an dieser Stelle auch ohne sie zu gehen.

Aber als das vor ein paar Jahren gemacht worden ist, war eine der wichtigen Begründungen: Ja, das ist eine Art Schnupperkurs für neue Unternehmen, die wir hereinholen, damit sie in die Logik von Tarifverträgen hineinwachsen. Es klang ein bisschen wie eine Aufzuchtstation für junge Unternehmen. Ich kann aber nicht erkennen, dass es anschließend eine Riesenbewegung aus der OT-Logik in die tarifgebundene Logik gegeben hätte. Es kann sein, dass es einen Einzelfall gibt, der mir nicht bekannt ist. Ich habe es nicht erkannt.

Ich weiß nur, dass ein Bauer, der eine Obstplantage hat, einen Baum, der keine Früchte trägt, am Ende des Tages nicht mehr braucht. Wenn diese Logik nicht stimmt und nicht funktioniert, dann kann man sich ja jederzeit davon verabschieden. Was die Leute nicht verstehen, ist, dass wir auf der einen Seite Flexibilitätsinstrumente in unseren Tarifverträgen haben, dass wir Öffnungsklauseln eingebaut haben, um die Fläche zusammenzuhalten, dass wir verbandsgebundene Haustarifverträge haben, die zwar Spezifika aufgrund der Situation der Betriebe zulassen, aber in die Tariflogik und in unser gemeinsames Wirken eingebettet sind, die Unternehmen aber dann noch aus der eigenen Struktur heraus die Möglichkeit bekommen auszusteigen, indem OT-Verbände gegründet werden. Das passt nicht zusammen, Kolleginnen und Kollegen.

Lasst mich auch einen Satz zur Entgeltpolitik sagen; es geht um den Antrag S 011. Ich glaube, es ist klar – das wird auch aus dem Antrag deutlich –, dass Entgeltpolitik das Kernstück gewerkschaftlicher Arbeit bleibt; Peter hat die Erfolge der letzten Jahre beschrieben.

Ein Diskussionspunkt in dem Zusammenhang sind sicherlich – ich benutze jetzt die Begriffe, die allgemein auftauchen – Festbeträge bzw. besondere Leistungen für untere Entgeltgruppen. Auch das werden wir uns in den jeweiligen Tarifkommissionen anzuschauen haben, und das ist am Ende des Tages weder in die eine Richtung noch in die andere Richtung ein Dogma. Denn wir haben ganz unterschiedliche Situationen in den jeweiligen Tarifbereichen. Wir haben eine extrem große Spreizung zwischen den unteren und den oberen Entgeltgruppen. Wir haben, wie in der Chemieindustrie, Entgeltgitter, in denen die Beträge zwar unterschiedlich gewachsen sind, aber die Abstände zwischen den Entgeltgruppen einer bestimmten Logik unterliegen. Wir müssen offen darüber reden, wie wir mit Blick auf gesellschaftliche Themen wie Altersvorsorge und Rente umgehen, wenn es um Branchen geht, in denen die unteren Entgeltgruppen nicht ganz so weit weg sind vom gesetzlichen Mindestlohn. In solchen Bereichen müssen wir auch einen Blick auf die Folgewirkungen werfen. Insofern dürfen solche Instrumente nicht zur ständigen Einrichtung gehören, aber eine Möglichkeit darstellen. Ich will damit sagen, dass es neben den Festbeträgen eine Reihe von Instrumenten für diejenigen gibt, die in der Entgeltskala einer großen Spreizung unterliegen. Für die Kolleginnen und Kollegen sollten wir etwas tun. (Beifall)

Wichtig ist mir, dass wir in der Diskussion – hier und da fiel diese Bemerkung – nicht der Logik verfallen, zwischen den Entgeltbereichen zu denken und die Scheren zu schließen. Ich habe gesagt, wir haben unterschiedliche Logiken in den Entgeltgittern. Aber es muss aus meiner Sicht nicht vordergründig in der Argumentation so sein, dass wir die Schere zwischen den Entgeltgruppen schließen, sondern dass wir die Schere zwischen dem, was an Arbeitseinkommen in diesem Land möglich ist, und dem, was an Kapitaleinkommen in diesem Land möglich ist, schließen. Wir müssen da, wo entsprechend gut verdient wird, auch die Beteiligung entsprechend organisieren. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ralf, ich weiß, dass Du an die zehn Minuten Redezeit nicht gebunden bist, aber Du hast sie schon erreicht.

RALF SIKORSKI (geschäftsführender Hauptvorstand)

Ja, in einer Minute bin ich fertig. – Ich möchte noch einen Satz zum Thema Arbeitszeit sagen; dazu haben wir in den letzten Tagen schon eine Menge gehört.

Wir nehmen bei unseren Beschäftigten Bedürfnisse wahr, und es wird mit Blick auf all die Themen, die wir hier rauf und runter diskutiert haben, zu Änderungen kommen. Ich möchte die Arbeitgeber an der Stelle einladen, Dogmen abzulegen. Wenn wir über Flexibilität reden, dann geht es uns darum, Flexibilität in einem positiven Sinne zu gestalten.

Arbeitszeitflexibilität muss da, wo man sie einführt, zur Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führen, aber nicht zu weiterer Belastung. (Beifall) Und Arbeitszeitflexibilität ohne Arbeitszeitsouveränität der Menschen passt auch nicht. Wenn wir uns darauf verständigen, ist der F 033 in seiner Substanz etwas, was uns nach vorne bringen kann.

Ich habe den Satz am Montag schon einmal gesagt: Am Ende des Tages geht es darum, ob wir es schaffen, das, was uns ausgezeichnet hat, nämlich soziale Innovationskraft über Sozialpartnerschaft und unsere Instrumente hinzubekommen, auch in den kommenden Jahren zu erreichen. Ich bin guter Hoffnung. Sie müssen sich an der Stelle entsprechend bewegen. – Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Ralf. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir können in die Abstimmung eintreten. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.** (Vereinzelt Beifall)

PETER ADOLZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird nun der

Antrag F 002

Kündigung der „Schlichtungsregelung der Chemischen Industrie“ vom 28. Oktober 1981 zum 31. Dezember 2018

Die Forderung ergibt sich aus der Überschrift. Die Empfehlung der Antragskommission: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegt mir eine Wortmeldung vom Kollegen Jose Torres aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer 288 vor.

JOSE TORRES (Hamburg)

Seid begrüßt, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erst einmal einen Ausflug in die letzte Tarifrunde machen, um das Thema zu verdeutlichen. Ein paar Tage nach der Verkündung des Ergebnisses der Tarifrunde ist von der Organisation verkündet worden, diese Schlichtungsregelung werde bis zum 31. Dezember 2018 verlängert. Also, plötzlich wurde das – und so ist das von unseren Mitgliedern aufgefasst worden, insbesondere auch von den ehrenamtlichen Tarifelegierten – als Verhandlungsmasse mit hineingegeben, und gerade unsere ehrenamtlichen Tarifelegierten sind in diese Entscheidung nicht involviert worden. Es mag ja sein, dass es hinter dem Komma noch etwas bewirkt hat, weil wir es noch mit hineingegeben haben. Das ist auch gar nicht mein Kritikpunkt an der Stelle. Vielmehr kritisiere ich, dass die ehrenamtlichen Tarifverhandlungsmitglieder völlig außen vor gelassen worden sind und zu Unrecht Prügel in ihren Betrieben dafür bekommen haben. (Beifall)

Ansonsten ist es doch legitim, dass man diese Schlichtungsregelung auf den Prüfstand stellt und generell hinterfragt, ob diese Regelung noch zeitgerecht ist. Ich erinnere mich sehr wohl an ein paar Kommentare unseres verantwortlichen Tarifleiters, Peter Hausmann, der in mehreren Veranstaltungen gesagt hat, es gestalte sich immer schwieriger, die Tarifforderungen auch qualitativ durchzusetzen. Klar, wir haben etliche Ergebnisse erzielt, aber am Ende ist es doch so, dass es für uns immer schwieriger wird. Sozialpartnerschaft hin oder her – manchmal kommt es mir so vor, als ob diese Erklärung unsererseits ein bisschen zu einseitig wäre, also vonseiten der IG BCE an den Bundesarbeitgeberverband. (Vereinzelt Beifall)

Aufgrund dieser Tatsache aus dem Jahr 2015 ist eine heftige Diskussion entbrannt. Diese Diskussion war aber gut. Denn am Ende haben sich viele Funktionäre unserer Organisation gefragt, ob diese Regelung überhaupt noch von Vorteil ist, ob sie überhaupt noch sinnvoll ist.

Ich verstehe diesen Antrag allerdings anders als mein Vorredner, der ihn kurz angerissen hat. Mit diesem Antrag ist eigentlich nicht die Weiterleitung an den Hauptvorstand gemeint, sondern der Arbeitsauftrag an den Hauptvorstand besteht darin, diese Schlichtungsregelung zu kündigen. Damit bauen wir eine Hürde ab. Damit sind wir besser gewappnet, um zukünftige Forderungen bei Tarifverhandlungen durchzusetzen.

Unterstützt den Antrag! – Danke und Glück auf!

HORST SCHEBSDAT (Mainz)

Ich habe eine Verständnisfrage an die Antragskommission. Wenn wir der Empfehlung der Antragskommission nicht folgen, was passiert dann mit dem Antrag? Wenn wir Annahme wollen, was müssen wir dann machen?

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vielleicht noch einen Augenblick Aufmerksamkeit.

Ich hatte ja gestern versucht, deutlich zu machen, warum wir hier Weiterleitung an den Hauptvorstand entscheiden. Auch eine Schlichtungsregelung ist ja ein Ding zwischen den Sozialpartnern. Am Schluss ist auch eine Schlichtungsregelung ein Thema, das in der jeweiligen Tarifkommission beraten wird. (Beifall)

Es hilft mir und uns heute nichts. Egal, was wir hier heute beschließen: Ich glaube, wir wissen alle, um was es da geht, zumindest diejenigen, die in der Chemietarifkommission sind. Auch ich gehöre dazu; ich weiß das also auch. Da bleibt ein komisches Gefühl.

Ich verstehe auch, was hier diskutiert wurde. Aber es hilft uns jetzt hier nicht, wenn wir Annahme sagen, weil es völlig konträr zu dem wäre, worauf wir uns eigentlich verständigt haben, wie wir mit den Anträgen umgehen.

Der Hauptvorstand bekommt durch die Weiterleitung quasi einen Auftrag. Der wird das, weil sich das auf die chemische Industrie bezieht, dann auch direkt in die Tarifkommission der chemischen Industrie spielen. Und die hat dann eigentlich erst die Befugnis, darüber zu befinden, wie sie mit dem Thema umgeht.

Ich glaube, deshalb sollten wir bei der Empfehlung Weiterleitung an den Hauptvorstand bleiben. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Gut. Dann möchte ich gerne erneut dazu aufrufen, über die Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Neun Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Vier Stimmenthaltungen. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag F 003

Sonderkonditionen für Gewerkschaftsmitglieder

Die IG BCE soll mit ihren Sozialpartnern sprechen, um durch die Nutzung von tarifvertraglichen Spielräumen Sonderkonditionen für Gewerkschaftsmitglieder zu ermöglichen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Danke schön. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe vier Stimmenthaltungen. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Aufgerufen werden nun die folgenden Anträge:

Antrag F 004

Moderne Tarifverträge für moderne Zeiten

Antrag F 005

Mehr Arbeitgeberbeteiligung bei Weiterbildungsmaßnahmen

Antrag F 006

Neuausrichtung der Tarifpolitik

Der Antrag F 004 – Moderne Tarifverträge für moderne Zeiten – befasst sich ausführlich mit den aktuellen Herausforderungen am Arbeitsplatz und damit auch für die Tarifpolitik: Stressentgrenzung der Arbeit, Schichtarbeit, Altersvorsorge und Weiterbildung.

Die Überschrift von Antrag F 005 – Mehr Arbeitgeberbeteiligung bei Weiterbildungsmaßnahmen – enthält bereits die Kernforderung des Antrags. Die Forderung ist auch ein wichtiger Bestandteil des Antrages F 004.

Und der Antrag F 006 will eine Neuausrichtung der Tarifpolitik, wie sie in Antrag F 004 ausführlich beschrieben ist.

Daher lautet die Empfehlung der Antragskommission: Annahme von Antrag F 004 und Annahme von Antrag F 005 sowie Antrag F 006 als Material zum Antrag F 004.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe eine Wortmeldung zum Antrag F 005 von der Sandy Richter aus dem Landesbezirk Nordost mit der Delegiertenummer 399.

SANDY RICHTER (Halle-Magdeburg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, ich habe mich aufgrund der Uhrzeit jetzt richtig beliebt gemacht und dann auch noch als Neuling. Ich habe auch lange überlegt, wo ich meine Wortmeldung unterbringen soll; denn sie passt eigentlich zu sehr vielen Anträgen. Ich habe mich jetzt für diesen entschieden, weil ich denke, dass die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Weiterbildung nicht weit genug geht.

Eigentlich müssten wir uns ein bisschen an die eigene Nase fassen; denn wir reden die ganze Zeit von Digitalisierung. Meiner Meinung nach ist aber zum Beispiel unser Schulungsprogramm nicht so richtig der Zeit entsprechend.

Ich bin schon der Meinung, dass wir auch ein bisschen mehr den Fokus auf Blended Learning richten müssen, zumal wir ja jetzt wissen, was das ist. Es gibt nämlich auch viele Arbeitnehmer, die von sich aus aufgrund von Arbeits- oder privaten Gründen nicht in der Lage sind, eine Woche lang weg zu fahren und dann mit Methoden geschult werden, die, na ja, ich sage mal: vor 50 Jahren auch schon aktuell waren.

Also auch an dieser Stelle müsste etwas mehr getan werden. Ich möchte damit nicht sagen, dass es ersetzt werden soll, sondern dass es ergänzt werden soll. Denn gerade die jungen Leute sind schon alle digital unterwegs. Und es gibt ganze Studiengänge, die komplett online und digital laufen. Ich denke, da sollten wir nicht nur die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen, sondern auch uns selber. Wir sollten an dieser Stelle, was die Weiterbildung angeht, auch ein kleines bisschen moderner werden. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Sandy. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir können deshalb gleich in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Das heißt, **der Empfehlung der Antragskommission wurde mit einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag F 007

Tarifliche Übertragung der Regelungen des TV ZAuBer zu der Integration von Flüchtlingen auf alle von der IG BCE betreuten Branchen

Die Empfehlung der Antragskommission lautet. Weiterleitung an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – **Bei einer Stimmenthaltung wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Wir kommen nun zum

Antrag F 008

Erweiterung des Projektes „Pre-Start“ im Rahmen des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“ zur weiteren Integration von Flüchtlingen

Der Tarifvertrag ZAuBer soll um eine zusätzliche Sprachförderung zum Erreichen des zum Einstieg in das Berufsleben benötigten Zertifikats erweitert werden. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hier habe ich keine Wortmeldung vorliegen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Aufgerufen wird der

Antrag F 009

Flächentarife als Grundlage und Maßstab zukunftsfähiger Sozialpartnerschaft

Dieser Antrag unterstreicht die Bedeutung der Flächentarife gerade auch vor dem Hintergrund von sozialpartnerschaftlichem Verhalten. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hier habe ich eine Wortmeldung vorliegen von Volker Weber, Landesbezirk Hessen-Thüringen, Teilnehmer nach Satzung.

VOLKER WEBER (Darmstadt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Kolleginnen und Kollegen von der Antragskommission! Wir sind froh und dankbar, dass Ihr diesen Antrag separat behandeln lasst. Es hätte ja auch sein können, dass er als Material zum Antrag F 001 beigefügt worden wäre. Ich glaube, die Entscheidung, ihn separat aufzurufen, war richtig; denn im Kern geht es in diesem Antrag noch um mehr als das, was in dem Antrag F 001 beschrieben ist.

Dieser Antrag soll ganz klar ein Signal nach außen sein, nämlich an die Arbeitgeberverbände, mit denen wir Tarifverträge schließen und mit denen wir sogenannte Sozialpartnervereinbarungen zu unterschiedlichen Themen treffen. Er soll ein Signal sein an die Verbände, dass diese Art von Zusammenarbeit und die sozialpartnerschaftliche Kooperation nicht nur für Schönwetterzeiten dienen, sondern dies muss sich gerade und zuvorderst in der für uns entscheidenden Frage bewähren: Wie gehen wir mit Tarifbindung und mit OT-Mitgliedschaften unter dem Dach des gleichen Arbeitgeberverbandes um, liebe Kolleginnen und Kollegen? (Beifall)

Der Antrag besagt auch, dass wir uns mit den Arbeitgeberverbänden und den Arbeitgebern positiv auseinandersetzen, die sich nach wie vor zu einer Flächentarifbindung bekennen, und die sich nach wie vor dazu bekennen, dass wir im Rahmen der Flächentarifbindung durch Öffnungsklauseln längst Möglichkeiten geschaffen haben, auch individuell, auf der betrieblichen Ebene mit Zustimmung der Tarifparteien Regelungen zu treffen, die dem Unternehmen helfen, aus schwierigen Zeiten herauszukommen, und die diesen Unternehmen Perspektiven bieten. Das beschreibt dieser Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag beschreibt aber auch, dass wir als IG BCE den Arbeitgebern, die sich an die Flächentarifverträge halten, auch etwas mehr Wertschätzung entgegenbringen sollten. Ich erlebe das oft genug: Wenn die Tarifaufeinandersetzung vorbei ist, dann nehmen wir das alles als Selbstverständlichkeit hin. Ich kann Euch sagen: Es gibt viele Arbeitgeber, mit denen ich auch schon persönlich darüber geredet habe, die das nicht nur so empfinden, dass wir in dem Sinne für den Abschluss allein dankbar sind, sondern die Mehrzahl der Unternehmen im Arbeitgeberverband unterwirft sich auch diesen Flächentarifverträgen.

Deswegen gehört zur Ehrlichkeit auch dazu, dass wir als Organisation uns positiv gegenüber diesen Arbeitgebern äußern; denn nur dann heben wir sie heraus und stellen sie in ein positives Licht gegenüber denjenigen, die versuchen, über eine OT-Mitgliedschaft oder über einen Austritt aus Arbeitgeberverbänden eine andere Richtung einzuschlagen. Auch das steht in dem Antrag. (Beitrag)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Antrag steht auch noch etwas anderes. Das ist wie eine Art Warnung an die Arbeitgeberverbände und vor allen Dingen an diejenigen Unternehmen, die sich entweder in die OT-Pflicht flüchten oder sich ganz aus einer Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband verabschieden. Diese bekommen von uns, von diesem Kongress sehr klar gesagt: Auch die IG BCE hat eine zweite Seite. Diese Seite heißt: Wir können auch anders, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Arbeitgeber können dann erkennen, was wir wollen. Wir sagen nämlich ganz klar: Ja, im Mittelpunkt steht – das ist unser alleroberstes Ziel – eine Flächentarifbindung. – Aber wenn andere diese Sprache nicht verstehen, dann gehen wir in den Häuserkampf. Dann gehen wir in diese Betriebe. Dann werden sie erleben, was es bedeutet, sich nicht hinter einem Flächentarif und Flächentarifverhandlungen verstecken zu können, sondern dann tragen wir Tarifverhandlungen in Betrieb für Betrieb. Wir kämpfen dann für bessere Arbeitsbedingungen.

Wir sagen mit diesem Antrag auch: Bildet Euch nicht ein, dass das dann Haustarifverträge sind, die sich weit von dem Flächentarif entfernen, dass man auf die Idee kommen könnte oder geradezu angereizt ist, man nimmt den Weg zum Haustarif! Nein, die IG BCE wird in Zukunft dafür streiten, dass diese Haustarifverträge vor dem Hintergrund verhandelt werden, so dicht wie möglich an die Fläche zu kommen, damit es überhaupt keine Schmutzkonzurrenz mehr gibt, damit wir diese Flächentarifverträge gemeinschaftlich auf hohem Niveau und mit einer breiten Bindung weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland für unsere Kolleginnen und Kollegen verhandeln und umsetzen. (Beifall)

Am Ende des Antrags zeigen wir einen Weg auf, dass wir gemeinschaftlich an dieser Thematik arbeiten müssen. Selbst in unseren organisierten Betrieben mit Flächentarifbindung kommt es mir manchmal so vor, als ob der Großteil der Beschäftigten und insbesondere der unorganisierte Teil das ein bisschen als Event ansieht, bei dem am Ende ein Ergebnis herauskommt, bei dem ich mich weder mit einer Mitgliedschaft noch mit Aktivitäten bemühen muss, aber bei dem am Ende der Genuss eines neuen Tarifabschlusses steht.

Deswegen steht am Ende auch der Auftrag an die IG BCE, mit den jeweiligen Arbeitgeberverbänden darüber nachzudenken, wie wir gemeinschaftlich die Philosophie und den Wert von Flächentarifverträgen und anderen Regelungen in die Öffentlichkeit bringen, damit der Öffentlichkeit klarer und bewusst wird, dass wir nicht einfach eine politische Forderung an die Regierung haben und sagen: Ihr müsst das gesetzlich regeln. – Ich habe nämlich noch meine Zweifel, auch bei Jamaika, ob die all das, was die heute gesagt haben, dann in ein Gesetz gießen und nachvollziehen; denn sie hätten es eigentlich schon längst machen können. Zumindest da, wo der Staat Verantwortung trägt, stiehlt er sich ja auch aus der Tarifbindung heraus.

Aus diesem Grund sollen wir – so steht es auch in dem Antrag – gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband eine Strategie entwickeln und PR, eine positive Werbung für Flächentarifbindung machen. Auch soll deutlich gemacht werden, dass das der bessere Weg ist. Das ist betriebswirtschaftlich gut und dient dem sozialen Frieden.

Schönen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Volker Weber. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Insofern kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – **Bei einer Enthaltung wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Wir kommen nun zu dem

Antrag F 010

Tariflosigkeit in überbetrieblichen Ausbildungsstätten verhindern

Der Antrag betont die Notwendigkeit, tarifgebundene Ausbildungsstätten in Flächentarifverträgen zu überführen.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

PETER ALDOZO (Antragskommission)

Aufgerufen werden nun:

Antrag F 011

Tarifliche Entgeltpolitik

Antrag F 012

Untere Einkommen stärken

Antrag F 013

Aufnahme „Festbetrag“ in Hauptvorstandsempfehlung

Der Leitantrag F 011 – Tarifliche Entgeltpolitik – beschreibt den Rahmen, in dem sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik bewegt bzw. bewegen soll. Kernziele: Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Entwicklung, Ausbau gerechter Entgeltsysteme sowie Berücksichtigung moderner Veränderungen wie Industrie 4.0.

Der Antrag F 012 will untere Einkommen stärken. Das ist eine Forderung, die bereits Bestandteil des Leitantrags ist.

Auch der in dem Antrag F 013 angesprochene Festbetrag ist in dem Antrag F 011 enthalten.

Deshalb empfiehlt die Antragskommission: Annahme des Antrags F 011 sowie Annahme der Anträge F 012 und F 013 als Material zum Antrag F 011.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu habe ich noch eine Wortmeldung vorliegen, und zwar vom Kollegen Andreas Becker aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertenummer 126.

ANDREAS BECKER (Freiburg)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein Name ist Andreas Becker. Ich bin Betriebsratsvorsitzender bei der H. C. Starck GmbH in Laufenburg. Ich möchte zu dem Antrag F 011 ein paar Bemerkungen machen.

Unsere IG BCE hat in den letzten Jahren eine erfolgreiche Entgeltpolitik verhandelt und in guten und sehr guten Tarifverträgen deutliche Entgelterhöhungen abgeschlossen.

Die letzten Tarifierhöhungen sind bei uns aber leider nicht vollständig angekommen. Bei H. C. Starck sind in den letzten Jahren die Möglichkeiten der Verschiebung der Tarifierhöhungen um zwei Monate nach hinten konsequent ausgenutzt worden, für mich persönlich missbraucht worden.

Für jene, die nicht so sehr damit beschäftigt sind, hier noch einmal eine Zusammenfassung der Ergebnisse des letzten Tarifabschlusses in Bezug auf die Voraussetzungen einer Verschiebung: Der Arbeitgeber darf bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Entgelterhöhung um zwei Monate nach hinten verschieben. Besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten liegen dann vor, wenn das Unternehmen im letzten Geschäftsjahr ein negatives Ergebnis erzielt hat. Im Tarifabschluss steht es zwar nicht

wörtlich, aber unter einem negativen Ergebnis verstehen die Tarifvertragsparteien den deutschen Abschluss gemäß Handelsgesetzbuch.

Bis hierhin ist es für die meisten verständlich und auch nachvollziehbar. In praktisch allen internationalen Unternehmen sind aber die sogenannten IFRS, die International Financial Reporting Standards, üblich und wichtiger.

Ich will nicht weiter in die betriebswirtschaftliche Tiefe gehen. Das ist auch nicht mein Bereich. Deshalb darf ich Euch ein paar eigentlich wichtige Details zur Überleitung eines sogenannten IFRS-Ergebnisses in ein HGB-Ergebnis ersparen. Ein Satz dazu muss aber sein. Diese legalen Maßnahmen der kreativen Buchführung, diese Finanzakrobatik, hat mich, als ich von ihr zum ersten Mal gehört habe, als ich sie zum ersten Mal gesehen und nur zum Teil verstanden habe, wirklich sprachlos gemacht.

Wenn es dem Unternehmen nicht so gut gegangen ist, haben wir Betriebsräte in den letzten Jahren bei H. C. Starck, aber ich denke, in der gesamten Republik gemeinsam mit der IG BCE vor Ort Verantwortung gezeigt. Wir, die Betriebsräte, und die IG BCE haben gemeinsam mit dem Arbeitgeber in mehreren Sozialplänen auch die Öffnungsklauseln der Tarifverträge genutzt. Diese Politik der Übernahme von Verantwortung und der Sozialpartnerschaft hat, so glaube ich, die IG BCE auf jeden Fall in der ganzen Republik gezeigt und sie auch ausgezeichnet.

Wir können und wollen weiter gemeinsam Verantwortung tragen. Wir sollten aber auch weiter gemeinsam Verantwortung tragen.

Zum Abschluss: Die Kernaussage meines Beitrages ist ein Appell an die Tariff Kommission bzw. an den Hauptvorstand. In den letzten Tarifabschlüssen steht leider sinngemäß nur, dass der Arbeitgeber bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dies dem Betriebsrat und dem Arbeitgeberverband mitteilt. Danach informiert der Arbeitgeberverband die andere Tarifpartei IG BCE. Durch diese einseitige Erklärung des Arbeitgebers ist die Verschiebung der Tarifierhöhung wirksam. Die Tarifvertragspartei IG BCE hat formal nichts mehr zu melden.

Ich appelliere deswegen an den Hauptvorstand und natürlich auch an die Tariff Kommission, die erfolgreiche und verantwortungsbewusste tarifliche Entgeltpolitik fortzusetzen und dabei dafür zu sorgen, dass künftig eine Verschiebung der Tarifierhöhungen nur mit Zustimmung der Tarifvertragspartei, der IG BCE, möglich ist. Danke schön. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Mir liegt noch die Wortmeldung des Kollegen Michael Bachmann, Landesbezirk Nord, Teilnehmernummer 091, zu Antrag F 013, der ja mit aufgerufen worden ist, vor.

Damit Ihr Bescheid wisst: Sobald wir über diesen Antrag abgestimmt haben, schließen wir die heutige Antragsrunde ab.

MICHAEL BACHMANN (Wolfen)

Schönen guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es toll, liebe Delegierte, dass Ihr so lange ausharrt und mir die Chance gebt, noch ein paar Worte zu sagen. Denn nichts ist schlimmer, als freitags um 12:00 Uhr etwas zu sagen. Ich spreche lieber heute Abend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stehe hier stellvertretend für die Vertrauensleute Innerstetal/Langelsheim – der Chemiestandort Goslar im Harz ist vielleicht bekannt –, Bezirk Wolfenbüttel, Landesbezirk Nord.

Wir haben den mündlichen Bericht zur Tarifpolitik von Peter Hausmann gehört und gerade noch einige Ausführungen von Ralf Sikorski. Wir haben gehört, dass es in den letzten zehn Jahren eine positive Entwicklung in der Chemieindustrie gegeben hat.

Letztmalig waren es 36 Prozent. Heute standen an der Tafel 30 Prozent, das ist toll. Das ist klasse. Vielen Dank an alle, die sich daran beteiligt haben, die sich so eingesetzt, so engagiert haben. Darauf kann man stolz sein. Das kann sich sehen lassen. (Vereinzelt Beifall)

– Genau, dafür, dass sich das sehen lassen kann, kann man auch applaudieren. (Beifall) Das ist ein toller Erfolg. Das sind über 30 Prozent in zehn Jahren. Das kann man ja einmal ausrechnen.

Aber wir haben auch gehört, dass es nach wie vor einen Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit gibt und dass die Einkommensschere immer weiter auseinandergeht. Wenn Ihr Antrag F 011 richtig gelesen habt, so wisst Ihr, dass es einen Riesenunterschied zwischen Tarif und Management gibt. Aber ich sage Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht nur um den Tarifbereich und um das Management, sondern die Schere geht auch zwischen den oberen und unteren Tarifgruppen weiter auseinander. Der Grund dafür sind natürlich die prozentualen Tarifierhöhungen. Man kann sich einfach ausrechnen, dass die oberen Entgeltgruppen bei prozentualen Tarifierhöhungen eigentlich doppelt so viel Euro bekommen als die unteren. Über die Jahre gesehen, wird also der Abstand immer größer, geht also die Einkommensschere immer weiter auseinander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Antrag F 011 – Tarifliche Entgeltpolitik – heißt es: „Auch feste Erhöhungsbeträge des monatlichen Entgelts können sinnvoll sein.“ In Antrag F 012 des Landesbezirks Nord heißt es weiter: „... wie beispielsweise Erhöhung von Festbeträgen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld.“ Und es geht weiter: „...um sozial ausgewogenere Entgelttabellen zu vereinbaren.“

Das ist auch der Grund unseres Antrages, des Antrags der Vertrauensleute aus Langelsheim. In unserem Antrag F 013 schlagen wir einen Mindestbetrag plus Prozente vor, ohne, so denke ich, das Entgeltgitter negativ beeinflussen zu wollen. Was davon in die Tarifverhandlungen passt und greift und umgesetzt werden kann, ist sicherlich offen und entscheiden wir hier nicht, sondern das gehört natürlich in die Tarifkommission.

Mir ist wichtig – ich stehe heute für meine Kolleginnen und Kollegen hier; ich denke, meinen Kolleginnen und Kollegen ist das wichtig, und ich hoffe, Euch ist das auch wichtig –, dass das Thema Entgeltschere in zukünftigen Tarifverhandlungen – lieber Ralf – einen Platz findet und in irgendeiner Art und Weise berücksichtigt wird. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Eure Zustimmung.

Da mir das Zitat am Montag so gut gefallen hat, kommt es hier noch einmal – ich fand es wirklich toll, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch liebe Tarifkommissionsmitglieder aus den unterschiedlichsten Tarifkommissionen –: Wir können zwar den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.

Dir, lieber Ralf, und Deinem Team und allen Tarifkommissionen stets ein glückliches Händchen und viel Erfolg für die anstehenden Verhandlungen für eine sozial ausgewogene Entgeltpolitik. Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Michael Bachmann.

Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. **Damit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

Wir unterbrechen an dieser Stelle die Antragsberatung bis morgen früh um 9:00 Uhr.

Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses: 19:40 Uhr